



www.MinisterieVanPropaganda.org

①

Aus erster Hand

LPG BAUER

AUF NEUE ART

Die moderne sozialistische
Landwirtschaft in der DDR

Eine Information

Aus erster Hand

Aus erster Hand

LPG

**Bauer
auf neue Art**

*Die moderne sozialistische
Landwirtschaft in der DDR*

Eine Information

Das Manuskript geschrieben:

Hans Spieckermann und Dr. Arnolf Kriener

Vierte, überarbeitete und ergänzte Auflage

Herausgeber: Redaktion „Aus erster Hand“

DDR 108 Berlin, Ernst-Thälmann-Platz 8/9

Erscheinungsweise der Schriftenreihe: viermal jährlich

Preis je Heft: 1,25 Mark

Umschlag: Heinz Hellmis

Fotos: Brumm (2), H. Fiebig (2), Murza (1), Naumann (4), Neue Deutsche Bauernzeitung (2), Ortner (2), Schmidtke (2), Wlacka (1), Zimmermann (3), Zentralbild (12)

Gesamtherstellung: Druckerei Märkische Volksstimme Potsdam
Berlin, März 1972

Inhaltsübersicht

I. Von der Bodenreform bis zur LPG	7
Wie begann es? · Das Ende der „Herrenzeit“ · Wer enteignete wen? · Arbeiter halfen den Bauern · Am Anfang: die gegenseitige Bauernhilfe	
II. Warum bildeten die Bauern Genossenschaften?	18
Freiwillig oder gezwungen? · Wieder Einzelbauer? „Niemals!“ · Persönliche Freiheit und Genossenschaft · LPG – Weg zum sozialistischen Großbetrieb · Genossenschaften und Gemeinschaften – das gleiche?	
III. Wie sieht eine LPG aus?	32
Drei Typen und ihre Besonderheiten · Haben LPG-Mitglieder eigenes Vieh? · Wurde der Zustand der Wirtschaft berücksichtigt? · Wie wird die Arbeit bewertet? · Die Fonds der LPG · Wie hoch ist das Einkommen? · Wie lange wird gearbeitet? · Was wird für Investitionen aufgewendet?	
IV. Welche Rechte haben die Mitglieder?	46
Mitgliederversammlung – das höchste Organ · Bestimmt der Vorsitzende? · Demokratische Mitbestimmung aller · Bauern in hohen Ämtern · Die Akademie im Dorf	
V. Wo steht die DDR-Landwirtschaft heute?	56
Welche Technik besitzen die LPG? · Bodenfruchtbarkeit wird erhöht · Erträge in Feld und Stall · Ablieferungszwang? · Wie steht es mit den Preisen? · Moderne sozialistische Betriebswirtschaft	
VI. Wie lebt die Bäuerin?	68
Frauen in der LPG-Leitung · Essen aus dem großen Topf? · Bleibt die Jugend im Dorf?	
VII. Wie hat die LPG das Dorf verändert?	75
Und was haben die Städter vom Sozialismus auf dem Lande?	
VIII. Wie geht es weiter?	83
Kooperation – das Schlüsselwort · Wie wird kooperiert? · Was ist ein Kooperationsverband? · Prinzip: Freiwilligkeit und sozialistische Demokratie · So wird es weitergehen	

Wo steht die Landwirtschaft der DDR? Was verbirgt sich hinter dem Namen „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft“ oder „LPG“? Worum geht es bei der Kooperation?

Wie sehen die LPG heute aus, wie wirtschaften sie, wie hat sich ihre Produktion entwickelt? Und natürlich: Wie leben die Bauern unter den neuen Bedingungen, wie die Bäuerinnen? Welche Vorteile hat ihnen der Sozialismus gebracht, welche Rechte, welche Möglichkeiten und welche Perspektiven haben sie?

Immer wieder werden solche Fragen von Gästen der DDR, besonders von Bauern gestellt. Sie möchten mehr darüber erfahren, sich gründlicher über die sozialistische Landwirtschaft informieren.

Dazu soll Ihnen, sehr verehrter Leser, diese Schrift dienen.

I. Von der Bodenreform bis zur LPG

Der Genossenschaftsgedanke ist in der Landwirtschaft nicht neu. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern für den Bezug und Absatz ihrer Produkte, die Genossenschaften des Molkerei- und Kreditwesens waren schon seit langem entwickelt. Doch unterlagen diese Genossenschaften – den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend – kapitalistischen Bedingungen. Ihre Möglichkeiten, im Interesse der Bauern wirksam zu werden, waren dadurch äußerst begrenzt. Sie überwandern nicht die Abhängigkeit der Kleinen von den Großen, nicht die bestehende Ausbeutung und die Rechtlosigkeit der Bauern und Landarbeiter, nicht die Landarmut und Existenzangst.

Viele Bauern glaubten, daß sie über die Mitgliedschaft in den Genossenschaften wirtschaftliche Sicherheit erlangen und den Großen die Stirn bieten könnten. Aber das ist ihnen zu keiner Zeit gelungen. Wie sollte das auch möglich sein, wenn beispielsweise allein in Mecklenburg fast zwei Drittel des Bodens den Grafen von Schwerin, Malzahn, anderen Adligen und bürgerlichen Großgrundbesitzern gehörten? Die wirtschaftlich Mächtigsten bestimmten im Dorf – und letzten Endes auch in den Genossenschaften. Denn sie diktierten Lohn, Preis und Zins.

Vor 120 Jahren nannte Fritz Reuter Mecklenburg ein Land der sozialen Extreme, in dem die Herren der Güter den Ertrag eines Tages nicht in einem Jahr verzehren konnten, während das Gros der Bauern wahre Kunststücke vollbringen mußte, um die Arbeit eines Jahres nicht an einem Tag zu verbrauchen. So blieb es in den folgenden Jahrzehnten, denn der Kapitalismus läßt auch auf dem Lande nur die Reichen reicher werden.

Erst das Jahr 1945 brachte eine Wende. Der Hitlerfaschismus war niedergeschlagen, die Rüstungsmonopole und die Junker, seine Hauptträger, hatten eine schwere Niederlage erlitten. Erstmals war in ganz

Deutschland der übergroßen Mehrheit der Klein- und Mittelbauern und den Landarbeitern die Möglichkeit gegeben, ein für allemal mit der unseligen Vergangenheit und ihrem sozialen Unrecht zu brechen. Doch nur auf dem Gebiet der heutigen DDR wurde das jahrhundertalte Verlangen nach einer demokratischen Bodenreform Wirklichkeit. 232 000 Familien erhielten hier Land.

Es ist unbestritten, daß dann mit der allgemeinen industriellen Entwicklung die Landwirtschaft einen außerordentlichen Aufschwung nahm. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, die immer bessere Ausrüstung mit Maschinen und Geräten, der Einfluß der Chemie führten zu einem beachtlichen Niveau der landwirtschaftlichen Produktion. Als bald aber gelangte besonders der kleinere und mittlere bäuerliche Betrieb an die Grenzen seiner Produktionsmöglichkeiten. Die Industrie gewann durch zunehmende Spezialisierung und Konzentration stets größere Überlegenheit. Im Vergleich dazu blieb der einzelne Bauernhof, war er auch gut mechanisiert, geradezu im Stadium der Handwerkelei stecken. Wie diesen Widerspruch lösen?

Heute weiß längst jedermann: Der Konzentrationsprozeß, der sich in allen industriell fortgeschrittenen Ländern der Welt gesetzmäßig vollzieht, erstreckt sich auch auf die Landwirtschaft. Das ist im Sozialismus wie auch im Kapitalismus so. Hier wie dort hält die wissenschaftlich-technische Revolution auf dem Lande Einzug und muß gemeistert werden. Die Frage ist nur: zu wessen Gunsten oder Ungunsten?

In der DDR wurde unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse und mit Unterstützung des sozialistischen Staates auch auf dem Lande der sozialistische Weg beschritten. Hier blieben die Bauern beim Übergang zur modernen Großflächenwirtschaft Eigentümer ihres gemeinsam genutzten Bodens. Sie sind gleichberechtigte Besitzer ihres genossenschaftlichen Vermögens. Ihre Existenz als Bauer ist gesichert (dazu an anderer Stelle dieser Schrift näheres). In ihrem sozialistischen Staat haben sie ein entscheidendes Wort mitzureden.

Unter der Herrschaft des Finanzkapitals wurde der genau entgegengesetzte Weg eingeschlagen: der kapitalistische Weg zum landwirtschaftlichen Großbetrieb ist mit dem Ruin Hunderttausender bäuerlicher Existenzen, mit der Abhängigkeit der verbliebenen Bauernwirtschaften von den Monopolen verbunden. Das bestätigen die alljährlichen Statistiken in den EWG-Ländern, die vom rasanten Rückgang der Zahl der bäuerlichen Betriebe zeugen. Eigentlich wäre damit die Frage schon beantwortet, welcher Weg den ureigenen Interessen der Bauern entspricht.

Die Feinde des Sozialismus haben nichts unversucht gelassen, die Genossenschaftsbewegung in der DDR in Mißkredit zu bringen. Ihren Höhepunkt erreichte die Hetzpropaganda im Frühjahr 1960, als sich die letzten Bauern der DDR den LPG anschlossen. Man steigerte sich damals sogar in die Prophezeiung, die Bildung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) werde über kurz oder lang die DDR-Ernährungswirtschaft zusammenbrechen lassen. Da hieß es: „Die Totalkolchosierung kündigt magere Jahre an“, „Die Versorgungslage wird sich weiter verschlechtern“ oder „Es fehlen nahezu alle Voraussetzungen für eine Großraumwirtschaft: Traktoren, Maschinen und erfahrenes Fachpersonal“.

Was ist aus diesen düsteren Prognosen geworden? Sie entpuppten sich als Zweckpropaganda. Die prophezeite „Katastrophe“ blieb aus. Zwar hatten die Bauern anfänglich mit nicht geringen Schwierigkeiten zu kämpfen. Völlig neue Probleme waren zu meistern. Aber sie wurden und werden gemeistert. Das feste Bündnis mit der Arbeiterklasse half ihnen dabei. Der sozialistische Staat lieferte den Genossenschaftsbauern nicht nur in verstärktem Maße Landmaschinen und Traktoren, sondern sorgte auch für die schnelle Ausbildung der notwendigen Fachkräfte.

So war es möglich, daß trotz der Anfangsschwierigkeiten bei diesem großen Umwälzungsprozeß nicht einmal eine zeitweilige Stagnation in der Entwicklung der Agrarproduktion der DDR eingetreten ist. Auch in den

Jahren des Übergangs aller Bauern in die Genossenschaften ist die landwirtschaftliche Produktion der DDR stetig gewachsen. Die Getreideerträge, die 1953/55, als der Anteil der LPG noch nicht groß war, 22,9 dt/ha betragen, stiegen in den Jahren 1958/60 auf 25,7 dt/ha und 1964/66 auf 27,4 dt/ha. 1968/70 wurden trotz extremer Witterungsbedingungen 30,2 dt je Hektar erreicht. Die Kartoffelerträge (einschließlich Frühkartoffeln) 1953/55: 159,4 dt/ha; 1958/60: 167,3 dt/ha, 1966/68: 192,6 dt/ha und 1970: 195,7 dt/ha. An Zuckerrüben wurden 1960 287,6 dt/ha und 1968/70 305,7 dt/ha geerntet. Die tierische Markterzeugung je Hektar hat sich bei Schlachtvieh (ohne Geflügel) von 1962 bis 1970 um 68 Prozent erhöht, die Milchproduktion stieg in dieser Zeit um 43 Prozent, das Aufkommen an Eiern um 73 Prozent.

Und weil auch die Genossenschaftsbauern es immer besser verstehen, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung und ihre Triebkräfte zu nutzen, werden sie selbst mit so komplizierten Problemen fertig,

wie sie die Dürre des Sommers 1969 und 1971 sowie das nasse und kalte Frühjahr 1970 mit sich brachten.

Das sind Tatsachen, an denen niemand vorbei kann. Die Genossenschaften der DDR, die den Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entsprechen und sich in wachsendem Maße über die Kooperation zu hochspezialisierter Produktion entwickeln, sind auf dem Weg nach oben. Heute hat die DDR-Landwirtschaft auch im internationalen Maßstab Anerkennung gefunden. Sie braucht Vergleiche nicht zu scheuen, auch nicht mit so bedeutenden EWG-Staaten wie Frankreich und Italien. Ein Blick auf die Tabelle beweist das.

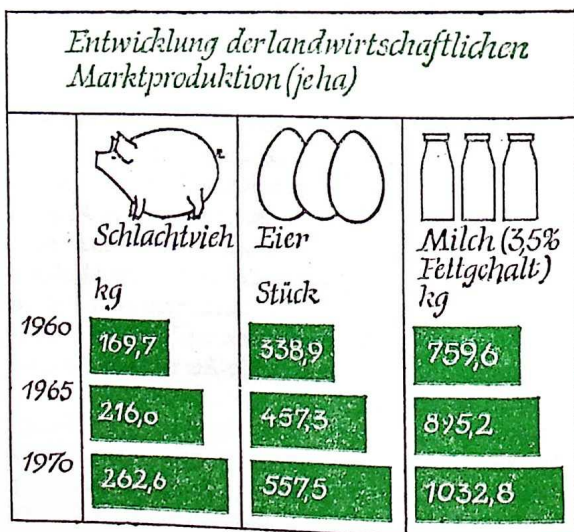
	DDR	Frankreich	Italien
Weizenerträge dt/ha 1967/69	38,3	36,3	22,9
Kartoffelerträge dt/ha 1967/69	180	207	124
Rinderbestand je 100 ha/LN 1969	82	66	49
Schweinebestand je 100 ha/LN 1969	147	30	36

Der Vergleich verschiebt sich infolge des beträchtlich gestiegenen Einsatzes von Futterkonzentraten und Mineräldüngern weiterhin zugunsten der DDR.

Wie begann es?

Was die Landwirtschaft der DDR heute darstellt, ist das vorläufige Ergebnis einer revolutionären Entwicklung, an deren Anfang die Jahreszahl 1945 steht.

Aus dem totalen Krieg der deutschen Faschisten kehrten über eine Million Dorfbewohner nicht mehr zurück. Diejenigen aber, die das Inferno überstanden hatten, sahen sich einem Berg ungeheurer Schwierigkeiten gegenüber. Ähnlich wie in der Industrie, wo auf dem heutigen Gebiet der DDR die Grundstoffindustrie völlig fehlte, sah es auch in der Landwirtschaft aus. An



den normalen Beständen fehlten 900 000 Rinder, 3,7 Millionen Schweine und 1,1 Millionen Schafe. Der landwirtschaftliche Maschinenbestand war veraltet und gegenüber der Vorkriegszeit um rund 30 Prozent reduziert. Die Hektarerträge waren um ein Viertel gesunken!

Die Faschisten hatten bekanntlich alle noch vorhandenen Kräfte an die Ostfront geworfen und dort bis fünf Minuten nach zwölf die Taktik der verbrannten Erde praktiziert. Noch im März 1945 hatten sie zum Beispiel den Befehl gegeben, massenweise Nutzvieh abzuschlachten. Auf einem Drittel der Fläche der heutigen DDR wirkten sich die aussichtslosen Durchhalte-kämpfe besonders verhängnisvoll aus. Die Bauern und Landarbeiter standen hier im Mai 1945 buchstäblich vor dem Nichts: Total zerstörte Dörfer, das Land überzogen von Bunkern, Schützengräben, Granattrichtern, Blindgängern und Minen. In vielen Orten gab es weder Hühner noch Schweine, geschweige denn Pferde, Ochsen oder Kühe. Es fehlte an allem.

Viele der großen Güter ostelbischer Junker in Mecklenburg und der Mark Brandenburg befanden sich darüber hinaus ohnehin in einem heruntergewirtschafteten Zustand. Niedrige Hektarerträge und Viehbestände waren für die „Ostelber“ charakteristisch. Als Repräsentanten des „Uralten preußischen Adels“ in den letzten hundert Jahren immer wieder vom Staat mit Millionen Reichsmark „Osthilfe“ gestützt, hatten viele dieser Großgrundbesitzer kaum Interesse an einer Intensivierung der Agrarproduktion gehabt. Vieh und Maschinen nahmen die Junker, häufig exponierte Nazis, noch dazu mit, als sie vor den sowjetischen Armeen in Richtung Westen flohen.

Das Ende der „Herrenzeit“

Es waren gerade vier Wochen seit der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus vergangen, als die Kommunistische Partei Deutschlands der Öffent-

lichkeit ein Programm des demokratischen Neuaufbaus vorlegte. Darin forderte sie unter anderem die „Liquidierung des Großgrundbesitzes, der großen Güter der Junker, Grafen, Fürsten und Übergabe ihres ganzen Grundbesitzes an die durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern“.

Diese Forderung der KPD kehrte später auch in jenem völkerrechtlich bindenden Beschluß der Siegermächte wieder, der als Potsdamer Abkommen in die Weltgeschichte eingegangen ist. Darin heißt es im Abschnitt III: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und auch andere Maßnahmen getroffen, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der Welt bedrohen kann.“ An anderer Stelle wurde „die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“ gefordert.

Das bedeutete, auch im Dorf fortschrittliche demokratische Verhältnisse zu schaffen und die Großgrundbesitzer zu enteignen. Sie gehörten stets zu den Stützen des Militarismus, zu den Kräften der Reaktion, die die demokratischen und friedliebenden Bestrebungen des Volkes am brutalsten unterdrückten. Im Laufe von Jahrhunderten hatte das Junkertum mit Betrug, Gewalt, Mord, Fälschung und Krieg Millionen Bauern Deutschlands ihres Bodens beraubt, die einst in der Markgenossenschaft den Grundbesitz, die Äcker, Wiesen und Weiden, gemeinschaftlich bebauten und in demokratischer Weise Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit selbst ausübten.

Auf Grund dieses jahrhundertelangen Bauernlegens verfügten die Fürsten, Grafen und Barone über ein Drittel des gesamten Bodens. Ihre entschädigungslose Enteignung war längst fällig und stand schon in der Revolution von 1848 auf der Tagesordnung. Doch die damaligen militaristischen und halbfeudalen Herrscher Deutschlands verbündeten sich mit dem preußischen Junkertum gegen den Fortschritt. Auch in der Novemberrevolution 1918 reichte die Kraft der Arbeiterklasse und der Bauern nicht aus, die demokratische Umwäl-

zung zu Ende zu führen. So konnten sich die Herren von Gut und Blut ein weiteres Mal zum Unheil des deutschen Volkes betätigen, indem sie bereits in den zwanziger Jahren auf ihren entlegenen ostelbischen Gutshöfen die sogenannte Schwarze Reichswehr des aufkommenden Faschismus formieren halfen.

Die demokratische Bodenreform 1945 entsprach also nicht nur völkerrechtlichen Anordnungen der Siegermächte, indem sie die Wurzeln des Nazismus und Militarismus auf dem Lande ausrottete, sondern sie korrigierte jahrhundertealtes Unrecht und machte diejenigen nunmehr zu Besitzern des Bodens, die ihn auch bebauen.

Wer enteignete wen?

Auf unzähligen Versammlungen und Kundgebungen forderten Zehntausende Landarbeiter und landarme Bauern die Bodenreform. Nicht nur die KPD, auch die SPD und die anderen demokratischen Parteien, die CDU und die LDP unterstützten sie dabei; von einigen, dem Junkertum verhafteten und dem Großkapital verbundenen Führern abgesehen. So war es nicht verwunderlich, daß in den etwa 10 000 ehrenamtlichen Bodenreformkommissionen neben 21 639 Kommunisten und Sozialdemokraten auch 974 Mitglieder der CDU und der LDP und 29 679 Parteilose sehr aktiv mitarbeiteten.

Insgesamt kamen bei der demokratischen Bodenreform 3 298 000 Hektar Land an neue Besitzer zur Verteilung. Entschädigungslos enteignet wurden 7136 Großgrundbesitzer, deren Bodenbesitz 100 Hektar überstieg, ferner 4142 Kriegsverbrecher sowie der Grundbesitz von Industriekonzernen, Großbanken und faschistischen Organisationen. Von diesem Boden erhielten unter anderem 91 155 Umsiedlerfamilien eine neue Existenz. Insgesamt entstanden 210 000 Neubauernwirtschaften. Ihre Größe lag in der Regel zwischen sieben und acht Hektar. Außerdem wurde 122 000

landarmen Bauern zusätzlicher Boden übereignet. Auf einem kleinen Teil des enteigneten Grundbesitzes entstanden volkseigene Güter für Saat- und Viehzucht, agrarwissenschaftliche Forschungen und andere Spezialaufgaben.

In den damaligen westlichen Besatzungszonen fand eine solche Bodenreform nicht statt, obwohl es dort 800 000 Landbewerber und unüberhörbare Forderungen nach ähnlichen Regelungen gab. Volksentscheide, 1946 in Hessen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt, sahen das Gros der Bevölkerung hinter den Forderungen des KPD-Aufrufs vom Juni 1945. In Schleswig-Holstein, wo die Sozialdemokratie 1946 unter der Losung der Bodenreform die absolute Mehrheit im Landtag erhielt, wurden zwar im Verlauf von vier Jahren sieben Gesetze über die Bodenreform verabschiedet – eine Bodenreform aber fand nicht statt. Statt dessen wurde in der Bundesrepublik bis 1952 lediglich an 57 226 Bauern Boden verkauft oder verpachtet. Die 113 reaktionären Adelsfamilien in Bayern, um nur ein Land zu nennen, behielten ihren Grundbesitz von insgesamt 154 247 Hektar. Noch heute besitzen nur 1,4 Prozent der Eigentümer 31,8 Prozent des gesamten land- und forstwirtschaftlichen Eigentums in der BRD.

Arbeiter halfen den Bauern

Die Übereignung des Grundbesitzes an die landarmen und landlosen Bauern auf dem Gebiet der heutigen DDR war eine geschichtliche Großtat. Aber damit allein hatte die sich entwickelnde antifaschistisch-demokratische Ordnung weder das Ernährungsproblem gelöst noch die Existenz der Neubauern vollends gesichert. Die Arbeiterklasse, die die Geschiebe des völlig verwüsteten Landes in die Hände nahm und gemeinsam mit allen anderen demokratischen Schichten eine neue gerechte Ordnung errichtete, leistete unter Führung ihrer revolutionären Partei der Bauernschaft alle nur erdenkliche Hilfe.

Die Landwirtschaft erhielt 1,3 Milliarden Mark an zinsverbilligten Krediten.

Jeder Neubauer bekam eine Wirtschaftshilfe von 2500 Mark.

95 000 neue Bauernhöfe wurden errichtet.

1950 erhielten ehemalige Umsiedler zinslose Kredite bis zu 5000 Mark. 50 Prozent der Bodenreform-Baukredite wurde erlassen. Das galt auch für die Restschulden aus Siedlungsverträgen vor dem Kriege. Diese und viele andere Maßnahmen bewirkten, daß auf dem Gebiet der DDR seit 1945 kein einziger Bauernhof zwangsversteigert wurde!

1949 entstanden staatliche Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), später Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die den Bauern zu außerordentlich niedrigen Tarifen die Felder bestellten und andere maschinelle Hilfe gaben.

Eine Voraussetzung war die großzügige Hilfe der Sowjetunion. Das Land, das unter dem faschistischen Krieg ungeheure Opfer hatte bringen müssen, schickte 1000 Traktoren und 540 Lastkraftwagen. Das trug wesentlich dazu bei, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern, das auch in den MAS seinen sichtbaren Ausdruck fand, weiter zu festigen.

Am Anfang: die gegenseitige Bauernhilfe

Natürlich suchten die Bauern auch von sich aus nach Methoden, das Möglichste zur Steigerung der Produktion und besseren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu leisten. Dabei entstand eine in diesem Ausmaß bislang unbekannte demokratische Bewegung auf dem Dorf, deren Träger die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) mit ihren Ortsausschüssen war. Diese demokratische Massenorganisation, der sich 600 000 werktätige Landwirte angeschlossen hatten, organisierte die gegenseitige Bauernhilfe, die Hilfe der alten für die neuen, der großen für die

kleinen Bauern. Sie brachte niemandem Nachteile, aber allen Vorteile. Zu den bedeutendsten Leistungen der VdgB in den Nachkriegsjahren gehörten

die termingerechte Frühjahrsbestellung und Ernte 1946 (Gespannhilfe, Bestell-, Ernte- und Druschgemeinschaften);

die Bildung der VdgB-Maschinenhöfe (Vorläufer der Maschinen-Ausleih-Stationen) zur Unterstützung besonders der meist völlig ohne Maschinen wirtschaftenden Neubauern;

der Viehausgleich zwischen den Ländern. Die Bauern Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens, die vom Krieg weniger geschädigt worden waren, gaben ihren Kollegen in Mecklenburg und Brandenburg bis Ende 1948 unter anderem 18 600 Pferde, 169 800 Rinder und 38 700 Schweine zu festen Preisen ab.

Trotz der individuellen Wirtschaftsweise keimte also bereits damals ein neues Gemeinschaftsgefühl in den Dörfern, das später zum sozialistisch-genossenschaftlichen Zusammenschluß wesentlich beitrug.

Auch nach der demokratischen Bodenreform wurde auf dem Gebiet der DDR von den antifaschistisch-demokratischen Kräften eine Agrarpolitik betrieben, die den werktätigen Landwirten half, sich weiter von den alten Fesseln der Unterdrückung und Abhängigkeit zu befreien. Aus Landarbeitern, Umsiedlern, kleinen Bauern wurden wohlhabende Mittelbauern. Sie bildeten immer mehr den Kern der Dorfbevölkerung. Auch die ökonomischen Ergebnisse der Landwirtschaft bis 1952 bestätigten, wie richtig die eingeschlagene Agrarpolitik war: Bereits sechs Jahre nach dem vom Hitlerfaschismus hinterlassenen Chaos erreichte die Landwirtschaft der DDR die Vorkriegsergebnisse in der Feldwirtschaft und bei den Viehbeständen.

II. Warum bildeten die Bauern Genossenschaften?

Es ist heute allgemein bekannt: Kein Betrieb, sei es in der Industrie, in der Landwirtschaft oder wo auch immer, kann auf die Dauer bestehen, wenn er nicht ständig seine Produktion erhöht und mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Schritt hält. Besonders deutlich wurde das zunächst in der Industrie. Sie erreichte in der DDR Anfang der 50er Jahre durch zunehmende Spezialisierung und Konzentration ein beachtliches Wachstum. Vergleichsweise dazu blieb die Landwirtschaft auf Grund ihrer zersplitterten und im Grunde althergebrachten Wirtschaftsweise immer mehr zurück. Eine wesentliche Produktionssteigerung war für eine große Zahl kleiner und mittlerer Betriebe kaum noch möglich, und es gab auch bereits Anzeichen einer beginnenden Stagnation. Das wiederum hätte sich auf das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft unserer Republik sehr hemmend ausgewirkt, zumal immer engere Verflechtungen zwischen Industrie und Landwirtschaft entstanden.

Eine moderne sozialistische Großindustrie und eine Landwirtschaft, die einzelbäuerlich im Kleinbetrieb wirtschaftet, lassen sich auf die Dauer nicht vereinen. Sie müßten zu Diskrepanzen, ja, zu Widersprüchen führen, die sich nachteilig für jeden einzelnen wie für die ganze Gesellschaft auswirken würden.

Jeder Bauer in den kapitalistischen Ländern weiß, daß dort die Landwirtschaft seit Jahren am Widerspruch zwischen moderner Großindustrie und kleinbäuerlicher Landwirtschaft leidet, den das kapitalistische System nicht zum Wohle der Bauern lösen kann. Neben der Rüstungspolitik und der Begünstigung der Monopole durch die offizielle Wirtschaftspolitik ist das die Hauptursache für die Schwierigkeiten, vor denen so viele von ihnen standen und stehen. Die Agrarwissenschaftler und Bauernführer dieser Länder erkennen das. Jahr

für Jahr haben sie die Größe eines rentabel wirtschaftenden sogenannten „Familienbetriebes“ hochgeschraubt. Doch inzwischen ist von diesem Familienbetrieb längst nicht mehr die Rede, und man verbreitet das Märchen vom „Bauern als Unternehmer“. Nur: Wie und auf wessen Kosten sollen solche Wirtschaften im spätkapitalistischen System entstehen?

In der DDR wurde dieser Widerspruch dank der schöpferischen Arbeit der Partei der Arbeiterklasse und der sozialistischen Planwirtschaft nicht über den Bankrott Hunderttausender Höfe, nicht auf Kosten der Kleinen gelöst. Die Lösung wurde mit den Bauern gefunden. Der Bauernstand blieb hier auch im landwirtschaftlichen Großbetrieb erhalten. Dabei knüpften die Bauern an jahrzehntealte Erfahrungen, an die guten Traditionen des Genossenschaftswesens seit Raiffeisen an. Viele Bauern kannten schon vor Bildung der ersten LPG eine vielfältige Gemeinschaftsarbeit, sei es die einfache Nachbarschaftshilfe, die organisierte Maschinen-, Ernte-, Drusch-, Siliergemeinschaft oder andere Formen. Ihr Wunsch, auch zur gemeinsamen Bodenbewirtschaftung und gar Viehhaltung überzugehen, war logisch und folgerichtig; er deckte sich zudem mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen und politischen Interessen der gesamten Gesellschaft.

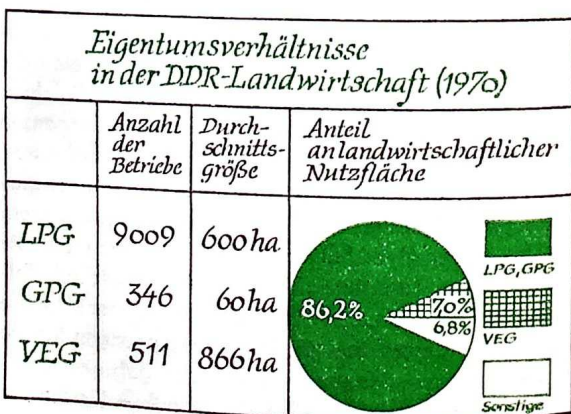
Dennoch war es für die meisten Bauern zunächst nicht einfach, den Schritt in die LPG zu tun. Zwei Seelen stritten in ihrer Brust. Eine, die alle Vorteile der landwirtschaftlichen Großproduktion erkannte und eine, die am Althergebrachten hing, an der kleinen Wirtschaft, die meist mit viel Schweiß und großer Mühe der ganzen Familie hochgebracht und aufrechterhalten worden war. Doch das Neue – setzt es sich oft auch nur unter großen Schwierigkeiten durch – zog immer mehr Bauern an. Sie traten der LPG bei, weil sie einsahen, daß sie die moderne Technik auf ihren kleinen Handtuch-Feldern niemals einsetzen können, weil sie in der LPG ihre Einkünfte steigern und die Lebensbedingungen für die ganze Familie verbessern konnten. Es gab eine geregelte Arbeitszeit, und selbst der Urlaub – für Bauern

früher völlig unbekannt – wurde bald selbstverständlich. Viele Bauern und Bäuerinnen hatten den Ehrgeiz, ihre Bildung zu erweitern, sich auf einem Gebiet zu spezialisieren, wozu ihnen die LPG alle Möglichkeiten bot.

Sie, verehrte Leser, mögen einwenden: Das mag ja alles gut und schön sein, besonders die wirtschaftlichen Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses sind einleuchtend, aber man hätte doch nicht jenen „Druck und Zwang“ auf die Bauern ausüben dürfen, von dem in bürgerlichen Zeitungen immer wieder die Rede ist.

Freiwillig oder gezwungen?

Wir wiederholen: Mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Wirtschaftsweise sind die Bauern den Weg weitergegangen, den sie 1945 mit der Bodenreform, mit der gegenseitigen Bauernhilfe und anderen Gemeinschaftsformen beschritten haben. Hier ging es nicht um einen Druck von außen. Vielmehr war im Laufe der Jahre bei Teilen der Bauernschaft selbst ein echtes Bedürfnis zur genossenschaftlichen Produktion heran-



gereift. Schon in den Jahren 1950 und 1951 hatten sich in einigen Dörfern Bauern spontan zu gewissen Formen genossenschaftlicher Produktion zusammengefunden. Im Frühjahr 1952 verstärkte sich diese Bewegung. In Dörfern wie Merxleben, Kreis Bad Langensalza, Gollensdorf, Kreis Seehausen, Alt Tucheband und Worin, Kreis Seelow, und anderen bildeten fortschrittliche Bauern die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit fest fixierten Statuten, die später als Beispiele bei der Ausarbeitung der Musterstatuten dienten.

In manchen anderen Orten hatten Bauern und Landarbeiter Organisationsausschüsse zur Vorbereitung einer Produktionsgenossenschaft gebildet. Sie traten an die Regierung der DDR und das Zentralkomitee der SED mit der Bitte heran, ihnen bei der Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu helfen. Und daraufhin, im Juli 1952, faßte die II. Parteikonferenz der SED den Beschluß: „Den Landarbeitern und werktätigen Bauern, die sich auf völlig freiwilliger Grundlage zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, ist die notwendige Hilfe zu gewähren und dadurch zugleich das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen.“

Bereits Ende 1952 hatten sich 1906 meist kleine LPG mit insgesamt 218 043 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) und 37 000 Mitgliedern gebildet. Schon ein Jahr darauf waren es 4691 LPG, 1954 dann 5120, 1955 bereits 6047 LPG, und bis Ende 1959 hatte sich weit mehr als die Hälfte der Bauern aus freiem Willen für landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften entschieden, die auch den größten Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR genossenschaftlich bewirtschafteten. Wie man sieht, vollzog sich diese Entwicklung allmählich, in einem Zeitraum von acht Jahren.

Ende der fünfziger Jahre jedoch wurde immer sichtbarer, daß es eine zwingende ökonomische und politische Notwendigkeit war, auch die Bauern, die noch einzeln wirtschafteten, für die genossenschaftlich-sozialistische Landwirtschaft zu gewinnen. Warum?

Die Hauptgründe lagen bei den Bauern selbst. Nachdem sich die Mehrheit in den Genossenschaften zusammengeschlossen und die Überlegenheit der genossenschaftlichen Produktionsweise unter Beweis gestellt hatte, reiften in den Dörfern neue Probleme heran. Nur eine moderne, rentable Agrarwirtschaft konnte das weitere Wachstum der Erträge sichern. Es wurde notwendig, auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Großproduktion die Perspektiven der Genossenschaften und damit jedes einzelnen Bauern und des **ganzen** Dorfes festzulegen. Eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsweise und der Produktionsanlagen mußte begonnen werden. Diese Vorhaben konnten nur dann wirklich großzügig, auf lange Sicht in Angriff genommen und mit größtmöglichem ökonomischem Nutzen durchgeführt werden, wenn sich alle Bauern eines Dorfes an der Planung und Gestaltung der Zukunft beteiligten und niemand mehr abseits stand.

Außerdem war es so, daß die Schläge der Einzelbauern oft die Genossenschaftsfelder zerteilten und die moderne Großflächenwirtschaft behinderten. Der „kleckerweise“ Eintritt der Einzelbauern in die Genossenschaften brachte immer wieder Unruhe und wirkte sich störend auf die Entwicklung der jungen LPG, auf die genossenschaftliche Organisation in der Betriebswirtschaft, die richtige Fruchtfolge und die Gestaltung einer modernen Viehwirtschaft aus. Ein rentabler Einsatz von Neuinvestitionen war problematisch. Sie nur auf die jeweilig bestehende Betriebsgröße auszurichten, hätte einerseits zu beträchtlichen Verlusten geführt, weil sie sich auf Grund der ständigen, jedoch unregelmäßigen Beitritte von Bauernfamilien in die LPG bald als zu eng und überholt erwiesen hätten. Neue große Produktionsstätten gleich für das ganze Dorf zu errichten, bedeutete jedoch andererseits, sie zeitweilig nicht voll auszulasten, was wiederum zunächst unrentabel gewesen wäre und auch die Möglichkeiten der bereits genossenschaftlich wirtschaftenden Bauern überfordert hätte.

22 Aber auch für die Bauern, die sich noch nicht zum Beitritt in die LPG entschlossen hatten, bedeutete jedes

weitere Jahr des Abseitsstehens, daß sie hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben würden und damit persönliche Verluste hinzunehmen hätten.

Viele der noch individuell wirtschaftenden Bauern gelangten deshalb zu der Erkenntnis, daß es besser sei, lieber rechtzeitig einer LPG beizutreten oder mit anderen Bauern eine LPG zu gründen, als solche persönlichen Nachteile zu riskieren und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu hemmen. Insbesondere das Beispiel der zunehmenden Zahl von Produktionsgenossenschaften mit hohen wirtschaftlichen Ergebnissen förderte bei den Bauern die Überzeugung, daß den LPG und damit dem Sozialismus die Zukunft gehört. Als die Bauern sahen, daß nicht mehr die sogenannten starken Einzelbauern die höchsten Produktionsleistungen brachten, sondern die führenden LPG, war das für sie der Anlaß, den Schritt vom „Ich“ zum „Wir“ zu tun und der Genossenschaft beizutreten.

Solche Überlegungen waren damals in allen Einzelbauernfamilien und bei den Bauern untereinander Gegenstand gründlicher und mitunter auch mehr oder weniger heftiger Diskussionen. Oft gaben die Frau oder die Kinder den entscheidenden Anstoß zum Entschluß für die genossenschaftliche Arbeit. Gerade die Bäuerinnen, die in der einzelbäuerlichen Wirtschaft eine besonders schwere Last zu tragen hatten, drängten vielfach auf den Eintritt in die LPG.

Die generelle Durchsetzung der genossenschaftlichen Produktionsweise lag also sowohl im gemeinsamen Interesse **aller** Bauern, als auch der gesamten Gesellschaft, da beide gleichermaßen an einer schnellstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion interessiert waren. Allein der sozialistische Großbetrieb ist in der Lage, dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus zu entsprechen: Ständig weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Die Hauptgründe lagen bei den Bauern selbst. Nachdem sich die Mehrheit in den Genossenschaften zusammengeschlossen und die Überlegenheit der genossenschaftlichen Produktionsweise unter Beweis gestellt hatte, reiften in den Dörfern neue Probleme heran. Nur eine moderne, rentable Agrarwirtschaft konnte das weitere Wachstum der Erträge sichern. Es wurde notwendig, auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Großproduktion die Perspektiven der Genossenschaften und damit jedes einzelnen Bauern und des **ganzen** Dorfes festzulegen. Eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsweise und der Produktionsanlagen mußte begonnen werden. Diese Vorhaben konnten nur dann wirklich großzügig, auf lange Sicht in Angriff genommen und mit größtmöglichem ökonomischem Nutzen durchgeführt werden, wenn sich alle Bauern eines Dorfes an der Planung und Gestaltung der Zukunft beteiligten und niemand mehr abseits stand.

Außerdem war es so, daß die Schläge der Einzelbauern oft die Genossenschaftsfelder zerteilten und die moderne Großflächenwirtschaft behinderten. Der „kleckerweise“ Eintritt der Einzelbauern in die Genossenschaften brachte immer wieder Unruhe und wirkte sich störend auf die Entwicklung der jungen LPG, auf die genossenschaftliche Organisation in der Betriebswirtschaft, die richtige Fruchtfolge und die Gestaltung einer modernen Viehwirtschaft aus. Ein rentabler Einsatz von Neuinvestitionen war problematisch. Sie nur auf die jeweilig bestehende Betriebsgröße auszurichten, hätte einerseits zu beträchtlichen Verlusten geführt, weil sie sich auf Grund der ständigen, jedoch unregelmäßigen Beitritte von Bauernfamilien in die LPG bald als zu eng und überholt erwiesen hätten. Neue große Produktionsstätten gleich für das ganze Dorf zu errichten, bedeutete jedoch andererseits, sie zeitweilig nicht voll auszulasten, was wiederum zunächst unrentabel gewesen wäre und auch die Möglichkeiten der bereits genossenschaftlich wirtschaftenden Bauern überfordert hätte.

Aber auch für die Bauern, die sich noch nicht zum Beitritt in die LPG entschlossen hatten, bedeutete jedes

weitere Jahr des Abseitsstehens, daß sie hinter der allgemeinen Entwicklung zurückbleiben würden und damit persönliche Verluste hinzunehmen hätten.

Viele der noch individuell wirtschaftenden Bauern gelangten deshalb zu der Erkenntnis, daß es besser sei, lieber rechtzeitig einer LPG beizutreten oder mit anderen Bauern eine LPG zu gründen, als solche persönlichen Nachteile zu riskieren und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu hemmen. Insbesondere das Beispiel der zunehmenden Zahl von Produktionsgenossenschaften mit hohen wirtschaftlichen Ergebnissen förderte bei den Bauern die Überzeugung, daß den LPG und damit dem Sozialismus die Zukunft gehört. Als die Bauern sahen, daß nicht mehr die sogenannten starken Einzelbauern die höchsten Produktionsleistungen brachten, sondern die führenden LPG, war das für sie der Anlaß, den Schritt vom „Ich“ zum „Wir“ zu tun und der Genossenschaft beizutreten.

Solche Überlegungen waren damals in allen Einzelbauernfamilien und bei den Bauern untereinander Gegenstand gründlicher und mitunter auch mehr oder weniger heftiger Diskussionen. Oft gaben die Frau oder die Kinder den entscheidenden Anstoß zum Entschluß für die genossenschaftliche Arbeit. Gerade die Bäuerinnen, die in der einzelbäuerlichen Wirtschaft eine besonders schwere Last zu tragen hatten, drängten vielfach auf den Eintritt in die LPG.

Die generelle Durchsetzung der genossenschaftlichen Produktionsweise lag also sowohl im gemeinsamen Interesse **aller** Bauern, als auch der gesamten Gesellschaft, da beide gleichermaßen an einer schnellstmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion interessiert waren. Allein der sozialistische Großbetrieb ist in der Lage, dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus zu entsprechen: Ständig weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.

Wieder Einzelbauer? „Niemals!“

Nachdem sich in der Industrie die sozialistischen Produktionsverhältnisse generell durchgesetzt hatten, galt es, sie auch in der Landwirtschaft allseitig zu verwirklichen, um der Restauration des Kapitalismus ein für allemal die Grundlagen zu entziehen. Es ging nicht an, daß die Hilfe der Arbeiterklasse und ihres Staates für die Landwirtschaft, die mit der Entwicklung der volkseigenen Wirtschaft ständig zunahm, daß die garantierten Preise und Prämien einzelnen ökonomisch Starken die Möglichkeit gaben, sich vielleicht auf Kosten anderer persönlich zu bereichern. Alles das machte – wie bereits gesagt – erforderlich, auch die noch abwartenden Bauern für die LPG zu gewinnen.

Dazu war naturgemäß viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit notwendig. Für die letzten, oft wirtschaftlich sehr starken Mittel- und Großbauern, die im Frühjahr 1960 noch allein wirtschafteten, war der Weg in die Genossenschaft eine schwerwiegende Entscheidung. Sie waren meist fester als andere mit jahrhundertalten Traditionen privaten Wirtschaftens verbunden, und der Entschluß, in eine LPG einzutreten, bedeutete für sie, sich von tief verwurzelten Ansichten und alten Gewohnheiten zu trennen. So gab es damals – das sei ebenso offen gesagt – auch Bauern, die sich nur nach langen inneren Auseinandersetzungen und gewiß auch noch mit bestimmten Vorbehalten schließlich der großen Mehrheit anschlossen, ohne bereits allseitig von den persönlichen Vorteilen dieses Schrittes voll überzeugt zu sein.

Bei einer so großen revolutionären Umwälzung, wie sie die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande darstellt, gab es natürlich da und dort zeitweise auch Überspitzungen und Übereifer in dem Bemühen, die letzten, noch zögernden Bauern auf den neuen, genossenschaftlichen Weg zu bringen. Es gab tatsächlich einzelne Bauern, die sich geradezu schworen, sie würden in drei Teufels Namen nicht in die Genossenschaft gehen. Aber wie urteilen sie heute?

Typisch für sie ist der Bauer Georg Wille aus Bayern im Kreis Herzberg. 1958 noch war der 18-ha-Bauer der Wortführer derer, die erklärten, „niemals“ würden sie in die Genossenschaft gehen, der Sozialismus sei nichts fürs Land. Die Mitglieder der SED nannten ihn unter sich scherzhaft den Bauern „Niemals“. Und heute? Heute lacht er über seine damaligen Vorbehalte. Seit 1960 ist er Vorsitzender der LPG in Bayern, seit 1961 selber Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Von den Vorzügen der genossenschaftlichen Produktion hat er sich überzeugt; erst bei den Nachbar-Genossenschaften, die er heimlich „ausspionierte“, dann in seiner eigenen. 1958 wurden in Bayern 580 000 Liter Milch produziert – im vollgenossenschaftlichen Dorf waren es 1971 mehr als eine Million Liter. „Wenn mir heute jemand sagen würde: Du kannst wieder einzeln wirtschaften, dann würde ich antworten: Niemals!“ sagt Georg Wille schmunzelnd.

Der Vollständigkeit halber sei zur Frage Freiwilligkeit oder Zwang schließlich noch folgendes gesagt: In allen entwickelten kapitalistischen Ländern fallen der Konzentration von Produktion und Kapital zunehmend mehr landwirtschaftliche Betriebe zum Opfer. Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl derer zu, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Höfe zu halten. In den USA ging zwischen 1960 und 1970 die Zahl der Farmen von 3,9 auf 2,9 Millionen zurück. Ähnlich sieht es in den EWG-Ländern aus. In der BRD beispielsweise sind von 1949 bis Juni 1971 fast 776 000 bäuerliche Existenzen, rund 40 Prozent aller Betriebe, aufgegeben worden. Allein im Wirtschaftsjahr 1970/71 waren es 82 208. Die Verschuldung der noch existierenden Bauernhöfe erreichte 1969 die astronomische Höhe von 27 Mrd.(!) DM. Sie ist seitdem weiter gewachsen und wächst beständig weiter. Von den Bauern, die die kapitalistischen Verhältnisse von Haus und Hof vertrieben, kann niemand behaupten, sie hätten es freiwillig getan. Sie mußten und müssen dem massiven wirtschaftlichen Druck weichen, der von den Monopolen und der staatlichen Agrarpolitik ausgeübt wird.

Geradezu grotesk ist daher die Behauptung, der Bauer in der DDR sei „zwangseingeeignet“ worden, obwohl gerade er durch den Eintritt in die LPG seine bäuerliche Existenz nicht nur erhalten, sondern wesentlich verbessern konnte und keine Sorgen um das Heute und das Morgen kennt! Soll das Gerede vom „Zwang“ in der DDR nicht von dem erbarmungslosen Zwang der kapitalistischen Marktwirtschaft ablenken?

Aber dennoch, so hört man auch heute noch, habe der Bauer in der LPG seine „persönliche Freiheit“ aufgegeben. Wie verhält es sich damit?

Persönliche Freiheit und Genossenschaft





Stellen Sie sich bitte zwei Bauern vor: Der eine arbeitet schwer, zehn, oft bis vierzehn Stunden täglich. Trotzdem ist sein Einkommen gering, und er muß sich mancherlei Sorgen um den Fortbestand seines Betriebes machen und häufig sogar einem Nebenerwerb in der Industrie nachgehen. Deshalb sei er frei, heißt es. Der andere arbeitet täglich etwa acht Stunden und sieht die Früchte seiner Arbeit immer reicher werden. Er kennt keine Existenzsorgen, kann seine Freizeit zur Entwicklung seiner Persönlichkeit nutzen, sich erholen, kulturell betätigen oder weiterbilden. Deshalb soll er „unfrei“ sein. Sie sagen, das sei widersinnig? Das ist es in der Tat.

Unter persönlicher Freiheit versteht mancher, völlig nach eigenem Gutdünken in seiner Wirtschaft schalten und walten zu können. Aber wo kann das der Bauer tatsächlich? Seine Arbeit wird vom Produktionsrhythmus in der Landwirtschaft bestimmt. Der zwingt ihn, die anfallenden Arbeiten zur rechten Zeit zu bewältigen, von der Aussaat bis zur Ernte. Und immer muß das Vieh versorgt werden, auch sonn- und feiertags. Die Arbeit reißt, besonders im Sommer, niemals ab.

Außerdem: welcher Bauer kann in einem kapitalistischen Staat heute auf **seinem** Hof tun und produzieren,

was ihm beliebt? Da gibt es die harten Forderungen des Marktes, denen er sich anpassen muß. Es gibt die Abhängigkeit von den großen Industriemonopolen, den Lebensmittelkonzernen und ihrem Preisdiktat, den Banken, bei denen der Bauer in der Kreide steht. Ihnen allen ist er auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Vielfach kann er sich nicht einmal die Freiheit nehmen, mit seiner Familie zwei bis drei Wochen in Urlaub zu fahren. Mit der Freiheit der Bauern ist es also – bedingt durch die einzelbäuerliche Wirtschaftsweise – nicht weit her.

Selbstverständlich bestimmt der natürliche Produktionsrhythmus auch die Arbeit in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Doch es ist unumstritten, daß hier durch vernünftige Arbeitsteilung, konzentrierten Maschineneinsatz alle anfallenden Aufgaben besser und wesentlich leichter bewältigt werden können. Die Genossenschaftsbauern – ganz gleich, wofür sie in der LPG verantwortlich sind – entscheiden heute in der DDR über riesige Ländereien, große Viehherden und einen leistungsfähigen, modernen Maschinenpark. Sie können viel investieren und erreichen immer höhere finanzielle Ergebnisse. Sie kennen keine Existenzangst und sind keinem zermürbenden Konkurrenzkampf ausgesetzt.

<i>Maschinenpark der Landwirtschaft in der DDR (1970)</i>		<i>Anzahl der Maschinen</i>	<i>Fläche je Maschine</i>
	<i>Traktoren</i>	148 865	40 ha
	<i>LKW</i>	27 186	216 ha
	<i>Mähdrescher</i>	17 911	123 ha
	<i>Kartoffelvollertemaschinen</i>	12 000	52 ha
	<i>Rübenvollertemaschinen</i>	5 276	36 ha

Wieviel freier ist also jedes Mitglied einer landwirtschaftlichen Genossenschaft in der DDR im Vergleich zu einem einzeln wirtschaftenden Bauern, wieviel mehr Zeit bleibt ihm für seine persönlichen Interessen, die es so nutzen kann, wie es ihm beliebt! Immer mehr LPG-Bäuerinnen und -Bauern bilden sich weiter, machen Theaterbesuche oder Ausflüge und fahren in Urlaub. Sie sagen heute mit Recht, daß sie als Genossenschaftsbauern viel mehr persönliche Freiheit besitzen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Im Beschluß der Volkskammer der DDR über die Entwicklung der LPG vom 25. April 1960 heißt es: „Mit dem Zusammenschluß der Bauern werden alle Schranken der einzelbäuerlichen Wirtschaft überwunden, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Lande ein für allemal beseitigt und zum ersten Mal in der Geschichte die politisch-moralische Einheit des Dorfes hergestellt. Damit sind auch die Voraussetzungen geschaffen, daß die Bäuerinnen und Bauern ihre Fähigkeiten und Talente frei entfalten können.“ Diese Feststellung hat in unseren Dörfern ihre volle Bestätigung gefunden.

LPG – Weg zum sozialistischen Großbetrieb

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und ihre kooperativen Einrichtungen sind die auf die Bedingungen in der DDR zugeschnittenen Formen sozialistischer Großbetriebe auf dem Lande. Ihre Entwicklung wurde von der Partei der Arbeiterklasse, der SED, gemeinsam mit den Bauern und ihren Organisationen vollbracht.

Bereits Karl Marx und Friedrich Engels hatten vor hundert Jahren die genossenschaftliche Großproduktion auf dem Lande als den Weg gekennzeichnet, der den Bauern allein die Möglichkeit bietet, die Fesseln des Kapitalismus und der zersplitterten Kleinproduktion abzustreifen. Und die Kollektivwirtschaften, in de-

nen dieser Gedanke unter den Bedingungen der Sowjetunion erstmalig verwirklicht wurde, gaben wichtige Anregungen für die Lösung des Problems auch auf deutschem Boden. Die Anwendung dieser Lehren auf die spezifischen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik, in einem hochentwickelten Industriestaat, ist jedoch ein Verdienst des ersten sozialistischen deutschen Staates und seiner führenden Partei. Auf allen Parteitag und in den Beschlüssen der SED wird der Entwicklung der Bauern, der wichtigsten Bündnispartner der Arbeiterklasse, große Bedeutung zugemessen.

Die Genossenschaften in der DDR unterscheiden sich in mancher Hinsicht von den Formen sozialistischer Gemeinschaftsarbeit in anderen Ländern.

So wurde bei uns der Grund und Boden nicht nationalisiert, wie – unter anderen historischen Voraussetzungen – beispielsweise in der Sowjetunion. Der Bauer übergab seinen Boden der LPG zur gemeinsamen Nutzung, bleibt jedoch grundbuchamtlich uneingeschränkt Eigentümer seines Landes mit allen Rechten und Pflichten, die sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch ergeben (dazu zählen auch das Erbrecht und die Möglichkeit des Verkaufs). Ausdruck dieses Eigentumsrechts ist auch die Tatsache, daß der Genossenschaftsbauer für sein Land jährlich von der LPG Bodenanteile ausgezahlt erhält.

Ferner wurden in der DDR von vornherein verschiedene Abstufungen genossenschaftlicher Zusammenschlüsse entwickelt, die von der gemeinsamen Nutzung nur des Ackerlandes bis zum gemeinsamen Maschinenpark und zu allseitiger vollgenossenschaftlicher Produktion einschließlich Viehzucht reichen (LPG Typ I, II und III, siehe Seite 33 ff.). Sie boten und bieten den Bauern entsprechend ihren Wünschen volle Entscheidungsfreiheit.

Schließlich wurde in der DDR auch den Großbauern der Weg in die Genossenschaft geebnet. Obwohl sie, neben dem Großgrundbesitz, immer die Stützen des Kapitalismus auf dem Dorfe waren und fremde Arbeit

ausbeuteten, konnten sie, sofern sie selbst den Willen dazu hatten, Mitgestalter der neuen Genossenschaften werden, und nicht wenige bekleiden als erfahrene Landwirte verantwortliche Funktionen. Um die Möglichkeit auszuschalten, daß sie auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke sich innerhalb der LPG ungerechtfertigte Vorteile verschaffen konnten, werden ihnen die Bodenanteile für ihr eingebrachtes, voll angerechnetes Land entsprechend dem Durchschnitt des von den übrigen Mitgliedern eingebrachten Bodens ausgezahlt. Heute sind sie gleichberechtigte und selbstbewußte Bürger der DDR. Viele sind zu Meistern der Organisation landwirtschaftlicher Großproduktion, zu Meistern der modernen Technik aufgerückt.

Die Bauern in der DDR betreten also im wahrsten Sinne des Wortes Neuland. Der Erfolg ihres Weges spricht für sich. Daß sie sich die guten Erfahrungen sowjetischer Kollektivwirtschaften nutzbar machten, ist nur natürlich und trug gute Früchte.

Genossenschaften und Gemeinschaften – das gleiche?

In einigen kapitalistischen Staaten haben sich in den letzten Jahren angesichts des zunehmenden Drucks der Monopole und der wachsenden Existenzangst gewisse Formen des gemeinsamen Arbeitens herausgebildet, die zweifellos auch von der Ausstrahlung der sozialistischen Landwirtschaft beeinflußt sind. Die Bauern dort suchen offensichtlich nach neuen Betriebsformen, die die Vorzüge des Großbetriebes in sich vereinen, um dadurch ihre bäuerliche Existenz zu erhalten.

Es ist bemerkenswert, wenn Dr. Alois Nienaber von der Universität Köln für diese Gemeinschaftsarbeit Regelungen vorschlägt, die in vielen Passagen den Statuten und dem organisatorischen Aufbau der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften entsprechen.

Dennoch: diese Gemeinschaften und die sozialistischen Genossenschaften der DDR – mag auch man-

ches in ihrer Arbeitsweise übereinstimmen – können keinesfalls gleichgesetzt werden. Die Gemeinschaften bestehen in einer kapitalistischen Umwelt, die auf sie einwirkt und von der sie abhängig sind. Der Kapitalismus produziert unaufhörlich Kapitalismus. Die gemeinschaftliche Arbeit ist im harten Existenzkampf für die Bauern Frankreichs, Großbritanniens oder der BRD zweifellos eine große Hilfe. Jedoch ändert das nichts an der grundlegenden Tatsache, daß die Monopole die Preise sowohl für landwirtschaftliche Erzeugnisse als auch für sämtliche Betriebsmittel, die immer teurer werden, diktieren. Für sozialistische Genossenschaften mit allen ihren Vorzügen ist in einer von Monopolen beherrschten und kontrollierten Wirtschaft kein Platz. Die Gleichberechtigung aller, die völlige Übereinstimmung der Interessen zwischen Stadt und Land, die weitsichtige, kluge Planung der gesellschaftlichen Notwendigkeiten zum Nutzen aller – auch im Bereich der Agrarwirtschaft – sind Wesensmerkmale allein einer sozialistischen Ordnung und nur unter Führung der Arbeiterklasse zu verwirklichen.

III. Wie sieht eine LPG aus?

Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Deutschen Demokratischen Republik beträgt 6 286 392 Hektar. 1970 wurden davon 85,9 Prozent von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, 7,0 Prozent von volkseigenen Gütern und 0,3 Prozent von gärtnerischen Produktionsgenossenschaften bewirtschaftet. Der Rest teilt sich auf sonstige volkseigene Betriebe, auf Kirchenland, Kleinparzellen (unter einem Hektar) und andere auf.

Wie sieht nun eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft aus? Auf welche gesetzlichen Grundlagen und innerbetrieblichen Festlegungen stützen sich die Genossenschaften? Welche verschiedenen Formen genossenschaftlichen Zusammenschlusses gibt es? Haben die LPG-Mitglieder noch eigenes Vieh, wie wird ihre Arbeit bewertet, was geschieht mit dem erwirtschafteten Gewinn?

Im Jahre 1959 beschloß die Volkskammer der DDR das Gesetz über die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, in dem es heißt: „Die LPG organisieren sich auf der Grundlage der gemeinsamen Arbeit gleichberechtigter Mitglieder und dienen der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Arbeitsproduktivität sowie der weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Landbevölkerung. Sie führen ihre gesamte wirtschaftliche Tätigkeit in voller Selbständigkeit auf der Grundlage der innergenossenschaftlichen Demokratie in Übereinstimmung mit ihrem beschlossenen Statut durch.“

Auf der Grundlage dieses staatlichen Gesetzes beschließt in jeder LPG die Mitgliederversammlung das Statut, das der Form und den konkreten Entwicklungsbedingungen der betreffenden Genossenschaft entspricht. Darin, sowie in der Inneren Betriebsordnung der LPG, sind alle Fragen des genossenschaftlichen Lebens, die Rechte und Pflichten der Mitglieder, die



Verantwortung für das Ganze. Die Kombienerin Irmgard Nimtz von der Kooperation Bellin, Kreis Neuruppin, trägt mit ihrer Arbeit dazu bei, die Hauptaufgabe der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu verwirklichen: Alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes. Das bedeutet auch für die Bauern, daß ihr Lebensniveau kontinuierlich weiter wächst.



Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ einer LPG. Die Genossenschaftsbauern von Tuchheim kooperieren seit 1969 mit 4 anderen Genossenschaften in der Feldwirtschaft und konnten dadurch ihre Marktproduktion um ein Fünftel steigern. Hier beschlossen sie einstimmig die Aufgaben des neuen Jahresplanes.

Früher Landarbeiter, heute Minister: Georg Ewald, Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR. Dem Traktoristen Wolfgang Zeimer aus Berstede ist er kein Unbekannter. Ständig ist der Minister unter Bauern und Landarbeitern zu finden. Immer steht er ihnen mit Rat und Tat zur Seite.



Auf der „agra“ 1971. Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, und weitere Mitglieder der Partei- und Staatsführung, besichtigen Exponate dieser großen landwirtschaftlichen Leistungsschau in Leipzig-Markkleeberg. Jedes Jahr treffen sich Genossenschaftsbauern, Arbeiter der Landmaschinenindustrie und der Nahrungsgüterwirtschaft hier zum Erfahrungsaustausch.

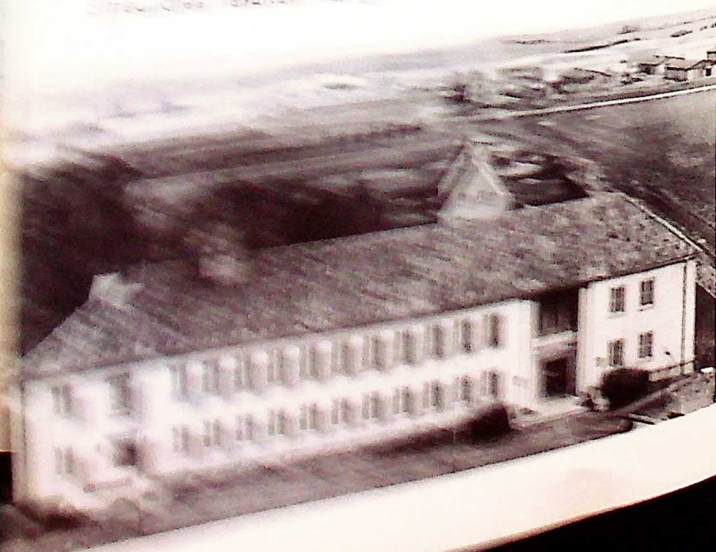
Arbeitsberatung auf dem Feld. Die Erfahrungen jedes einzelnen Genossenschaftsbauern sind wichtig, wenn es um die schnelle Einbringung der Ernte und den günstigsten Einsatz der modernen Technik geht.





Einhaus direkt am Arbeitsplatz. Wenn es auf den Feldern heiß hergeht, kommt der Hausbau mit Einrichtungen, Obst und Frühstückbeuteln zu den Saisonern. Auch die Kaminherde und Landwarenhauser, die ein breites Angebot bereithalten, lassen ihre Öffnungsbetten der Ernte an.

Umfassende Gesundheitsvorsorge. So den 178 für die Dorfbewohner
 (Kommunen) konventionellen Gesundheits in der Gemeinde Mastlin.
 (Kommunen) (Gesundheit) (Kommunen) (Gesundheit) (Kommunen) (Gesundheit)



Dörfer verändern ihr Gesicht. Vor 30 Jahren gab es in Tucheim vorwiegend Landarbeiterkaten. Heute steht hier eine moderne Wohnsiedlung, in der Anni Prokuslaus, Toni Werner und Anni Kolberg Komfort wie in einer Stadtwohnung genießen.

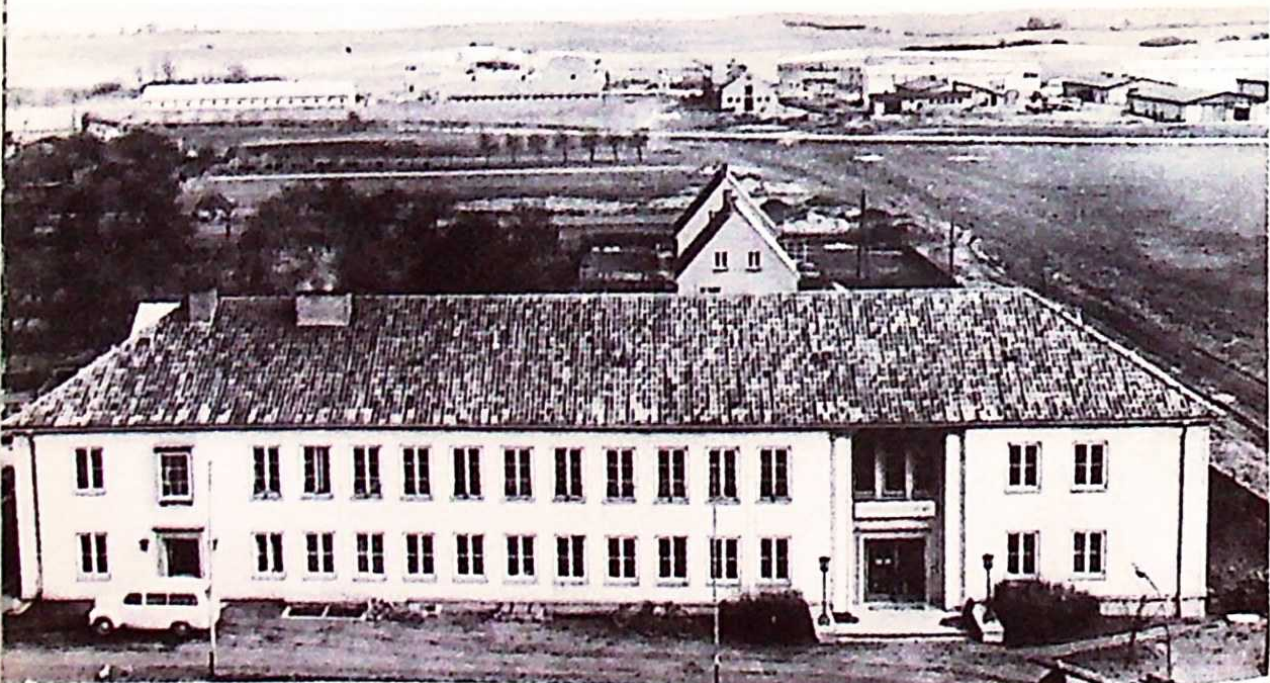


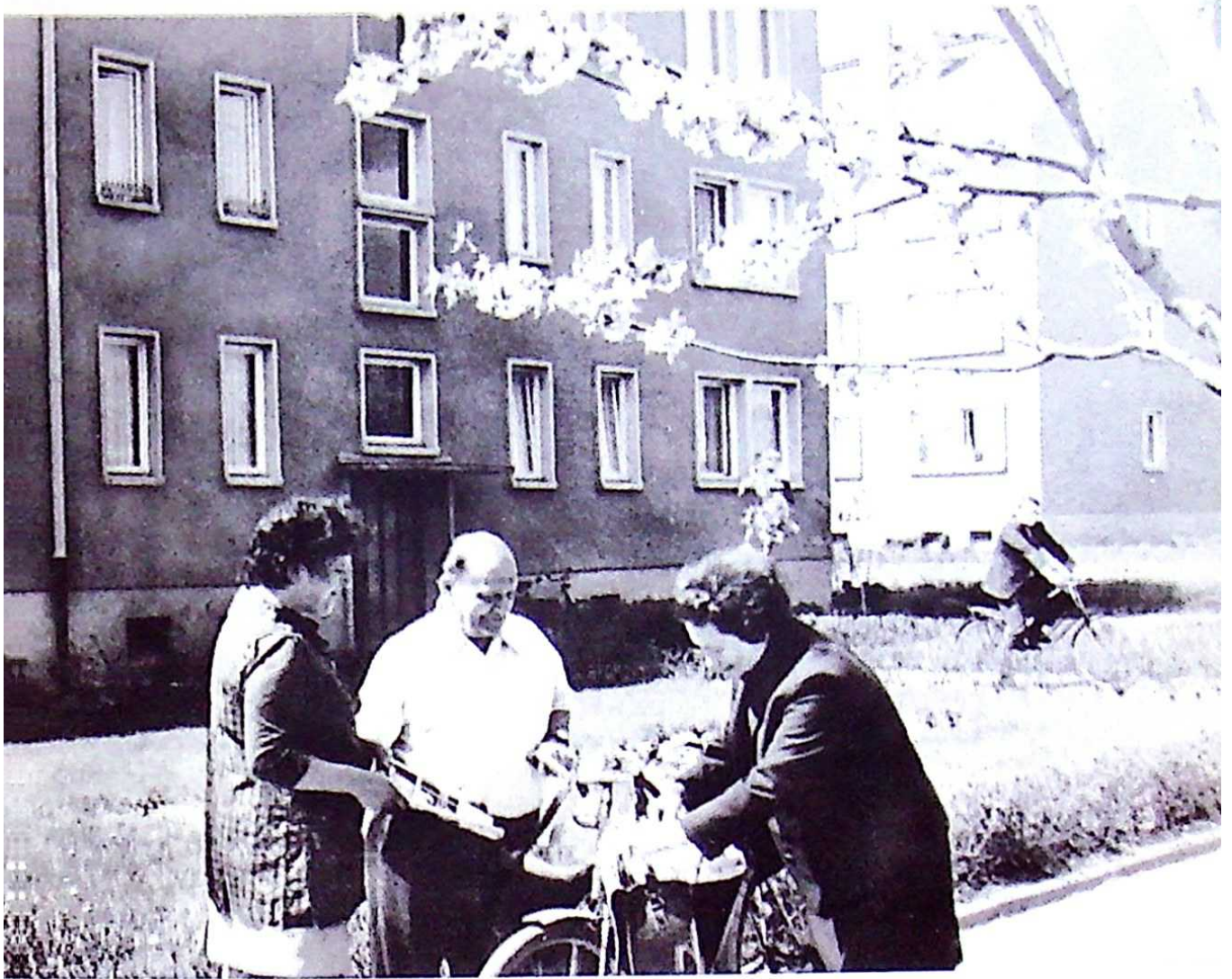
Liebevolle Betreuung der Kinder. Die Muttis können beruhigt ihrer Arbeit nachgehen. Kindergärten und -krippen gehören längst auch für die Landbevölkerung zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens.



Einkauf direkt am Arbeitsplatz. Wenn es auf den Feldern heiß hergeht, kommt der Konsum mit Erfrischungen, Obst und Frühstücksbeuteln zu den Bauern. Auch die Kaufhallen und Landwarenhäuser, die ein breites Angebot bereithalten, passen ihre Öffnungszeiten der Ernte an.

Umfassende Gesundheitsfürsorge. Zu den 378 für die Dorfbevölkerung gebauten Landambulatorien gehört dieses in der Gemeinde Mestlin. Erfreuliches Resultat: weniger Kranke, größere Lebenserwartung.





Dörfer verändern ihr Gesicht. Vor 30 Jahren gab es in Tucheim vorwiegend Landarbeiterkaten. Heute steht hier eine moderne Wohnsiedlung, in der Anni Prokuslaus, Toni Werner und Anni Kolberg Komfort wie in einer Stadtwohnung genießen.

Liebevolle Betreuung der Kinder. Die Muttis können beruhigt ihrer Arbeit nachgehen. Kindergärten und -krippen gehören längst auch für die Landbevölkerung zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens.





Die kleine Gemeinde Burgstall, Kreis Tangerhütte, ist stolz auf ihre Oberschule. Einklassenschulen? In der DDR schon seit 1960 unbekannt! In Städten und Dörfern gelten einheitliche Lehrpläne.

ort groß geschrieben. So wie die Polytechnische Oberschule Mestlin, eis Parchim, hat heute in der DDR jede moderne Schule auf dem ande ihre Turnhalle.





Schüler experimentieren. Physikunterricht in der „Dorfschule“ Bobitz, Kreis Wismar. In der DDR besuchen gegenwärtig über 85 Prozent der Kinder auf dem Lande vorbildlich eingerichtete zehn- bzw. zwölfklassige Oberschulen.

Medaillenanwärter von morgen. Unter Anleitung erfahrener Übungsleiter erlernen die Jungen und Mädchen aus Wormstedt bei Apolda kostenlos das Reiten. Ein Beispiel für die breite Volkssportbewegung.





Frauensonderklassen bieten den Genossenschaftsbäuerinnen günstige Möglichkeiten, den Abschluß als Agraringenieur oder Diplomlandwirt zu erlangen. Der Anteil der in der sozialistischen Landwirtschaft tätigen Frauen mit einer abgeschlossenen Ausbildung liegt heute über 50 Prozent.

Ausbildung am Modell. 25 Bäuerinnen und Bauern aus Zieslütze, Kreis Parchim, erwerben die Bedienungsberechtigung für Melkanlagen. Ihr nächstes Ziel ist der Facharbeiterbrief für Rinderzüchter.



Arbeitsorganisation, die Prinzipien der Verteilung der Einkünfte und vieles andere geregelt. Für jedes Mitglied liegt es im eigenen Interesse, daß dieses Statut – das Grundgesetz der LPG – eingehalten wird.

Gerade im Entstehen und Handhaben der Statuten in den Genossenschaften offenbart sich sehr deutlich die sozialistische Demokratie in der DDR.

Drei Typen und ihre Besonderheiten

Wie bereits kurz erwähnt, gibt es drei verschiedene, inhaltlich abgestufte Typen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften.

Der Typ I ist die Form des genossenschaftlichen Wirtschaftens, die den niedrigsten Grad des Zusammenschlusses aufweist. Hier bearbeiten die Bauern nur ihr Ackerland gemeinsam; Wiesen, Weiden und Wälder können – je nachdem wie es die Mitglieder in ihrem LPG-Statut festlegen – ebenfalls genossenschaftlich, aber auch weiterhin individuell von jedem selbst bewirtschaftet werden. Die Maschinen und Geräte bleiben Privateigentum und auch das gesamte Vieh behält der Bauer in persönlicher Haltung und Nutzung. Die in der LPG erzielten Einkünfte aus der Feldwirtschaft werden – nach Abzug der Produktionskosten und der Mittel für Neuanschaffungen – mindestens zu 60 Prozent nach geleisteter Arbeit und bis zu 40 Prozent nach Umfang und Wert des eingebrachten Bodens an die Genossenschaftsmitglieder verteilt.

Der Typ II stellt gegenüber dem Typ I insofern eine höhere Form des genossenschaftlichen Wirtschaftens dar, als hier auch die Zugkräfte, die Maschinen und Geräte gegen Bezahlung in die LPG eingebracht wurden. In persönlicher Wirtschaft des Bauern verbleibt das Vieh. Der erwirtschaftete Gewinn wird hier zu 70 Prozent nach geleisteter Arbeit und zu 30 Prozent nach eingebrachtem Boden verteilt.

Der Typ III ist die höchste Form der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Mitglieder

brachten ihr gesamtes Land einschließlich der Wiesen und Wälder, das Zucht- und Nutzvieh sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in die LPG ein. Im Typ III umfaßt die genossenschaftliche Wirtschaft also alle Zweige des landwirtschaftlichen Betriebes. Mindestens 80 Prozent der Geldeinkünfte werden nach geleisteter Arbeit und bis zu 20 Prozent nach eingebrachtem Boden verteilt.

Diese drei Typen landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in der DDR ermöglichten den Bauern nicht nur die freie Entscheidung über die Form ihrer Zusammenarbeit, sondern gestatten auch den allmählichen schrittweisen Übergang zu immer höheren Formen der Genossenschaftsarbeit, die den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung tragen.

Diesem stufenweisen Übergang kommt sowohl psychologische als auch ökonomische Bedeutung zu. Einerseits gewöhnen sich die Mitglieder allmählich an die neuen Wirtschaftsformen, sammeln Erfahrungen bei der Organisation und Leitung von Großbetrieben und entwickeln das gemeinschaftliche Denken und Handeln. Andererseits schaffen sie bereits in der jeweils niederen Form materielle und finanzielle Voraussetzungen für den Übergang zu einer höheren Form, indem sie beispielsweise Mittel für den Bau moderner Stallungen erwirtschaften und durch eine genossenschaftliche Jungviehaufzucht die Rinderherden heranziehen, um dann beim Übergang zum Typ III die gemeinsame Viehhaltung noch erfolgreicher und mit hohem ökonomischem Nutzen betreiben zu können.

Die Möglichkeit, sich je nach den Bedingungen und eigenem Ermessen für einen bestimmten Typ zu entscheiden, führte dazu, daß damals oft in einem Dorf auch mehrere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften entstanden, beispielsweise eine vom Typ III und eine vom Typ I, die zum Teil auch heute noch so bestehen, aber meist in der Feldwirtschaft und oft auch in der tierischen Produktion miteinander kooperieren und somit größere Produktionseinheiten bilden.

<i>Viehbesatz je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche</i>	1955	1970
<i>Rindvieh</i> <i>darunter Kühe</i> 	58,0 32,4	82,6 34,4
<i>Schweine</i> <i>darunter Sauen</i> 	139,3 10,8	154,0 15,7
<i>Legehennen</i> 	339,9	405,2

Die meisten in Typ I wirtschaftenden Bauern haben jedoch die Vorteile einer Genossenschaft vom Typ III längst erkannt und sich inzwischen dafür entschieden, andere wollen den Übergang erst dann tun, wenn sie allseitig die materiellen Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Diese Entscheidung ist ausschließlich Sache der Genossenschaftsmitglieder selbst. Niemand bevormundet sie oder forciert gar den Schritt zu einem höheren Typ.

Die meisten LPG vom Typ I arbeiten bei Wahrung ihrer Selbständigkeit mit anderen größeren Genossenschaften, vor allem Typ III, in verschiedener Form zusammen, was sehr oft bis zur gemeinsam betriebenen Feldwirtschaft auf großen einheitlichen Schlägen geht.

1960, nach dem Zusammenschluß aller Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, gab es insgesamt 12 969 LPG vom Typ I und II, während es Ende 1970 nur noch 3485 waren. Das kommt vor allem daher, daß sich viele kleinere LPG Typ I, die manchmal nur drei bis zehn Bauern vereinigten, zu einer größeren zusammengeschlossen haben, um die wirtschaftlichen Vorteile besser nutzen zu können. So ist die Durchschnittsgröße der LPG Typ I und II, die 1960 nur

115 Hektar LN (außer den persönlich genutzten Wiesen und Weiden) betrug, bis Ende 1970 auf 250 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gestiegen.

Dagegen blieb die Zahl der LPG Typ III konstanter: 1960 gab es 6337 LPG mit einer Durchschnittsgröße von 540 Hektar LN. Bis Ende 1970 ist ihre Zahl durch Zusammenschlüsse auf lediglich 5524 mit einer durchschnittlichen Größe von 830 Hektar LN zurückgegangen. Davon besitzen rund 150 LPG jeweils mehr als 2000 Hektar Land, einige sogar mehr als 3000.

Haben LPG-Mitglieder eigenes Vieh?

In den LPG Typ I und II haben die Mitglieder – wie gesagt – nach wie vor ihr Vieh in eigener Nutzung. Die Bestände haben sich meist sogar erheblich vergrößert. Jedoch sind heute infolge der kleinen Stallungen und der darin nicht anwendbaren modernen Technik einer weiteren Erhöhung der Viehbestände natürliche Grenzen gesetzt.

Auch in der LPG des Typs III, wo die Viehhaltung gemeinschaftlich betrieben wird, können die Mitglieder außerdem in ihrer persönlichen Hauswirtschaft ein oder zwei Kühe mit Kälbern, zwei Mutterschweine mit Nachwuchs und unbegrenzt Kleinvieh halten. Damit haben sie eine zusätzliche Einnahmequelle, die besonders in der Anfangszeit von Bedeutung war. Das notwendige Futter für diese Tiere erhalten die Bauern gegen Bezahlung von der LPG.

Diese persönliche Viehhaltung verliert jedoch mehr und mehr an Bedeutung. Da das Einkommen aus der Genossenschaft immer mehr ansteigt, wollen sich die meisten Bäuerinnen und Bauern nicht mehr nach Feierabend mit der Fütterung und Pflege von Großvieh im eigenen Stall belasten. Die Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder hält deshalb schon seit längerem nur noch Geflügel.

Bei allen drei Typen behalten die Mitglieder bis zu
36 0,5 Hektar Ackerland in eigener Nutzung. Um sich je-

doch auch hier die Arbeit zu erleichtern, wird dieses persönliche Land in vielen LPG gemeinsam bearbeitet und der Ertrag gegen Entrichtung der Bearbeitungskosten an die Mitglieder verteilt.

Wurde der Zustand der Wirtschaft berücksichtigt?

Immer wieder wird die Frage gestellt, wie denn bei der LPG-Gründung mit dem Inventar, dem Vieh, den Maschinen und Geräten verfahren wurde. Der eine Bauer hatte zwölf gute Kühe im Stall, der andere bei gleicher Betriebsgröße eventuell nur sechs schlechte; der eine hatte viel Geld in einen ordentlichen Maschinenbestand hineingesteckt, der andere hatte auch hier nicht viel aufzuweisen. Solche Unterschiede gab es natürlich. War also derjenige, der viel in die LPG einbrachte, nicht arg im Nachteil? Wurde er gar für seine Tüchtigkeit bestraft? Keineswegs; denn auch diese Frage wurde im Genossenschaftsstatut überzeugend und gerecht gelöst.

Je Hektar Land waren in der Regel 500 oder 600 Mark an lebendem und totem Inventar in die LPG Typ III einzubringen. Einer von der Mitgliederversammlung gewählten Kommission oblag die Schätzung des eingebrachten Inventars. Überstieg dessen Wert die für die Fläche festgelegte Summe, galt der überschüssige Teil als zusätzlicher Inventarbeitrag, der dem Mitglied nach und nach ausgezahlt wurde. Hatte zum Beispiel ein Bauer mit 15 Hektar bei 500 Mark/ha einen Inventarwert von 7500 Mark zu bringen, sein Vieh und seine Maschinen besaßen aber einen Wert von 20 000 Mark, so galten 12 500 Mark als zusätzlicher Inventarbeitrag. Die meisten LPG Typ III, die sich inzwischen aus eigenen Mitteln einen modernen genossenschaftlichen Maschinenpark anschafften, der den Bedingungen der Großflächenbearbeitung bei weitgehender Ausschaltung manueller Arbeit entspricht, haben diese Auszahlung längst abgeschlossen.

Jene Mitglieder aber, die weniger Inventarwert brachten, als für ihre Flächen notwendig war – blieben sie die lachenden Dritten? Nein, sie hatten die am Pflichtinventarbeitrag fehlende Summe an die LPG zu zahlen, wobei die Mitgliederversammlung Termin und Zahlungsweise festlegte. Solche Fälle traten verhältnismäßig selten auf. Meist wurden sie so geregelt, daß von den Bodenanteilen die Hälfte einbehalten wurde, bis der Fehlbetrag gedeckt war.

Scheidet ein Mitglied aus der LPG aus, so wird ihm der eingebrachte Inventarbeitrag zurückgezahlt. Stirbt ein Genossenschaftsmitglied, geht dieser Anspruch auf seine gesetzlichen Erben über. In einigen LPG wurde beschlossen, ihren alten und nicht mehr arbeitsfähigen Mitgliedern – neben anderen Vergünstigungen – ihren Pflichtinventarbeitrag nach und nach in Form einer zusätzlichen Rente auszuzahlen.

Wie wird die Arbeit bewertet?

Der mit der Materie weniger vertraute Leser könnte zunächst meinen, Gemeinschaftsarbeit in einer großen LPG fördere nicht das Interesse des einzelnen an guter, verantwortungsbewußter Arbeit. Wird es in einem großen Kollektiv nicht immer welche geben, die sich auf Kosten anderer zu drücken versuchen?

Die Ergebnisse beweisen das Gegenteil, denn die Genossenschaftsbauern haben offensichtlich Jahr für Jahr erhebliche Anstrengungen gemacht, um höhere Arbeitsergebnisse zu erzielen und sind damit persönlich nicht schlecht gefahren. Die Erhöhung der Produktion in der LPG hat jedem einzelnen Genossenschaftsmitglied und seiner Familie und damit auch der Gesellschaft insgesamt Nutzen gebracht.

Von einer „gleichmäßigen Verteilung“ kann selbstverständlich keine Rede sein. Alle Mitglieder der LPG sind entsprechend ihren Neigungen, Kenntnissen und Wünschen in festumrissenen Produktionsbereichen tätig und dafür in hohem Maße eigenverantwortlich. Für

die Bewertung und Vergütung ihrer Arbeit steht der sozialistischen Verfassungsgrundsatz: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung! Das heißt, jedes Mitglied ist entsprechend seinem Arbeitsanteil an dem genossenschaftlich erwirtschafteten Gewinn beteiligt.

Es besteht ein exaktes System, um die Leistungen des einzelnen zu erfassen und gerecht zu vergüten. Dazu sind für alle in der LPG anfallenden Arbeiten Tagesarbeitsnormen festgelegt, die ein Mitglied bei durchschnittlichem Leistungsvermögen in acht Stunden vollbringen kann. Bei bestimmten Arbeitsgebieten, beispielsweise in den Milchvieh- oder Mastställen, gibt es eine Vergütung, die unmittelbar auf das Produkt bezogen ist. Diese Normen oder Vergütungssätze – errechnet von der demokratisch gewählten Normenkommission – werden in jeder LPG von den Mitgliedern selbst beschlossen.

Ein Mitglied, das seine Tagesnorm erfüllte, erhält eine Arbeitseinheit (AE). Hat es die Tagesnorm mit 125 Prozent erfüllt, so werden ihm 1,25 Arbeitseinheiten angerechnet. Darüber hinaus wird aber auch die Schwere und Kompliziertheit einzelner Arbeiten berücksichtigt. Eine relativ einfache und leichte Tätigkeit wird beispielsweise mit 1,0 AE bewertet, eine komplizierte und schwierigere dagegen mit 1,4 bis 1,8, manche sogar mit 2,0 Arbeitseinheiten. So ist es durchaus nicht selten, daß eine qualifizierte Kraft, beispielsweise ein Melker, der seine Tätigkeit nach wissenschaftlichen Erkenntnissen verrichtet und hohe Milchleistungen erzielt, täglich zwei oder gar drei Arbeitseinheiten angerechnet erhält.

Natürlich gibt es auch einige Arbeiten, die sich nicht oder nur schlecht normen lassen. Hierfür wird dann ein entsprechender Stunden-AE-Satz festgelegt. Der endgültige Wert der Arbeitseinheit wird am Jahresende berechnet, wenn die Gesamteinkünfte und -ausgaben der LPG feststehen und Zuführungen an die verschiedenen Fonds erfolgt sind. Aus dem Betrag, der nun für die Vergütung der geleisteten Arbeit zur Verfügung steht und der Summe der aufgewandten Arbeitseinhei-

ten, ergibt sich der Wert einer Arbeitseinheit. Werden beispielsweise in einer LPG insgesamt 60 000 AE im Jahr geleistet und stehen dafür 750 000 Mark zur Verfügung, so beträgt der Wert jeder AE 12,50 Mark (750 000 : 60 000).

Im Laufe des Jahres erhält jedes Mitglied auf Grund des Produktionsplanes der LPG, aus dem sich der Wert der Arbeitseinheit schon ziemlich genau ergibt, Vorschüsse entsprechend seiner Leistung. Am Jahresende erfolgt dann die Restzahlung, deren Höhe nach dem erreichten Wirtschaftsergebnis berechnet wird und verschieden hoch sein kann. Hat eine landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gut gewirtschaftet, hat sie ihren Produktionsplan erfüllt oder übererfüllt, dann können die Mitglieder mit einem entsprechend höheren Endbetrag rechnen.

Jedes Genossenschaftsmitglied hat also in zweierlei Hinsicht persönliches Interesse an gewissenhafter, verantwortungsvoller Arbeit: Einmal hängen von seiner unmittelbaren täglichen Leistung seine monatlichen Einkünfte ab, zum anderen beeinflußt seine kontinuierlich gute Arbeit das Endergebnis und damit die Höhe seiner Auszahlung am Jahresende.

Die Fonds der LPG

Kein vernünftiger Bauer verwendet alles, was er erwirtschaftet hat, zur persönlichen Konsumtion. Er macht Anschaffungen für seinen Betrieb. Ebenso muß auch jede landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft, will sie sich erfolgreich weiterentwickeln, einen guten Teil ihrer Einkünfte in die Wirtschaft stecken oder – wie man wissenschaftlich sagt – akkumulieren.

So wird laut Statut in jeder LPG ein beträchtlicher Teil der gesamten genossenschaftlichen Geldeinkünfte dem sogenannten Grundmittelfonds zugeführt (die meisten LPG rechnen zur Zeit je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit etwa 500 bis 800 Mark). Aus diesem Fonds ergänzt und vergrößert die LPG ihr Anlage-

vermögen, kauft – häufig gemeinsam mit Nachbargesellschaften – neue Maschinen, hochleistungsfähiges Nutz- und Zuchtvieh, errichtet moderne Wirtschaftsgebäude, führt Meliorationen durch. In dem Maße, wie die LPG ihren Grundmittelfonds vergrößert, wird sie wirtschaftlich stärker und reicher – zum Vorteil aller ihrer Mitglieder. Viele fortgeschrittene LPG benötigen selbst für langfristige Investitionen kaum oder gar keine Kredite mehr, weil sie über einen fundierten Grundmittelfonds verfügen.

Des Weiteren bildet jede LPG einen Kultur-, Hilfs- und Prämienfonds, denen etwa drei Prozent der genossenschaftlichen Einnahmen zugeführt werden. Der Hilfsfonds wird zur Unterstützung bedürftiger, besonders älterer und kranker Mitglieder verwendet.

Ferner verfügen die meisten LPG über einen Rücklage- oder Reservefonds. Ihm wird in Jahren, in denen die LPG besonders hohe Gewinne erzielt, ein Teil der eigentlich für die Arbeitseinheiten bereitstehenden Mittel zugeführt. Hat beispielsweise eine LPG in den letzten Jahren 12 Mark je AE verteilt und erreicht sie nun, durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und eine gute Ernte 16 Mark, so wird sie vielleicht nur 14 Mark auszahlen. Das übrige wird dem Reservefonds zugeführt. So braucht der Wert der Arbeitseinheit auch in einem ungünstigen Erntejahr nicht oder nur unwesentlich zurückzugehen.

Über alle diese Fonds, über ihre Höhe und Verwendung, befindet ausschließlich die Mitgliederversammlung der LPG.

Wie hoch ist das Einkommen?

Diese Frage wollen wir Ihnen anhand einiger Beispiele aus der Praxis beantworten.

Die LPG Typ III in Schulzendorf, Kreis Bad Freienwalde, die noch vor einigen Jahren 156 Mitglieder zählte und 782 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bewirtschaftete, ist heute durch Zusammenschluß mit

einer Nachbar-LPG auf 225 arbeitsfähige Mitglieder und 1400 Hektar Land (Ackerzahl 31) angewachsen. Die Genossenschaftsbauern erhielten je Arbeitseinheit 12,95 Mark vergütet.

Horst Kopp (36) ist Treckerfahrer in dieser LPG und leistete insgesamt 894 AE. Seine Jahreseinkünfte aus der genossenschaftlichen Arbeit betragen demnach 11 577,30 Mark ($894 \text{ AE} \times 12,95 \text{ Mark}$). Seine Frau, Brigitte Kopp (32), die – außer im Winter – in der Baumschule der LPG arbeitet, kam auf 376 AE. Zusammen erzielten Brigitte und Horst Kopp, die fünf Kinder im Vorschul- und Schulalter haben, aus ihrer genossenschaftlichen Arbeit im Jahr Einkünfte von 16 446,50 Mark. Davon gehen keine Abzüge für Steuern ab, denn die aus der Arbeit in einer LPG erzielten Einkünfte sind steuerfrei. Lediglich zehn Prozent Beiträge zur Renten- und Sozialversicherung werden erhoben, im Höchstfall jedoch je Mitglied 60 Mark monatlich. Horst Kopp entrichtete dafür 720 Mark, seine Frau 486,92 Mark, insgesamt also 1206,92 Mark. Dafür stehen der siebenköpfigen Familie das ganze Jahr über eine kostenlose ärztliche Betreuung im Krankheitsfall und die erforderlichen Medikamente zur Verfügung. Darüber hinaus Reihenuntersuchungen, Kuraufenthalte, orthopädische Mittel und vieles andere mehr. Gleichzeitig erwerben Herr und Frau Kopp damit das Recht auf Krankengeld und Altersrente. Das Netto-Jahres-einkommen der Familie Kopp betrug somit 15 239,58 Mark. Dazu kommen noch Einkünfte aus Bodenanteilen für das in die LPG eingebrachte Land. Als Eigentümer dieses Bodens hat Herr Kopp lediglich geringfügige Grundsteuern zu entrichten.

Genossenschaftsbauer Gerd Lilienkamp (29) ist Melkermeister in der LPG Schulzendorf. Er kam auf 840 AE, während seine Frau Lilo (28) als Melkerin im Jahr 756 AE erreichte. Die Einkünfte dieses Ehepaars aus der genossenschaftlichen Arbeit betragen damit 20 668,20 Mark. Familie Lilienkamp, die zwei kleine Kinder hat, baute sich in den letzten Jahren aus eigenen Mitteln ein Haus, sie besitzt eine modern einge-

richtete Wohnung, in der Fernsehapparat, Waschmaschine und Kühlschrank nicht fehlen. Auch ein PKW vom Typ „Skoda“ steht in der Garage. Ein Ausnahmefall? Keineswegs, denn von 126 arbeitsfähigen Familien dieser LPG besitzen 73 ein Auto, die allermeisten, genau 122, einen Fernsehapparat, 114 einen Kühlschrank und 124 eine Waschmaschine.

Das Durchschnittsalter der arbeitsfähigen Mitglieder dieser LPG beträgt 36 Jahre. Allein 46 Mitglieder sind Jugendliche bis zu 25 Jahren.

Jedes Jahr schließen fünf bis zwölf Jugendliche, Kinder von Genossenschaftsbauern, einen Lehrvertrag mit der LPG ab.

Wie lange wird gearbeitet?

Wie lange muß nun das LPG-Mitglied für seine Einkünfte täglich arbeiten? Generell wurde im Statut die Arbeitszeit auf acht Stunden festgelegt. In der Betriebsordnung der LPG Schulzendorf bestimmen die Mitglieder, daß im Sommerhalbjahr von 7 bis 16.30 Uhr (eine Stunde Mittagspause), im Winterhalbjahr von 8.30 bis 16 Uhr gearbeitet wird. Natürlich ist das, besonders im Sommer, nicht immer strikt einzuhalten, denn jeder Bauer muß sich nach dem Wetter und den anfallenden Arbeiten richten. Aber in der Regel hält man sich an diese Arbeitszeit.

Die Frauen arbeiten in dieser LPG seit Jahren sonnabends grundsätzlich nicht, die Männer jeden zweiten Sonnabend bis mittags. Die Viehpfleger haben – als Ausgleich für Sonntags- und Feiertagsarbeit – wöchentlich einen freien Tag.

Handelt es sich nun bei der LPG Schulzendorf um eine Spitzengenossenschaft? Das ist nicht der Fall. Geregelter Arbeitszeit und bezahlter Jahresurlaub, hier 15 Arbeitstage, sind längst in jeder LPG verwirklicht. Die Vergütung einer Arbeitseinheit mit 12 oder 13 Mark ist nicht hoch und entspricht etwa dem Durchschnitt sehr vieler LPG.

Was wird für Investitionen aufgewendet?

Der ausgezahlte Wert für eine Arbeitseinheit allein gibt jedoch noch kein reales Bild über die Stabilität und wirtschaftliche Stärke einer LPG. Es gibt Genossenschaften, die zur Zeit weniger auszahlen, weil sie aus eigenen Mitteln erhebliche Aufwendungen für Investitionen – wie moderne Stallanlagen, Beregnungsanlagen, Gewächshäuser usw. – machen, die sich aber um so mehr in den folgenden Jahren auf die Einnahmen jedes Mitglieds positiv auswirken werden. Die Höhe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel kann selbstverständlich nur auf Beschluß und im Einvernehmen mit den Mitgliedern der jeweiligen LPG festgelegt werden.

Die LPG Typ III in Hermersdorf, Kreis Strausberg, beispielsweise, verteilte im letzten Jahr etwas weniger als die LPG Schulzendorf, nämlich 12 Mark je Arbeitseinheit. Sie verfügt über 1319 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche – durchweg leichter Boden der sogenannten Märkischen Streusandbüchse (Ackerzahl 24). Trotzdem erzielte sie ungeachtet der extremen Trockenheit im Sommer 1971 und der damit unvermeidlichen Ertragsausfälle einen Gesamterlös von 6 594 106,64 Mark. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 3 747 510,15 Mark einschließlich 372 670 Mark an Abschreibungen. Zu dem verbleibenden Gewinn von 2 846 596,49 Mark kommen noch 37 450,00 Mark staatliche Zuschüsse für die Lehrlingsausbildung. Somit standen insgesamt 2 884 046,49 Mark zur Verfügung, davon wurden 144 569,00 Mark als Abgabe an den Staatshaushalt abgeführt (diese Abgabe entwickelte sich mit dem Wegfall des doppelten Preissystems für landwirtschaftliche Produkte aus der Differenz zwischen den früheren Pflichtablieferungs- und freien Aufkaufpreisen).

Eine Summe von 1 154 823,07 Mark wurde für die Akkumulation vorgesehen und den entsprechenden Fonds der LPG zugeführt (Investitionsfonds = 875 279,07 Mark, Umlaufmittelfonds = 279 544,00 Mark). Daraus finanziert die LPG auch diverse Maschinenkäufe und

Neuanlagen. 1971 hat die LPG zum Beispiel einen Mähdruschkomplex E 512 (drei Kombines) angeschafft. Außerdem wurde 1970/71 auf mehr als 200 Hektar eine halbstationäre Wasser/Gülle-Verregnungsanlage im Wert von 1,5 Millionen Mark fertiggestellt. Der Staat bewilligt hierzu einen Zuschuß von 700 000 Mark, wenn die Anlage den errechneten Produktionszuwachs und Gewinn bringt. Außerdem wurde in dieser LPG 1971 (zusätzlich zu den bereits vorhandenen 853 Rinder-, davon 427 Kuhplätzen) der Bau eines Milchviehkombinates für 480 Kühe abgeschlossen. Die Kosten, 3 120 000 Mark, erbrachte die LPG zu einem Drittel in Eigenleistungen, zwei Drittel wurden vom Staat über die Landwirtschaftsbank kreditiert – bei einer Laufzeit von 27 Jahren und einem zweiprozentigen Zinssatz.

Für ihre Arbeitsleistungen wurden 1971 1 400 319,95 Mark an die Mitglieder der LPG verteilt. Hinzu kommen 20 000,00 Mark für Bodenanteile (25,00 Mark je Hektar eingebrachten Bodens). Außerdem führte die LPG dem Prämien-, Sozial- und Kulturfonds 85 558,25 Mark zu. Für den bezahlten Urlaub der Genossenschaftsmitglieder wurden 1971 57 418,27 Mark ausgegeben und an Krankengeldzuschüssen (bis zur Höhe von 90 Prozent des Nettoverdienstes) 21 357,95 Mark gewährt (50 Prozent zahlt die staatliche Versicherung).

Dem Rücklagefonds, der als Reserve zur Erhaltung des Wertes der AE zum Beispiel bei witterungsbedingten Ertragsausfällen dient, wurden 1971 wegen der extremen Trockenheit keine weiteren Mittel zugeführt. Jedoch wurde dieser Fonds, in dem sich aus den letzten Jahren immerhin 242 326,66 Mark angesammelt haben, auch nicht angegriffen.

Über die Verwendung sämtlicher genossenschaftlicher Mittel, einschließlich der Höhe der Investitionen und der Arbeitseinheiten, befindet ausschließlich die Mitgliederversammlung, das höchste Gremium der LPG.

IV. Welche Rechte haben die Mitglieder?

Bürgerliche Presseorgane haben ihren Lesern nicht wenige Märchen über unsere sozialistischen Großbetriebe auf dem Lande aufgetischt. Sie behaupten auch, die LPG seien nicht selbständig, sie würden „von der SED reglementiert“. Wie verhält es sich damit?

Der Großbetrieb auf dem Lande löst bei manchen noch falsche Vorstellungen aus. Gedanklich wird er mit einem Gutsbetrieb von früher verglichen, der in unliebsamer Erinnerung geblieben ist. Dort gab es das Herr-Knecht-Verhältnis. Die Herren, die Verwalter und Inspektoren kommandierten und befahlen, ihre „Leute“ aber mußten für einen kargen Lohn schwerste Arbeit verrichten. Daran hat sich in den kapitalistischen Ländern bis auf den heutigen Tag nicht viel geändert.

Solche Verhältnisse in einer sozialistischen LPG zu vermuten, wäre geradezu absurd. Was in einer LPG passiert, bestimmen die Bauern selbst, die ja Eigentümer ihres Grund und Bodens und des gemeinsamen genossenschaftlichen Vermögens sind. Sie selbst sind die LPG. Und indem sie durch verantwortungsvolle Arbeit ihre Genossenschaft stärken und durch eine hohe Produktion das Lebensniveau des gesamten Volkes erhöhen helfen, verbessern sie ihr eigenes Einkommen, denn mehr Gewinn kommt ihnen selbst zugute. Alle Mitglieder haben gleiche Rechte und Pflichten.

Mitgliederversammlung – das höchste Organ

Das höchste Organ einer LPG ist die Mitgliederversammlung, die monatlich einmal stattfindet. Sie fällt Entscheidungen in allen grundsätzlichen Angelegenheiten. Sie beschließt das Statut und die Arbeitsordnung der LPG. Sie wählt den Vorstand, den Vorsitzen-

den und die Kommissionen. Sie bestätigt die Brigadeleiter. Sie befindet auch über die Aufnahme oder den Austritt von Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung diskutiert und bestätigt den Produktions- und den Finanzplan, in denen alle Vorhaben der LPG enthalten sind. Sie allein hat das Recht, über Arbeitsnormen, die Verteilung der Einkünfte, die Verwendung der Fonds, die Beteiligung der LPG an kooperativen Einrichtungen und andere grundsätzliche Fragen zu beschließen. Das heißt: in der Genossenschaft herrscht Demokratie.

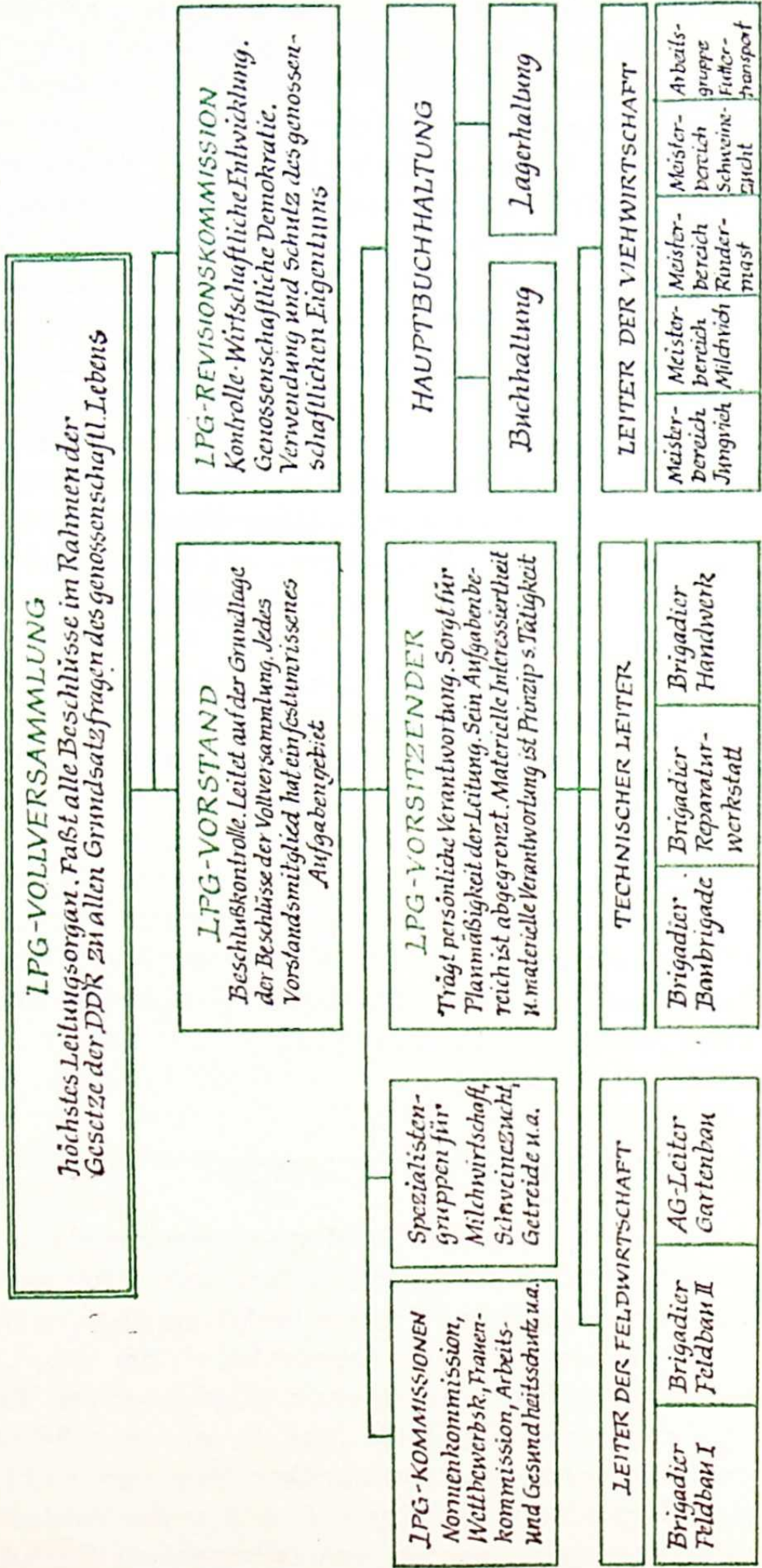
Der Vorstand ist das ausführende Organ der Mitgliederversammlung. Er leitet die LPG und ist dafür verantwortlich, die gefaßten Beschlüsse zu verwirklichen. In der Regel finden vierzehntägig Vorstandssitzungen statt, auf denen der Produktions- und Wirtschaftsablauf der LPG beraten und die notwendigen Entscheidungen getroffen werden.

Der Vorstand wird auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er oder einzelne seiner Mitglieder können auch vorzeitig von der Mitgliederversammlung abberufen werden, nämlich dann, wenn sie ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Die Vorstände setzen sich aus erfahrenen, heute mehr und mehr wissenschaftlich ausgebildeten Bäuerinnen und Bauern zusammen, aus solchen vor allem, die das Vertrauen aller Mitglieder besitzen. Sie werden von der Mitgliederversammlung vorgeschlagen und von ihr gewählt.

Bestimmt der Vorsitzende?

Wie wir sahen, ist die Mitgliederversammlung mit großen Rechten ausgestattet. Ihre Entscheidungen in allen grundsätzlichen Fragen bedeuten aber natürlich nicht, daß im täglichen Arbeitsablauf der eine „hü“, der andere „hott“ sagen kann. Der gewählte Vorsitzende, der den Überblick über die gesamte Arbeit in der LPG besitzt, trägt auf der Grundlage der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandes die volle Verantwortung für eine reibungslose Produktion

Leitungsschema einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft



und eine ersprießliche Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche. Die Leiter für die Feld- und Viehwirtschaft und die Brigadiere sind jeweils für ihr Gebiet voll verantwortlich.

Es ist nur natürlich, daß in den ersten Jahren so mancher Vorsitzende mit nicht geringen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Bisher nur für einen kleinen Hof verantwortlich, plötzlich mit der Leitung eines großen landwirtschaftlichen Betriebes beauftragt – das brachte Probleme mit sich. Es kam vor, daß in dieser Zeit hier und dort Grundsätze der genossenschaftlichen Demokratie verletzt wurden, was sich hemmend auf die Entwicklung der betreffenden LPG auswirken mußte.

Heute spricht keiner mehr von unqualifizierten oder „diktatorischen“ LPG-Vorsitzenden. Zu den reichhaltigen Erfahrungen, die sie inzwischen sammeln konnten, kommt eine fundierte Qualifizierung. Die meisten verfügen über eine abgeschlossene Hoch- oder Fachschulbildung. Doch dabei wollen die Genossenschaftsbauern keineswegs stehenbleiben. Die weitere Konzentration und Spezialisierung, die Kooperation und damit verbunden die Herausbildung immer größerer Produktionseinheiten, der Übergang zu industriellen Produktionsmethoden und der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der Landwirtschaft erfordern von allen Genossenschaftsbauern und besonders von den Leitern ein ständig höheres Wissen.

Demokratische Mitbestimmung aller

In ihrer Leitungstätigkeit stützen sich Vorsitzende und Vorstände auf die Mitarbeit aller Mitglieder. Um alle Erfahrungen, Kenntnisse und klugen Ideen der Genossenschaftsbauern zu nutzen, wurden verschiedene Formen der allseitigen Mitentscheidung entwickelt. Dazu gehören auch die Kommissionen, die in jeder LPG von der Mitgliederversammlung gewählt werden.

Die **Revisionskommission** besteht aus drei bis fünf Mitgliedern. Sie ist das genossenschaftliche Kontroll-

organ, wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Ihr obliegt nicht nur die Kontrolle über die Verwendung der genossenschaftlichen Mittel, sondern auch über die Einhaltung des Statuts und der Beschlüsse der Mitgliederversammlungen. Sie hat das Recht und die Pflicht, alle Hinweise und Vorschläge der Mitglieder zu beachten, den Vorstand auf Fehler und Mängel hinzuweisen und Vorschläge für deren Behebung zu unterbreiten. Wenn nötig, kann sie sogar eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen.

Der **Frauenausschuß** nimmt sich der speziellen Probleme der Bäuerinnen an: Erleichterung der Arbeit in der LPG, auch der Hausarbeit, bessere Einkaufsmöglichkeiten, die Unterbringung der Kinder in Kindergärten und -krippen, Unterstützung der Schularbeit sind ihre häufigsten Probleme. Sein besonderes Augenmerk richtet sich auf die Weiterbildung der Bäuerinnen. In vielen Genossenschaften organisierte der Frauenausschuß spezielle Zirkel, in denen die Bäuerinnen den Fach- oder sogar den Meisterbrief erwerben können. Die Vorsitzende des Frauenausschusses ist grundsätzlich Mitglied des Vorstandes und vertritt dort nachhaltig die Interessen der Genossenschaftsbäuerinnen.

Die **Sozialkommission** entscheidet über die Verwendung des Hilfsfonds zur Unterstützung bedürftiger, alter oder kranker Mitglieder. Sie kümmert sich besonders um alle sozialen Fragen. Dazu gehört beispielsweise der Besuch eines im Krankenhaus liegenden Genossenschaftsmitgliedes ebenso wie die feierliche Begehung des Jubiläums eines Bauern und anderes mehr.

Des weiteren gibt es **Kommissionen**, die sich mit Bereichen der **Produktion** befassen, zum Beispiel mit der Viehwirtschaft oder der Feldwirtschaft. Ihnen gehören solche Bauern an, die auf diesen Gebieten besondere Interessen, Erfahrungen und Kenntnisse haben.

Die **Normenkommission** erarbeitet Vorschläge, wie die Leistungen der Mitglieder zu bewerten und zu vergüten sind. Diese Normenvorschläge müssen von der Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Nun könnte man sagen: Da hat ja in der LPG fast jeder eine spezielle Aufgabe. In der Tat, mehr als die Hälfte der Mitglieder ist auf diese Weise unmittelbar an der Leitung ihrer LPG beteiligt. Auch darin kommt die genossenschaftliche Demokratie zum Ausdruck. Genossenschaftsmitglieder sind keine Befehlsempfänger, sie sind verantwortungsbewußte Mitgestalter ihrer LPG.

Bauern in hohen Ämtern

In der DDR geht das Mitspracherecht der Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern weit über ihre Genossenschaften hinaus. Immer bewußter nehmen sie unter Führung der Arbeiterklasse an der Leitung des Staates teil. Auf dem VIII. Parteitag der SED konnte Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei, feststellen: „Die Klasse der Genossenschaftsbauern nimmt in unserer Gesellschaft einen geachteten Platz ein. Gute bäuerliche Traditionen gewannen einen neuen Inhalt, weil auch bei den Bauern sozialistisches Bewußtsein gewachsen ist.“

Unter den 500 Abgeordneten der Volkskammer sind 52 Mitglieder von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Dem Staatsrat (17 Mitglieder) gehören eine Genossenschaftsbäuerin und ein Genossenschaftsbauer an. 386 Abgeordnete aus der Landwirtschaft haben in den Bezirkstagen Sitz und Stimme, 2605 in den Kreistagen der Landkreise und 60 550 vertreten die Interessen der Genossenschaftsbauern in den Gemeinderäten.

Dem Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft beim Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR gehören unter Vorsitz des ehemaligen Landarbeiters und heutigen Kandidaten des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Minister Georg Ewald, 59 Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern an. 260 Bauern sind gewählte Mitglieder der entsprechenden Räte in den Bezirken, 8487 in den Kreisen. 25 300 arbeiten in deren Aktivs mit.

Auch auf allen anderen Gebieten des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sind Genossenschaftsmitglieder gleichberechtigt vertreten. Acht Prozent aller Schöffen sind Genossenschaftsbauerinnen und -bauern, die im Namen des Volkes Recht sprechen.

In der sozialistischen Verfassung der DDR, die nach einer sehr ausführlichen Diskussion in der Öffentlichkeit am 6. April 1968 in einem Volksentscheid von der Bevölkerung mit übergroßer Mehrheit (94,5 Prozent) angenommen wurde, ist im Artikel 46 sowohl die Teilnahme der Genossenschaften an der Leitung des Staates als auch die Hilfe des Staates für die LPG verankert. Es heißt dort: „Durch ihre Organisationen und ihre Vertreter in den Staatsorganen nehmen die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aktiv an der staatlichen Planung und Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung teil.“

Der Staat hilft den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die sozialistische Großproduktion auf der Grundlage fortgeschrittener Wissenschaft und Technik zu entwickeln.“

Eine entscheidende Rolle im Leben der Genossenschaftsbauern und der Entwicklung ihrer LPG spielen die Bauernkongresse, die in der Regel alle zwei Jahre in der DDR stattfinden. An ihnen nehmen neben 2000 Delegierten – unmittelbar in den LPG und über Kreisbauernkonferenzen demokratisch gewählte Genossenschaftsmitglieder – hohe Repräsentanten des Staates, der Parteien und Organisationen teil, um gemeinsam mit den Bauern die weitere Perspektive unserer Landwirtschaft zu beraten. Immer gingen von dort neue Gedanken und Impulse zur effektivsten Lösung neuer Aufgaben aus, zur Festigung, Weiterentwicklung und Spezialisierung der LPG und ihrer Kooperationsbeziehungen, zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus auf dem Dorf, zur Erhöhung der Produktion zum Wohle der gesamten Gesellschaft.

In der DDR gibt es neben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der rund 112 700 (Stand 1971) Genossenschaftsbauern angehören, der Christlich-De-

mokratischen Union, der Liberal-Demokratischen Partei und der Nationaldemokratischen Partei eine Bauernpartei.

Diese Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) hat seit ihrer Gründung im Jahre 1948 in Wahrnehmung der bäuerlichen Interessen die gesamte demokratische und später sozialistische Umgestaltung auf dem Lande mitgetragen. Sie verfügt in der Volkskammer der DDR über eine Fraktion von 52 Abgeordneten. Ihr Vorsitzender, Ernst Goldenbaum, gehört dem Präsidium der Volkskammer an. Der Vorsitzende des Volkskammer-Ausschusses für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Stephan Zagrodnik, ist gleichzeitig Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes der DBD.

Der Stellvertretende Vorsitzende, Hans Rietz, ist einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates. Hans Reichelt, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes, ist Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz. Im Rat für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft beim Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft arbeiten 13 Vertreter der DBD.

Wer wollte angesichts der weitgehenden Rechte der bäuerlichen Bevölkerung, ihrer Möglichkeiten, die eigenen Geschicke selbst zu entscheiden, angesichts ihrer völlig gleichberechtigten Stellung und Mitverantwortung in der sozialistischen Gesellschaft behaupten, die Bauern würden vom Staat und der SED „reglementiert“?

Die Akademie im Dorf


Mit dem Beschreiten des sozialistischen Weges in der Landwirtschaft wurde in der DDR auch der Rückständigkeit des Dorfes in jeder Form der Kampf angesagt. Es begann ein bisher auf dem Lande nie gekannter Bildungsprozeß. Erstmals konnten Töchter und Söhne von Bauern in großer Zahl auf Universitäten und Hochschulen. Kein Geldbeutel, sondern allein Befähigung und Fleiß waren nun ausschlaggebend. Frei von ma-

teriellen Sorgen haben sich selbst Väter und Großväter zu Zehntausenden auf die Schulbank gesetzt, um nachzuholen, was ihnen die kapitalistische Ordnung vorenthalten hatte.

Im Direkt- oder Fernstudium oder in einem kombinierten Direkt-Fernstudium studieren in zunehmendem Maße Genossenschaftsmitglieder und erwerben ein Diplom. Die Fachschulen bieten nach einem dreijährigen Studium in den Fachrichtungen Landwirtschaft, Landtechnik, Gartenbau, Meliorationstechnik, Pflanzenschutz, Finanzwirtschaft usw. den Abschluß als Staatlich geprüfter Landwirt beziehungsweise Agraringenieur. 1970 gab es in diesen Fächern an den Universitäten 5654, an den Fachschulen 18224 Studierende, überwiegend Genossenschaftsbauern. 7438 der in der sozialistischen Landwirtschaft Beschäftigten besitzen den Hochschul-, 28313 den Fachschulabschluß.

Nach fünfmonatigen Lehrgängen oder zweijährigem Fernstudium können in allen Fachrichtungen Meisterprüfungen abgelegt werden. Diesen Ausbildungsgrad erwarben bisher 47135 in der Landwirtschaft Beschäftigte.

Besonders günstige Voraussetzungen bestehen für den Erwerb des Fachbriefes. Das ist meist sogar unmit-

	<i>Ausbildungsstand in der Landwirtschaft der DDR</i>	
	1965	1970
<i>Hochschulabschluß</i>	5 416	7 438
<i>Fachschulabschluß</i>	22 570	28 313
<i>Meisterprüfung</i>	34 103	47 135
<i>Fachbrief</i>	211 800	427 923

telbar im Dorf möglich. Wenn mehrere Mitglieder einer LPG sich für eine bestimmte Fachrichtung entscheiden, kommen die Dozenten zum Unterricht aufs Land. Die Bäuerinnen sind davon besonders angetan, denn nicht immer können sie infolge ihrer familiären Verpflichtungen Lehrgänge außerhalb des Dorfes besuchen. Bisher besitzen 427 923 LPG-Mitglieder und Landarbeiter volkseigener Güter einen solchen Fachbrief.

Was besagen diese Zahlen? Bei einer 1970 von der sozialistischen Landwirtschaft bewirtschafteten Nutzfläche von 5 881 604 Hektar kommt auf je 568 Hektar ein Diplomlandwirt, Diplomökonom oder Diplomingenieur; auf je 195 Hektar ein Staatlich geprüfter Landwirt oder Agraringenieur; auf je 124 Hektar ein Meister und auf je 14 Hektar ein Mitglied mit Fachabschluß. Über die Hälfte der arbeitsfähigen LPG-Mitglieder konnte 1970 eine abgeschlossene Ausbildung nachweisen.

Daß dieser zunehmende Bildungsstand eine der entscheidendsten Ursachen für den Aufschwung der DDR-Landwirtschaft ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Er führte unter anderem dazu, daß sich die Genossenschaftsmitglieder mehr denn je selber Gedanken darüber machen, wie sie die Arbeiten in Feld und Stall weiter verbessern und erleichtern können. Dazu entwickeln sie Neuerungen zum Einsatz neuer oder zur technischen Verbesserung vorhandener Maschinen, zur zweckmäßigsten Organisation und Ausführung einer bestimmten Tätigkeit und vieles andere mehr. So wurden allein im Jahre 1970 rund 17 000 solcher Neuerervorschläge erarbeitet, aus denen die landwirtschaftlichen Betriebe und die gesamte Volkswirtschaft einen Nutzen von 164 Millionen Mark ziehen konnten. Natürlich machte sich das auch für jeden „Knobler“ bezahlt, denn er ist am Gewinn seines Verbesserungsvorschlages prozentual beteiligt.

Der Bauer im Sozialismus hat das in der Verfassung verbürgte Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Möglichkeit, sich allseitig zu bilden.

V. Wo steht die DDR-Landwirtschaft heute?

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande veränderten grundlegend die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauern. Die Landarbeit wird zunehmend von der Wissenschaft durchdrungen und durch den Einsatz moderner Technik leichter und effektiver.

In den letzten Jahren haben die Konstrukteure und Wissenschaftler des Landmaschinenbaus der DDR dafür viel getan. Ganze Maschinensysteme wurden geschaffen, die geeignet sind, die großen Schläge der genossenschaftlichen Felder in kürzester Zeit zu bestellen und die Ernte verlustlos zu bergen. So beispielsweise der 1968 entwickelte leistungsfähige Mähdrescher E 512. Er kann bei allen Arten Getreide und Gemüse eingesetzt werden, bewältigt Hangneigungen bis zu 26 Prozent und leistet das Dreifache seiner Vorgänger. Im Fünferkomplex eingesetzt, wird eine Schnittbreite von 28 Metern erreicht. Hohe Leistungseigenschaften weisen auch moderne Traktoren, wie der für schwere Feldarbeiten aus der Sowjetunion importierte K 700 mit 220 PS und der in der DDR entwickelte ZT 300 auf. Die Schalteinrichtungen und die Sitze in den Fahrerkabinen sind so eingerichtet, daß sowohl der E 512 als auch der ZT 300 von Frauen bequem zu bedienen sind. Solche Maschinen zeugen zugleich davon, wie der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sozialismus die bäuerliche Arbeitswelt verändert.

Welche Technik besitzen die LPG?

Der Maschinenbestand in den LPG hat sich in den letzten Jahren – obwohl die DDR keine bedeutenden Bodenschätze besitzt und viele Anfangsschwierigkeiten überwinden mußte – außerordentlich vergrößert. Die Zahl der Traktoren hat sich von 1960 bis 1970 mehr als





verdoppelt und stieg auf 148 865, Die Kartoffelvollerntemaschinen haben sich auf 12 000 erhöht und damit ebenfalls verdoppelt. Der Bestand an Mähdreschern wuchs mit 17 911 sogar auf mehr als das Dreifache, und an Rübenvollerntemaschinen verfügen die LPG mit 5276 Stück um 70 Prozent mehr als 1960.

In der gesamten sozialistischen Landwirtschaft (einschließlich Staatsgüter, die sieben Prozent der Nutzfläche bewirtschaften) entfielen Ende 1970 auf 40 Hektar LN ein Traktor und auf 216 Hektar ein Lastkraftwagen, auf 123 Hektar Getreidefläche ein Mähdrescher, auf 52 Hektar Kartoffel- und 36 Hektar Rübenanbaufläche jeweils eine Vollerntemaschine.

Man könnte einwenden, daß gemessen am Landmaschinenbestand entwickelter kapitalistischer Länder der Maschinenpark der DDR-Landwirtschaft nicht übermäßig groß sei. Das stimmt. Aber darin liegt ja eben der entscheidende Vorteil des sozialistischen Großbetriebs. Er überwand die zersplitterte Agrarstruktur, die Einzelbauern zwingt, sich Maschinen anzuschaffen, auch wenn sie die meiste Zeit stillstehen und dadurch unrentabel sind. Kennzeichnend für den Maschinenbestand in der DDR ist seine rationelle Ausnutzung durch komplexen Einsatz. In den LPG wird ein Auslastungsgrad der Technik erreicht, der in kapitalistischen Ländern im Durchschnitt nicht annähernd möglich ist. So wurden 1970 in der DDR bereits 98,9 Prozent des Getreides, 76,7 Prozent der Kartoffeln und 97,7 Prozent der Zuckerrüben mit Vollerntemaschinen geborgen.

Die maximale Auslastung der Technik erhöht wesentlich die Effektivität der landwirtschaftlichen Produktion und trägt zur Senkung der Selbstkosten bei. Durch die schnelle Amortisation der eingesetzten Technik ist ihre kontinuierliche Erneuerung auf den jeweils modernsten Stand möglich. Es können stets die neuesten, leistungsfähigsten Maschinensysteme eingesetzt werden. In der DDR gibt es also kein Problem der Übermechanisierung wie in vielen kapitalistischen Ländern.

Die LPG und ihre kooperativen Einrichtungen verfügen über ein breites Sortiment an Maschinen und

<i>Mechanisierung der Feld- und Stallarbeiten</i>		1958	1970
<i>Kartoffel- rodung mit Kombines</i>		6,8%	76,7%
<i>Rübenernte mit Kombines</i>		18,6%	91,4%
<i>Mäh- und Schwad- drusch mit Mähdreschern</i>		18,4%	98,9%
<i>Maschinelles Melken</i>			80,8%

Geräten. Sie reichen von modernen Meliorationsmaschinen bis zu leistungsstarken Kränen. Auf den großen Flächen ist der Flugzeugeinsatz beim Düngen und bei der Schädlingsbekämpfung schon seit langem üblich. Die Kosten für die LPG je Hektar Düngen aus der Luft betragen rund vier Mark. Auch in den großen Ställen werden zunehmend moderne Maschinen bei der Futterzubereitung, Fütterung und Dungausbringung eingesetzt. In den VEG und LPG Typ III werden die Kühe fast ausnahmslos maschinell gemolken. Dort wurde der Milchtransport von der herkömmlichen Kanne auf Großtankbeförderung umgestellt. Einige große Milchviehställe sind bereits durch unterirdische Milchleitungen direkt mit den Molkereien verbunden.

Bodenfruchtbarkeit wird erhöht

Unsere landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unternehmen mit Unterstützung des Staates große Anstrengungen zur Erhöhung der Bodenfrucht-

barkeit. Von 1966 bis 1970 wurden allein rund 3,3 Milliarden Mark für Meliorationen aufgewandt. Mit diesen Mitteln entstanden unter anderem auf 32 000 Hektar Entwässerungsanlagen, auf 257 000 Hektar Bewässerungsanlagen sowie 3497 km Wirtschaftswege. Der Staat gewährt den LPG Zuschüsse und Kredite, deren Höhe verschieden ist und sich meist nach dem zu erwartenden Nutzeffekt richtet.

Von großer Bedeutung ist, daß die Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln in den letzten Jahren erheblich verbessert werden konnte. Der Einsatz von Düngemitteln stieg folgendermaßen (Angaben in Kilogramm Reinnährstoff je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche):

	Stickstoff (N)	Phosphor- säure (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
1950	27,8	14,2	51,1	85,4
1955	31,6	19,9	61,7	104,1
1960	38,0	32,7	82,3	128,2
1965	62,4	56,6	85,7	202,2
1970	78,7	65,3	101,8	177,5

Auch diese beträchtlichen Aufwendungen in unserer Landwirtschaft konnten nur dank des allgemeinen Aufschwungs der Volkswirtschaft der DDR erfolgen.

Erträge in Feld und Stall

Die hohen Investitionen und Aufwendungen des sozialistischen Staates für die Landwirtschaft beginnen sich jetzt voll auszuwirken. Das läßt die Tendenz der Erträge in der Feld- wie in der Viehwirtschaft erkennen. Aber bei ihrer Beurteilung muß man berücksichtigen, daß beispielsweise der große Nachholebedarf des Bodens an Nährstoffen, besonders an Phosphorsäure, erst in den kommenden Jahren voll ausgeglichen werden kann. Außerdem brachte und bringt die Zusam-

menlegung der Felder zu großen Schlägen in der Kooperation auch Fruchtwechselprobleme mit sich, die ebenfalls nur über mehrere Jahre zu lösen sind.

Manche Schwierigkeiten ergaben sich schließlich auch daraus, daß die Technik noch nicht allen Anforderungen der Großproduktion beim Hackfruchtanbau gerecht wurde. Während der Getreideanbau so gut wie vollständig mechanisiert ist, war vor allem bei der Pflege der Hackfrüchte noch erhebliche Handarbeit nötig, die von manchen Genossenschaften nicht immer zu den günstigsten Terminen und in der erforderlichen Qualität bewältigt werden konnte. In diesem Lichte muß man die zur Zeit noch unbefriedigenden Kartoffel- und besonders Zuckerrübenenerträge sehen. Die eindeutig steigende Tendenz bei allen Erträgen läßt jedoch erkennen, daß infolge des Einsatzes immer besserer Maschinensysteme zur Pflege und Ernte der Hackfrüchte auch diese Schwierigkeiten überwunden werden.

Übrigens wird bei allen Vergleichen der Erträge in der DDR und in westeuropäischen Ländern meistens außer acht gelassen, daß – klimatisch bedingt – bei uns eine im Durchschnitt um mehrere Wochen kürzere Vegetationsperiode zu verzeichnen ist. Auch im Vergleich zur BRD fällt das wesentlich ins Gewicht. Während zum Beispiel in dem extremen Frühjahr 1970 in Hessen und Rheinland-Pfalz die Feldbestellung teilweise bereits Ende Februar begonnen hatte, war dies in der DDR frühestens Mitte April, in den östlichen und nördlichen Bezirken sogar erst in der letzten Aprildekade oder Anfang Mai überhaupt möglich. Jeder Bauer wird auch wissen, daß sich solche außergewöhnlichen Witterungsbedingungen, wie sie in den letzten drei Jahren im gesamten Gebiet der DDR herrschten, ertragsmindernd auswirken mußten. Wenn dennoch die Viehbestände und deren Leistungen angestiegen sind, so zeugt das um so mehr von der schöpferischen Arbeit der Genossenschaftsbauern, von der Unterstützung des sozialistischen Staates, von der Stabilität der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR.

Hektarerträge (in dt)

Im Durchschnitt der Jahre	Getreide	Winter- weizen	Winter- roggen	Winter- gerste
1934/38	20,6	24,9	17,2	26,4
1956/58	24,0	30,7	21,0	31,4
1959/61	24,5	32,3	20,6	31,9
1962/64	26,0	31,5	21,7	30,0
1965/67	29,0	36,3	23,8	35,2
1968/70	30,4	38,2	23,6	33,0

Im Durchschnitt der Jahre	Kartoffeln	Zuckerrüben
1934/38	173,0	291,0
1956/58	167,4	274,5
1959/61	159,1	233,4
1962/64	174,8	247,0
1965/67	189,0	303,1
1968/70	176,7	305,7

Bei der Entwicklung der Viehwirtschaft in der DDR ist besonders zu berücksichtigen, daß die Leistungen fast ausschließlich mit wirtschaftseigenem Futter erreicht worden sind, weil die Volkswirtschaft nicht oder nur in verhältnismäßig geringem Maße in der Lage war, hochwertige Eiweißfuttermittel zu importieren.

Viehbestand je 100 ha

	1961	1966	1971
Rinder	70,9	77,5	84,2
darunter Kühe	33,8	34,6	34,6
Schweine	138,1	146,8	159,2
darunter Zuchtsauen	11,5	13,5	16,2

Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh entwickelte sich folgendermaßen: 1960: 2646 kg; 1965: 2982 kg; 1970: 3314 kg.

Zahlreiche Genossenschaften haben mit ihren Großherden die 4000-kg-Grenze bereits weit überschritten und setzen mit der weiteren Spezialisierung neue Maßstäbe für die Milchproduktion. So erreichte zum Bei-

spiel die LPG „Roter Stern“ in Globig, Kreis Wittenberg, 1969 bei 715 Kühen 5160 kg Milch je Kuh. Die Nachbar-LPG Trebitz brachte es bei 460 Kühen auf durchschnittlich 5011 kg Milch, mit ihrer Stammherde von 50 Kühen auf 5676 kg, während im Nachbardorf Bösewig bei einer Herde von 120 Kühen 1969 sogar eine Pro-Kuh-Leistung von 5994 kg Milch erreicht werden konnte. Die LPG „Heinrich Heine“ in Wörmlitz, Kreis Burg, erzielte im Jahre 1969 bei einer jungen Herde von 413 Tieren, durchweg Färsen der ersten und zweiten Laktation, eine überdurchschnittliche Leistung von 4374 kg Milch je Kuh. Inzwischen hat sich diese Herde weiterentwickelt und 1971 wurden von 497 Tieren 5360 kg Milch je Kuh ermolken.

Das staatliche Aufkommen ohne Eigenverbrauch, An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh und Ab-Hof-Verkäufe stieg folgendermaßen (Angaben in Kilogramm bzw. Stück je Hektar LN):

Im Durchschnitt der Jahre	Schlachtvieh insgesamt	darunter Schlacht- schweine	Milch	Eier
1956/58	143,0	103,5	573,9	223,4
1959/61	167,0	104,0	750,5	327,0
1962/64	176,5	106,3	765,0	361,9
1965/67	229,9	142,8	942,5	460,2
1968/70	260,6	154,1	1036,3	517,6

Diese kontinuierliche Entwicklung straft alles Gerede von irgendeiner Krise in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR Lügen und beweist das Leistungsvermögen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Ablieferungszwang?

Aus einer Zeit, da in der DDR zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung vorwiegend aus eigenem

umgänglich war, rühren – auf mancherlei Art geschürt – bei vielen Bürgern der BRD heute noch Vorstellungen über eine „Ablieferungspflicht“ her, die längst überholt sind. Den LPG werden seit vielen Jahren keinerlei Vorschriften über den Anbau von Kulturen und die Ablieferung gemacht. Sie selbst erarbeiten sich je nach ihren ökonomischen und natürlichen Bedingungen alljährlich ihren Produktionsplan, in dem sie festlegen, in welchem Umfang sie welche Kulturen anbauen, welche Erträge und welches Marktaufkommen sie erreichen wollen, welcher Aufwand dazu nötig ist und welche Einnahmen schließlich daraus erzielt werden sollen. Da der Absatz der Erzeugnisse gesichert ist und die Preise feststehen, kann eine solche Planung mit ziemlicher Genauigkeit erfolgen.

Dementsprechend machen die LPG ihre Angebote an die Aufkaufbetriebe, an die Schlachthöfe, Molkeereien, Zuckerfabriken usw. und schließen darüber mit diesen Betrieben vertragliche Vereinbarungen ab. Aufgabe der staatlichen Planungsorgane und der Versorgungsbetriebe ist es, beratend und lenkend zu wirken, um die Planangebote der LPG sowohl durch Empfehlungen als auch durch entsprechende Preisfestsetzungen und andere ökonomische Hebel mit den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Dadurch ist es möglich, daß sich keine Genossenschaft vor guten Ernten, vor einem „Schweineberg“, vor einer „Milchschwemme“ und dergleichen zu fürchten braucht! Ganz im Gegenteil, je höher die Erträge, um so mehr kann verkauft werden, um so höher ist der Gewinn der LPG, der schließlich jedem einzelnen zugute kommt.

Wie steht es mit den Preisen?

Kennzeichnend für die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der DDR ist ihre Stabilität. Die Genossenschaftsbauern können deshalb planen und rechnen und brauchen sich keine Sorgen darüber zu machen, daß,

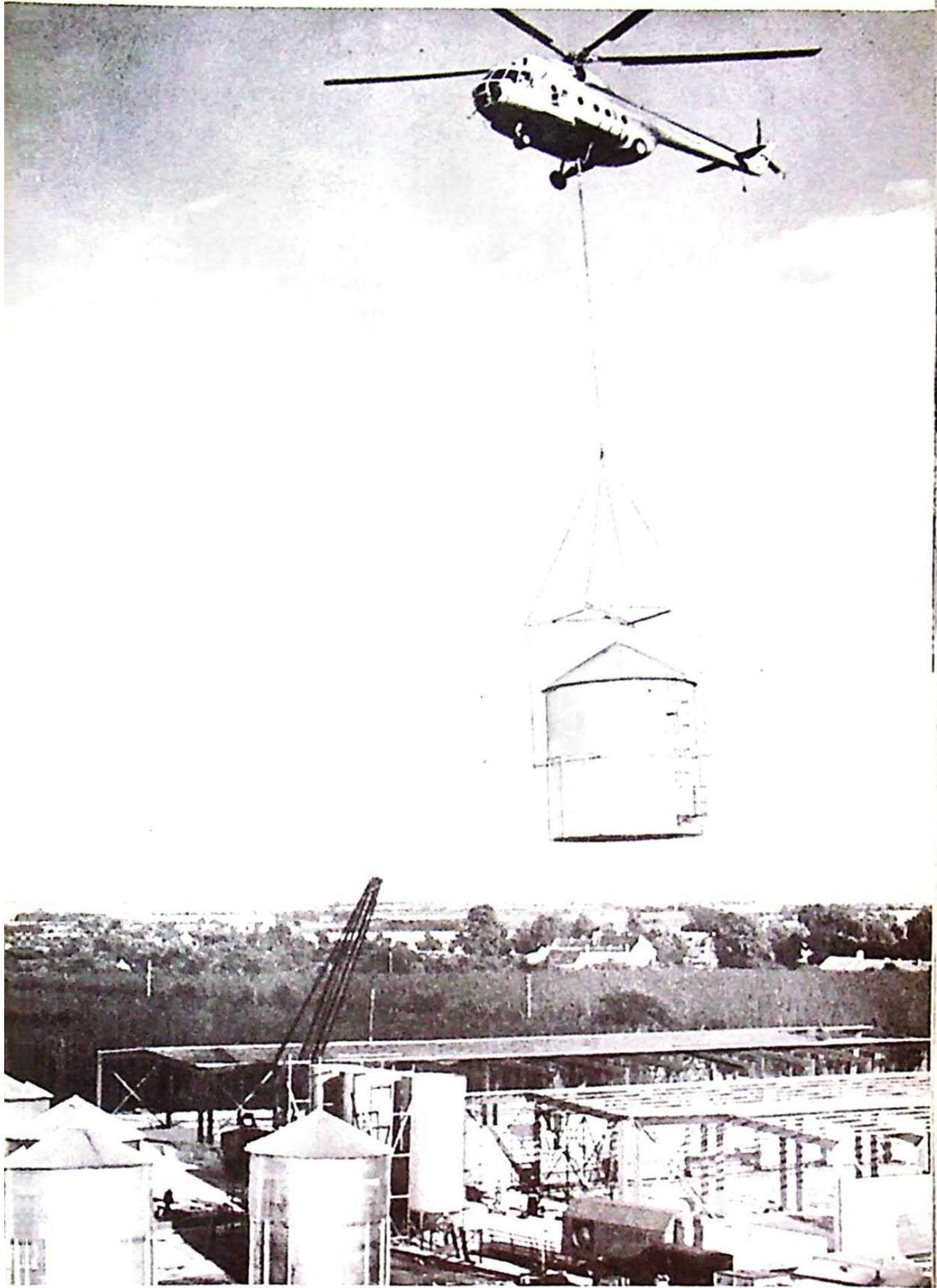
wenn die Früchte auf dem Feld gereift und die Tiere in den Ställen herangewachsen sind, die Preise auf ein Niveau absinken, das die Kosten nicht mehr deckt. Das ist bei uns so, weil es hier niemand gibt, der sich an der Arbeit anderer bereichern könnte, weil Ausbeutung, Monopolprofit und Konkurrenzkampf für die Bauern Fremdwörter sind.

Dieser Vorzug wird auch von vielen Bauern aus kapitalistischen Ländern anerkannt, da sie die Geißel des sogenannten freien kapitalistischen Marktes immer wieder selbst verspüren. Vielfach gibt es jedoch Fragen über Inhalt und Bedeutung des früher gültigen doppelten Preissystems in der DDR. Diese Besonderheit erklärte sich aus der Entwicklung unserer Landwirtschaft in der Vergangenheit.

Im Jahre 1949 wurde die damals notwendige Pflichtablieferung durch das doppelte Preissystem ergänzt. Das heißt, alle über damalige Pflichtablieferungsnormen hinaus an die Erfassungsstellen verkauften Produkte – im Volksmund „freie Spitzen“ genannt – wurden mit zum Teil erheblich höheren Preisen bezahlt. Dadurch wurde das Interesse aller Bauern an der Steigerung der Produktion außerordentlich gefördert. Im Jahre 1964 wurden dann für alle pflanzlichen Erzeugnisse (für Kartoffeln schon 1962) einheitliche kostendeckende Preise eingeführt. Sie betragen bei Weizen 35 Mark/dt, Roggen 40 Mark/dt, Braugerste 55 Mark/dt, Industriergerste 38 Mark/dt, Industriehafer 48 Mark/dt, Raps 104 Mark/dt, Kartoffeln 15,50 Mark/dt, Zuckerrüben 8,50 Mark/dt.

Seit 1. Januar 1969 gelten auch für die tierischen Produkte einheitliche Erzeugerpreise. Sie liegen auf oder sogar über dem Niveau der früheren Aufkaufpreise und betragen (je nach Klassifizierung) im Durchschnitt:

Kühe/Färsen	419 Mark/dt
Bullen	445 Mark/dt
Kälber	500 Mark/dt
Schlachtschweine	500 Mark/dt
Schlachtgeflügel	550 Mark/dt
Milch	81 Mark/dt

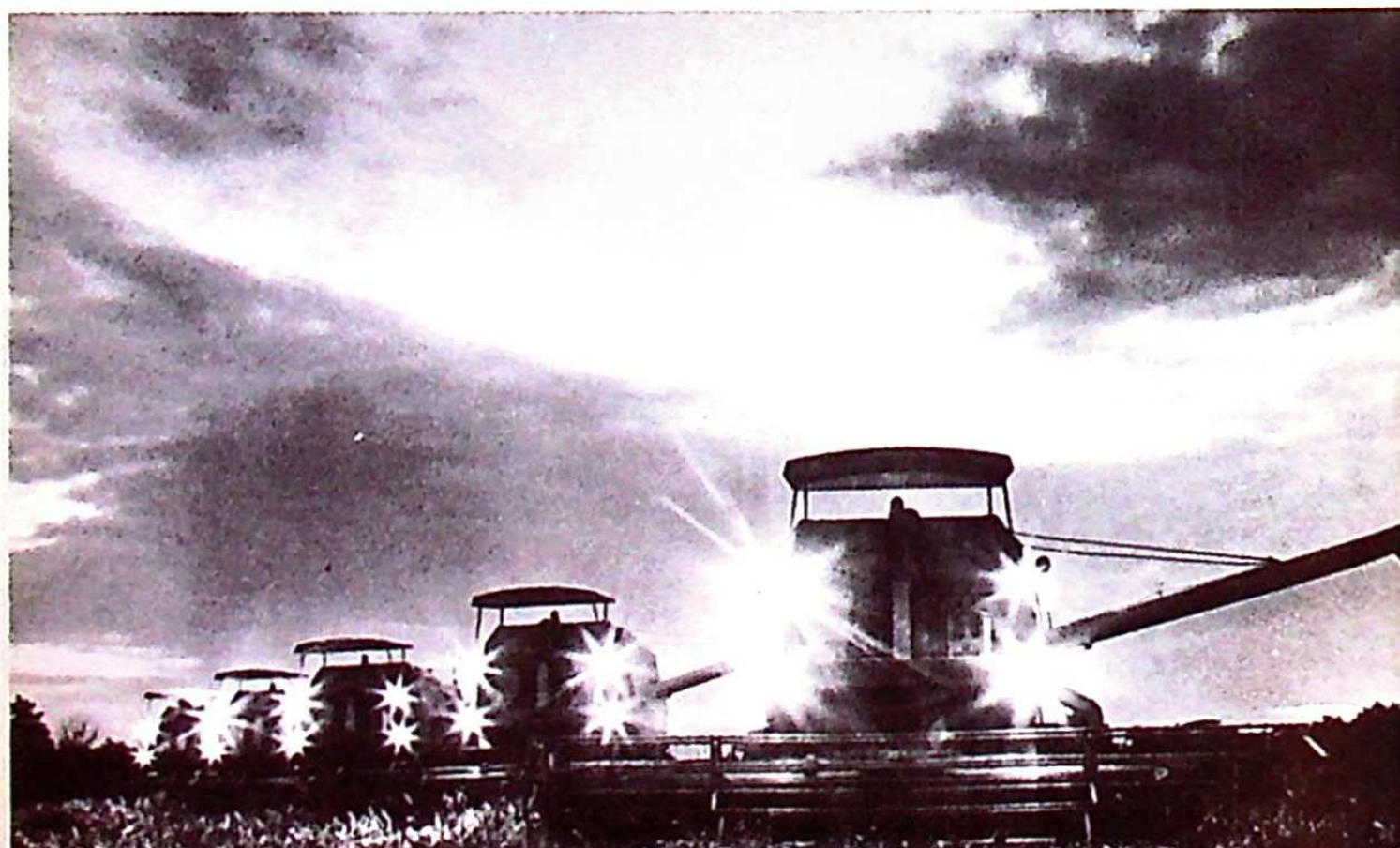


Industrielle Produktionsmethoden halten in der Landwirtschaft Einzug. Die kooperative Feldwirtschaft erfordert moderne Lagerungsmöglichkeiten für das Getreide. Die Silos werden mit Hilfe von Hubschraubern montiert.



Im Kampf gegen die Trockenheit. Rund um die Uhr strömt das kostbare Naß auf die Felder der Kooperation Dedelow, Kreis Prenzlau. In der DDR können 430 000 Hektar Land bewässert werden.

nte heute. In breiter Front ziehen moderne Mähdrescher über die Felder. 50–60 ha täglich leistet der Fünferkomplex bei der Körnerernte. Der besondere Vorzug: Alles ist so eingerichtet, daß der Mähdrescher E 512 auch von Frauen leicht bedient werden kann.

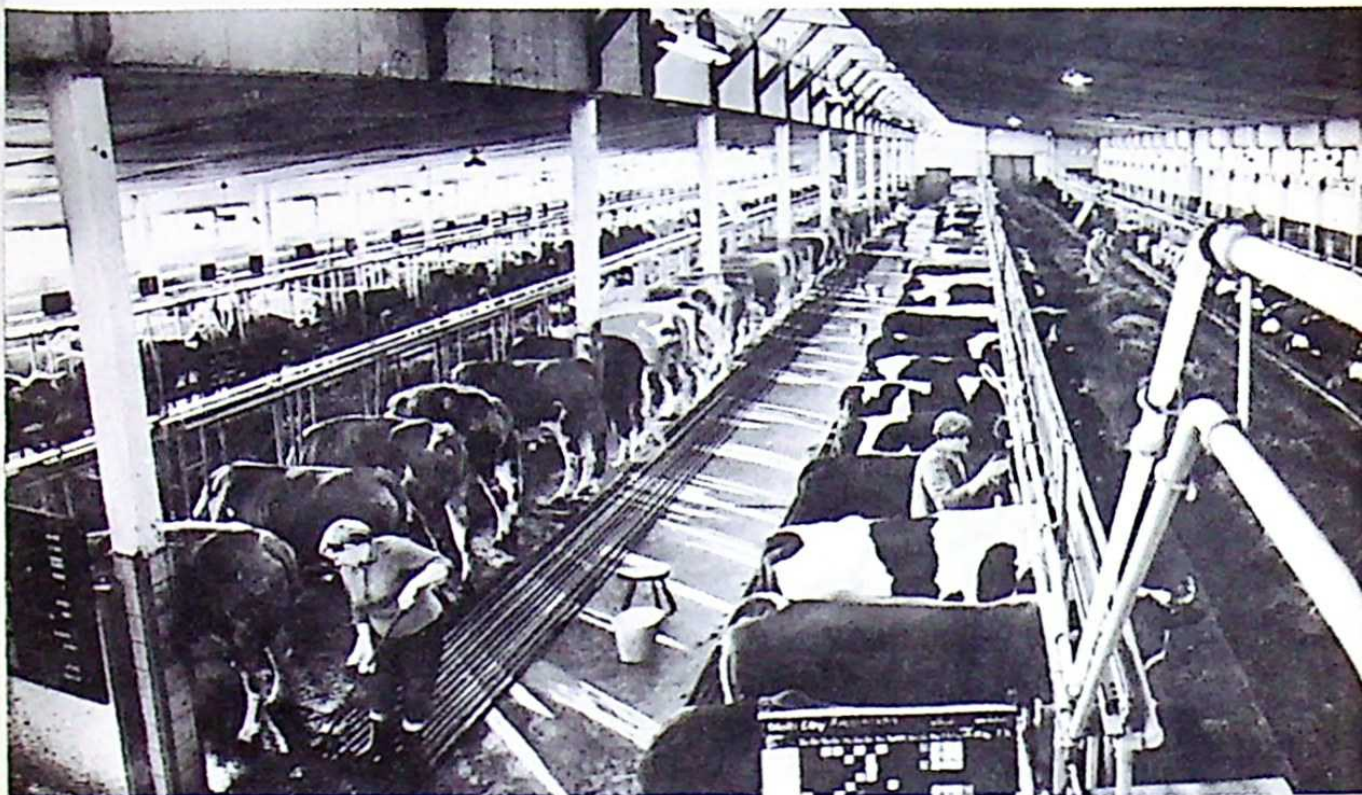




Über 150 000 Traktoren sind gegenwärtig in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR im Einsatz. Zu den produktivsten Maschinen gehört der Kirowez 700 aus der Sowjetunion mit 220 PS. Gerade das Richtige für die riesigen Schläge der kooperativen Feldwirtschaft.

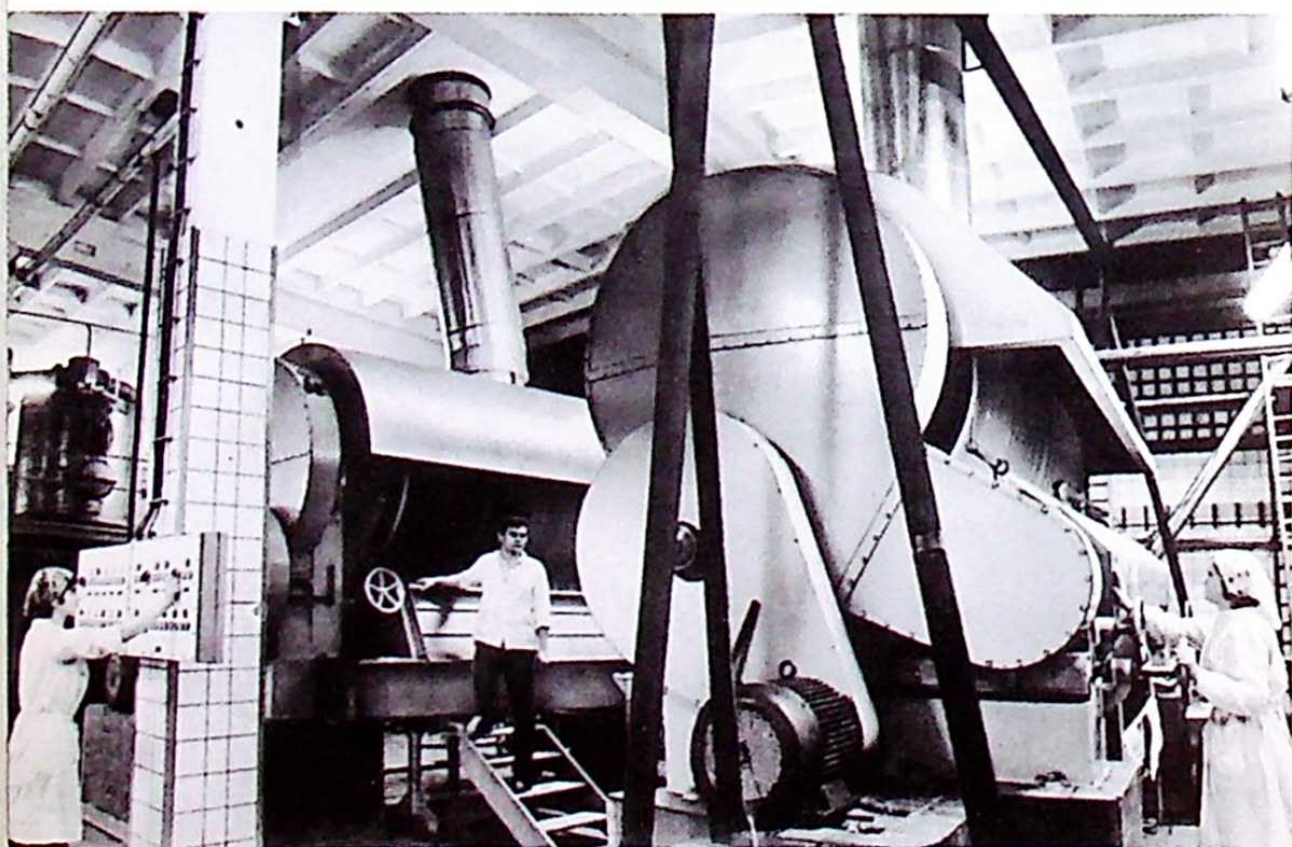
Kartoffelernte ohne krumme Rücken. Die Vollerntemaschinen verdrängen die schwere körperliche Arbeit. In hoher Qualität kommen die Speisekartoffeln auf schnellstem Wege zum Verbraucher.





Moderne genossenschaftliche Viehwirtschaft. Die LPG Berlstedt, Kreis Weimar, spezialisierte sich auf die Milchwirtschaft. Sonnendurchflutete Hallen für Hunderte Kühe; statt Stroh hygienische Gummiplatten und Gesteine. Die Milch fließt durch Plaströhren sofort zur Molkerei.

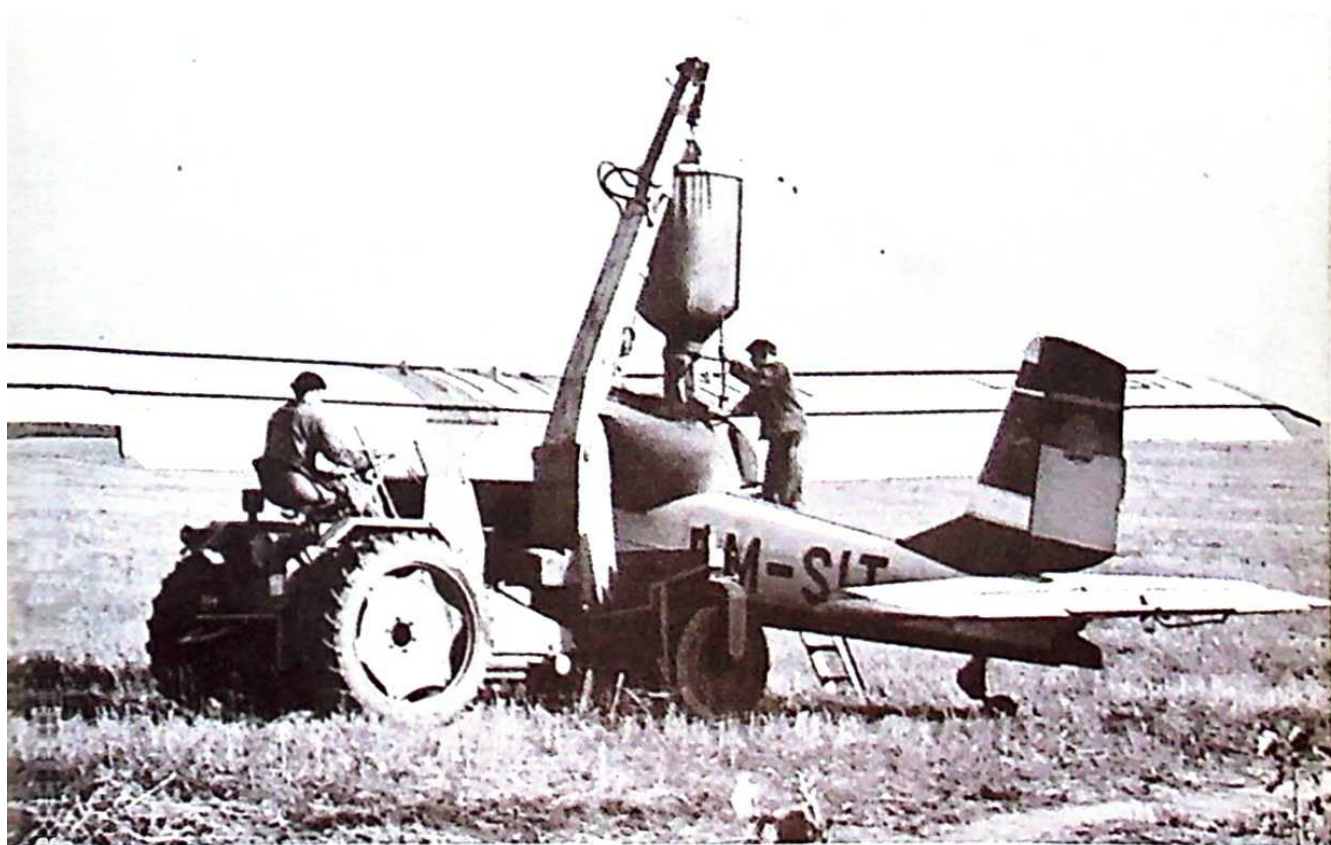
Verarbeitungsindustrie auf dem Dorf. In Ferdinandshof, Kreis Ucker-
münde, werden in einer modernen Industrieanlage täglich 90 Tonnen
Milch zu 7,8 Tonnen Trockenmilchpulver verarbeitet.

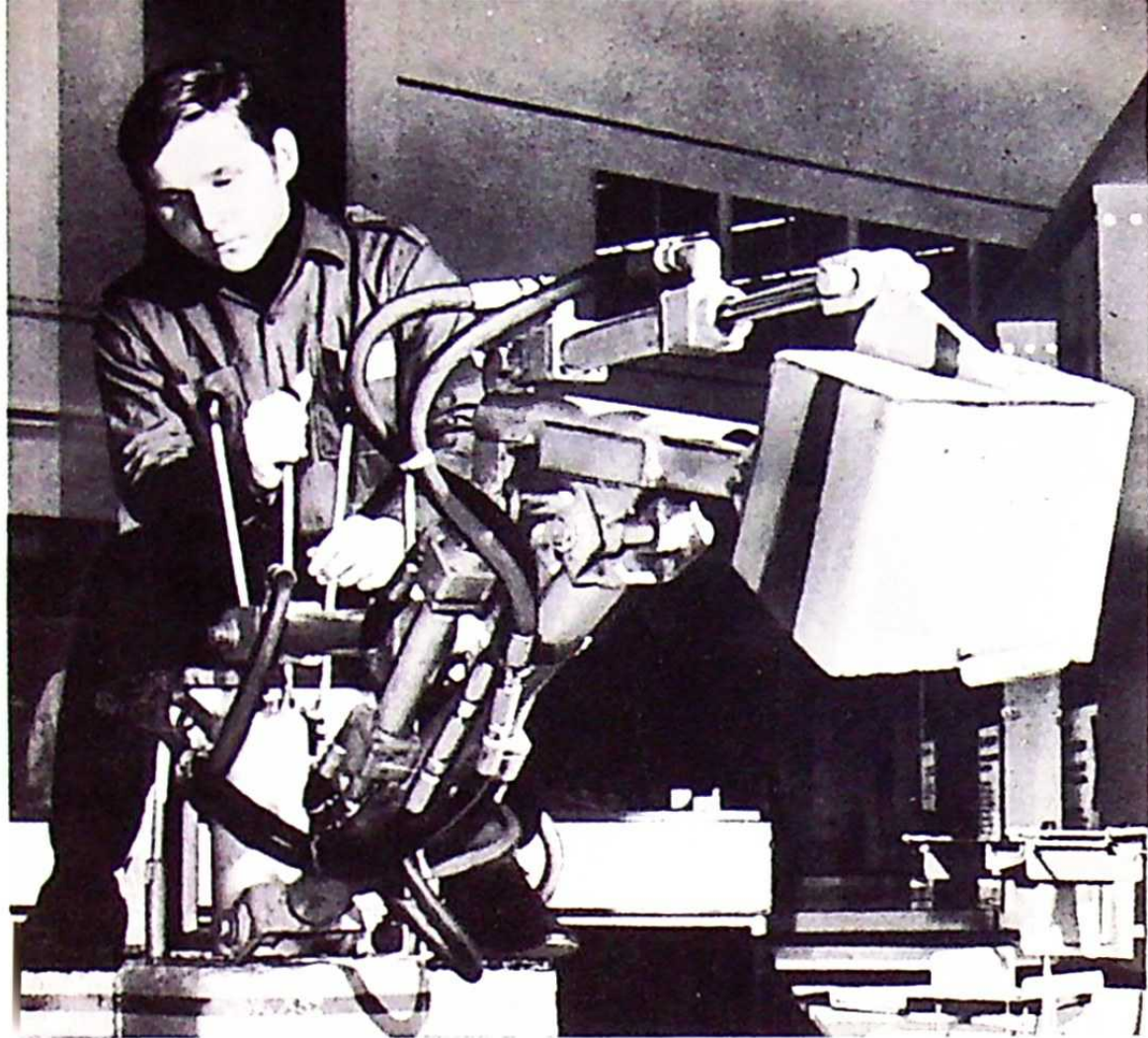




Wahrzeichen moderner Futterbereitung sind die Silos in der Kooperation Dedelow. Frisch gemähtes Gras wird in die Silos geblasen. Saubere Silage für 2000 Kühe kommt heraus. Ihre Milchleistung stieg in den letzten 3 Jahren um 100 Prozent.

Düngen aus der Luft. Das Flugzeug wird mit Kunstdünger beladen, der auf den Feldern von Dolgelin, Kreis Seelow, gestreut werden soll. Voraussetzung für die Rentabilität: große Schläge.





Junge Erfinder und Neuerer. Auf der „Messe der Meister von morgen“ 1971 in Leipzig stellten Löbauer Lehrlinge ein Baggertrainingsgerät vor, das sie entwickelten und bauten. Ökonomischer Nutzen der Messe-Exponate aus der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft: sieben Millionen Mark.



Ernte „kapitän“. Mit 18 Jahren wurde Hermann Dümichen ein moderner, leistungsfähiger Mähdrescher anvertraut. Seine Leistungen haben diese Entscheidung gerechtfertigt.

In den besten Händen ist Claudia Wollenburg aus Niederneuendorf, Kreis Oranienburg, bei Frau Dr. Kirmße. In allen Gemeinden gibt es Mütterberatungsstellen, in denen die Säuglinge ständig ärztlich betreut werden.



Seine Chefin: Agraringenieur Regina Kroke, verantwortlich für die Viehzucht der LPG „Florian Geyer“ in Frohburg, berät sich mit dem erfahrenen Melkermeister Heinz Hennig über effektive Fütterung.





Kultur gehört zum Sozialismus. Im thüringischen Niederpöllnitz bietet das Kulturhaus den Einwohnern Theater, Film, Klubabende, Laienzirkel und vieles mehr.

Bauern musizieren. Im Dorf-orchester spielt Schweinemeister Mißbach die Flöte. In 10 000 Zirkeln der Dorfklubs in der DDR wirken 190 000 Laienkünstler mit.

Lebhaften Zuspruch finden Gespräche mit Künstlern, die in ihren Werken Motive aus dem Alltag des Dorfes gestalteten.



Diese relativ hohen Preise, besonders für tierische Produkte, enthalten bestimmte Subventionen für die Landwirtschaft. Sie versetzen die Genossenschaften in die Lage, zunehmend mit eigenen Mitteln neue Ställe zu bauen, Großmaschinen zu kaufen und anderes mehr. Es handelt sich also um produktionsfördernde Subventionen, die sich **nicht** auf die Verbraucherpreise auswirken. Die Lebensmittelpreise in der DDR sind seit Jahren unverändert. Allein in den Jahren 1967 bis 1970 wurden für die Aufrechterhaltung der niedrigen Verbraucherpreise für Nahrungsgüter, wie Milch, Butter, Brot, Geflügel, Fisch und Speisekartoffeln 22 Mrd. Mark aus dem Staatshaushalt aufgewandt.

Neben diesen günstigen und stabilen Preisen bieten weitere staatliche Regelungen den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einen materiellen Anreiz zur Erhöhung der Produktion.

Für den Zuwachs der Marktproduktion gegenüber dem jeweiligen Vorjahr werden den LPG bei den wichtigsten tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen einheitliche Preiszuschläge gezahlt. Die Preiszuschläge betragen zum Beispiel im Jahre 1972 bei Getreide 5 Mark/dt, bei Kartoffeln 4 bis 5 Mark/dt, bei Zuckerrüben 0,50 Mark/dt, bei Schlacht- und Nutztvieh 35 Mark/dt, bei Milch 0,20 Mark/kg.

Bauern aus kapitalistischen Staaten, die sich mit den Erzeugerpreisen in der DDR vertraut machen, erklären übereinstimmend, daß sie von solchen Preisen nur träumen können.

Moderne sozialistische Betriebswirtschaft

Die Genossenschaftsbauern haben sehr schnell ein großes Maß an Erfahrungen bei der Leitung und Organisation ihrer Betriebe sammeln können. Aus den besten dieser Erfahrungen, gepaart mit den Ergebnissen der Agrarwissenschaft entstand eine sozialistische Betriebswirtschaft. Mitte der 60er Jahre begann sich

eine betriebswirtschaftliche Ordnung zu entwickeln, die das Zusammenwirken der Viehwirtschaft, der Feldwirtschaft und der LPG-Leitung mit Hilfe von Verträgen regelte, durch die das Einkommen jedes Genossenschaftsbauern eng an das Ergebnis seiner Arbeit gekoppelt wurde. Entscheidend war dabei die Festigung und Weiterentwicklung der innergenossenschaftlichen Demokratie und die Anteilnahme aller Genossenschaftsbauern und -bäuerinnen an der Planung und Leitung ihres Betriebes.

Wie kommen die innerbetrieblichen Verträge zustande? Zunächst arbeiten die LPG-Mitglieder in ihren Brigaden und Arbeitskollektiven Vorschläge aus, wie, mit welchen Produktionsmitteln und zu welchen Kosten sie welche Produkte erzeugen wollen. Diese Planvorschläge werden vor dem Vorstand verteidigt und diskutiert. Aus ihnen entsteht der Produktionsplan der LPG, der die Grundlage für den Abschluß der innerbetrieblichen Verträge bildet. Die Verträge beinhalten

- die Übergabe von Produktionsmitteln in die eigene Verantwortung der selbständig arbeitenden Produktionskollektive;

- die Lieferungen und Leistungen zwischen den einzelnen Brigaden und Kollektiven;

- die Erreichung des höchstmöglichen Produktionsergebnisses, wobei die materielle Interessiertheit eine große Rolle spielt.

Wie sieht das in der Praxis aus? Ökonomische Hebel wirken darauf ein, daß alle Mitglieder nicht nur ihren eigenen, persönlichen Arbeitsbereich, sondern ebenso die betriebswirtschaftlichen Belange der gesamten LPG sehen und berücksichtigen. Denn ob ein Bereich seine Produktionsziele erreicht, hängt oft auch von den Ergebnissen der Arbeit eines anderen Bereiches ab. Zum Beispiel kann in den Milchviehställen noch so sorgfältig gearbeitet werden, es ist nur von halbem Nutzen, wenn nicht der Feldbau stets pünktlich für ausreichendes und gutes Futter sorgt.

Es kommt also nicht darauf an, lediglich viele Arbeitseinheiten in den jeweiligen Produktionsbereichen

zu erzielen und dafür das Geld zu kassieren, sondern mit einem Mindestaufwand den höchsten Effekt im betriebswirtschaftlichen und gleichzeitig eigenen Interesse zu erreichen. Gerade dazu regen die innergenossenschaftlichen Verträge und damit die materielle Interessiertheit an.

Wenn beispielsweise die Viehwirtschaftsbrigade ihren Plan übererfüllt, gute Milchleistungen erzielt, dann haben die Genossenschaftsbauern, die auf diesem Gebiet arbeiten, auch ein hohes Einkommen. Wenn die Feldwirtschaft nicht in dem Maße Futter produziert, wie das in ihrem Vertrag festgelegt ist, erleidet jeder Genossenschaftsbauer, der dort tätig ist, finanzielle Einbußen. Wird mehr produziert als vorgesehen, erzielt er zusätzlichen Gewinn. Auch die Vergütung der leitenden Mitglieder der LPG ist vom Betriebsergebnis abhängig.

Die regelnde Funktion der sozialistischen Betriebswirtschaft wurde im Beschluß des X. Deutschen Bauernkongresses besonders betont. Es heißt dort: „Die Anwendung der sozialistischen Betriebswirtschaft ist ein stabiles Fundament für das Wachsen von Kooperationen, für den Anstieg der Produktion und der Arbeitsproduktivität bei sinkenden Kosten.“

VI. Wie lebt die Bäuerin?

Wieviele Worte werden in allen kapitalistischen Ländern über die schwere Arbeit der Bäuerinnen, ihre physische und psychische Belastung, ihren schlechten Gesundheitszustand, die fehlenden oder sehr begrenzten Möglichkeiten der Bildung und Erholung verloren. Zur Überwindung dieser Mängel aber wird herzlich wenig getan. Die Statistik weist zum Beispiel aus, daß die überwiegende Mehrheit der Bäuerinnen dieser Länder in ihrem Leben noch keinen Urlaub gemacht hatten, in der BRD sind es 85 Prozent.

Wie aber lebt nun die Bäuerin in der DDR, in ihrer Genossenschaft? Spezialisierung und Arbeitsteilung, der Übergang zur industriemäßig organisierten Produktion haben ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verändert. Viele körperlich schwere Tätigkeiten fallen weg, statt dessen leisten die Bäuerinnen jetzt mehr und mehr eine qualifizierte und verantwortliche Arbeit. Zugleich gelangten sie in den Genuß einer geregelten Arbeitszeit, die entsprechend ihren familiären Bedingungen individuell festgelegt werden kann.

Der Bäuerin steht erstmalig ein bezahlter Jahresurlaub zu. Bei Krankheit – auch bei Krankheit ihrer Kinder – erhält sie außer dem Krankengeld der Sozialversicherung (50 Prozent der Durchschnittseinkünfte) von

<i>Medizinische Betreuung</i>	
	<i>Landambulatorien</i> 378
	<i>Gemeinde-schwesternstationen</i> 4716
	<i>konfessionelle Gemeinde-schwesternstationen</i> 315

ihrer LPG einen Krankengeldzuschuß, der in den einzelnen Genossenschaften verschieden hoch ist und bis zu weiteren 40 Prozent ihrer Durchschnittseinkünfte reicht. (Dieses Krankengeld von meist 90 Prozent der Durchschnittseinkünfte wird selbstverständlich auch an die männlichen Mitglieder der LPG gezahlt.)

Bei einer Entbindung werden die Frauen sechs Wochen vorher und acht Wochen danach bei vollem Ausgleich (Durchschnittseinkünfte) von jeglicher Arbeit freigestellt. Schon längst ist es für jede Dorfbewohnerin selbstverständlich, daß sie unter Aufsicht der Ärzte in einer Klinik entbindet.

Zu den vielen Erleichterungen für die Bäuerin gehören weiterhin: Eine wachsende Zahl von Verkaufsstellen, Kindergärten, Saisonkindergärten und Kinderkrippen, Arztpraxen und Schwesternstationen. 1970 gab es 378 Landambulatorien und 4716 Schwesternstationen.

Die zweifellos wichtigste Errungenschaft, die die Bäuerinnen dem Sozialismus zu verdanken haben, ist die Herstellung ihrer vollen Gleichberechtigung. Sowohl im gesellschaftlichen Leben als auch in der Familie ist die Frau dem Manne gleichgestellt. Das drückt sich unter anderem in ihrer aktiven Mitarbeit in hohen Gremien der DDR aus. Je eine Bäuerin gehört dem Staatsrat und dem Präsidium der Volkskammer an. 24 Bäuerinnen sind Abgeordnete der Volkskammer, 4116 wurden in die Bezirks- und Kreistage, 35864 in die Gemeindevertretungen gewählt. Heute schon leiten 129 Frauen als Vorsitzende eine LPG und 35134 gehören den LPG-Vorständen an. Trotzdem bleibt hier noch manches zu tun übrig.

Besonders deutlich kommt die Gleichberechtigung der Frau in den vielfältigen Möglichkeiten zum Ausdruck, sich eine hohe Bildung anzueignen. So absolvierten bis 1970 311 Bäuerinnen die Hochschule, 2988 die Fachschule, 3560 legten die Meisterprüfung ab, und 154527 erwarben den Fachbrief.

Wir wollen nicht verhehlen, daß dazu eine ganze Portion Selbstüberwindung und ein fester Wille gehören. Viele Bäuerinnen bringen beides auf, denn erstens

wird ihnen dabei – wie wir bereits vorn erwähnten – alle nur erdenkliche Hilfe zuteil, und zweitens verbessern sie dadurch nicht nur ihre materielle Lage, sondern sie können dank ihrer hohen fachlichen Qualifikation ihre gleichberechtigte Stellung in der LPG noch nachdrücklicher wahrnehmen.

Doch wie sieht das nun konkret in einer Genossenschaft aus?

Frauen in der LPG-Leitung

Die LPG „Frieden“ in Schönermark, Kreis Kyritz, die im Dezember 1952 von vier Bauern gegründet wurde und heute 1538 Hektar Boden ihr eigen nennt, gehört zu den weit entwickelten Genossenschaften. Unter den 193 arbeitsfähigen Mitgliedern sind 90 Frauen. An der Leitung dieser LPG haben die Frauen ebenso Anteil wie die Männer. Fünf Bäuerinnen gehören dem 13köpfigen Vorstand an, zwei sind in der Normenkommission (insgesamt drei Mitglieder), die Sozialkommission wird ausschließlich von fünf Bäuerinnen gebildet, und eine Frau der LPG Schönermark übt in der Revisionskommission eine verantwortungsvolle Tätigkeit aus.

Ein großer Teil der Bäuerinnen arbeitet in der Viehwirtschaft, davon allein 22 in der Rinder- und Geflügelhaltung, andere arbeiten in der Schweineaufzucht, in der Küche und im Büro. 55 Bäuerinnen erwarben den Fachbrief, eine hat den Meistertitel und vier sind Staatlich geprüfter Landwirt, wovon eine verantwortlich die Schweine- und Geflügel aufzucht leitet. Zwei weitere Bäuerinnen stehen zur Zeit in der Ausbildung zum Agraringenieur.

Der Frauenausschuß besteht aus fünf Bäuerinnen. Die Vorsitzende, Frau Maria Hecht, ist bereits seit 19 Jahren Bürgermeisterin des Dorfes. Diese Kommission nahm nicht nur Einfluß darauf, daß beispielsweise in der Feldwirtschaft durch die restlose Mechanisierung der Getreide-, Kartoffel- und Zuckerrübenernte und in den Ställen schwere Handarbeit fortgefallen ist, sie

vertritt in jeder Hinsicht die Interessen und Probleme der Bäuerinnen. So sorgte sie unter anderem dafür, daß die Genossenschaftsbäuerinnen Irmgard Düwert (48) und Lilli Latarius (43), die längere Zeit krank waren, einen Schonarbeitsplatz erhielten.

Es ist unter sozialistischen Bedingungen auf dem Land ganz selbstverständlich, daß die Bäuerinnen bei gleicher Arbeit genausoviel verdienen wie ihre männlichen Kollegen. In der Genossenschaft Schönermark sieht das so aus: im Durchschnitt der letzten drei Jahre erreichten die Frauen im Feldbau – nicht vollbeschäftigt – jährlich 220 AE, in der Geflügel-, Schweine- und Jungviehhaltung durchschnittlich 400 AE, in den Milchviehställen sind es sogar etwa 570 AE (eine AE 1971: 14,78 Mark).

Essen aus dem großen Topf?

In der LPG-Küche essen täglich etwa 100 Mitglieder und ihre Angehörigen. Das gute und schmackhafte Mittagessen kostet eine Mark bis 1,40 Mark. So kommen die Familien zu einem regelmäßigen warmen Essen, und die Bäuerinnen werden wesentlich entlastet. Natürlich ist es jedem freigestellt, diese Einrichtung zu nutzen oder nicht. In Schönermark erfreut sie sich großer Beliebtheit, und auch solche Familien gehen dort essen, die noch eine rüstige Oma zu Hause haben, die ebensogut für die Familie kochen könnte.

In diesem kleinen, nur 380 Einwohner zählenden Dorf, wissen die Bäuerinnen auch ihre Kinder in guter Obhut. Eine Kinderkrippe, von der LPG finanziert, beherbergt etwa zwölf Kleinkinder. Den Kindergarten, der vom Rat der Gemeinde eingerichtet wurde, besuchen 25 Kinder von Genossenschaftsmitgliedern. Die Kosten betragen je Kind 35 Pfennig täglich, einschließlich Verpflegung.

Auch eine Gemeindeschwesternstation hat dieses Dorf, und wöchentlich einmal hält ein Arzt Sprechstunden ab.

Bleibt die Jugend im Dorf?

Schon immer und in allen industriell entwickelten Ländern war es so: Die Landwirtschaft stellte jeweils das größte Arbeitskräftereservoir für die Industrie. Das ist ganz natürlich. Dennoch ist es notwendig, einen Teil der Jugend der Landwirtschaft zu erhalten.

In der DDR war dem Zug der Jugend vom Lande in die Stadt mit dem bloßen Entstehen von LPG noch keineswegs Einhalt geboten. Schließlich mußten die Genossenschaften ihre Vorzüge für die Jugend erst einmal beweisen. Das geschah nach und nach. Immer mehr Jugendliche kamen zu der Überzeugung, daß die moderne sozialistische Landwirtschaft nicht mit den früheren Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande gleichgesetzt werden kann, und sie nahmen in ihrer Genossenschaft oder an Fach- und Hochschulen eine landwirtschaftliche Ausbildung auf.

Die Berufsbilder verändern und spezialisieren sich. In der kleinen einzelbäuerlichen Wirtschaft mußte der Landwirt „Mädchen für alles“ sein. Die Lehrlinge der Genossenschaften aber werden zielgerichtet als Fachleute eines bestimmten Spezialgebietes – der Feldwirtschaft, der Tierzucht usw. – ausgebildet. Die Lehre in der Landwirtschaft ist immer mehr der in der Industrie gleichwertig geworden. Und das gleiche trifft für die Perspektive im Beruf zu.

LPG, die sich gut entwickelt haben und ihren Jugendlichen neben guter Berufsausbildung, interessanten Aufgaben auch gute Verdienstmöglichkeiten bieten, brauchen um den Nachwuchs nicht zu bangen.

Zu alledem kommt – im nächsten Abschnitt wird ausführlicher davon die Rede sein –, daß das Leben im Dorf attraktiver geworden ist. Wohn-Neubauten entstanden und entstehen. In den Klubhäusern werden Interessengemeinschaften und Zirkel verschiedenster Art den vielfältigen Neigungen und Wünschen nach kultureller Freizeitgestaltung gerecht. Sportclubs und -einrichtungen bieten sinnvolle Freizeitgestaltung – ob beim Fußball, bei der Gymnastik oder der Reiterei.

Für die Jugend ist die Schönermarker LPG besonders attraktiv. Nicht nur, weil in der von der LPG finanzierten freundlichen Gaststätte mit Saal und Weinstube Tanzveranstaltungen und wöchentlich Filmvorführungen stattfinden, weil regelmäßige Theaterfahrten nach Kyritz und Potsdam oder die verschiedenen Sparten der Sportgemeinschaft (BSG Traktor) Abwechslung bieten. Ein wesentlicher Faktor für die Jugendlichen ist das Vertrauen, das ihnen die älteren Genossenschaftsbauern und die LPG-Leitung entgegenbringen, und die Verantwortung, die ihnen übertragen wird, oft für die Betreuung hochwertiger Objekte. Am Rande sei nur erwähnt, daß jeder Jugendliche der LPG Schönermark, der nach beendeter Lehrzeit für mindestens drei Jahre dort verbleibt, eine Startgratifikation von 250 Mark erhält. Und wer von den jungen Menschen heiratet und in der LPG bleibt, bekommt 750 Mark.

Am gegenwärtigen Stand der Landwirtschaft haben die Jugendlichen großen Anteil. Jugendobjekte wie das Wische-Gebiet, die Friedländer Große Wiese, das Gebiet an der Lewitz und andere, wo 120 000 Hektar Boden urbar gemacht wurden, sind ein deutliches Zeichen für die aktive Teilnahme der Jugend am sozialistischen Weg in der Landwirtschaft.

Auch heute wird die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Landjugend groß geschrieben. Im Jahre 1969 gab es in der Landwirtschaft nahezu 6600 Jugendobjekte, an denen sich fast 75 000 Jugendliche beteiligten. Das sind Produktionsbereiche, besonders in der Feld- und Viehwirtschaft, die den Jugendlichen von den LPG-Vorständen in eigene Regie und Leitung übergeben worden sind. Ferner gibt es 1866 ständige Jugendbrigaden, Kollektive, die beispielsweise mit modernsten Mähdreschern, wie dem E 512 oder mit den 220-PS-Großtraktoren K 700 arbeiten. Fast 900 Klubs junger Techniker mit mehr als 8000 Mitgliedern machen zum Teil grandiose Erfindungen und entwickeln Neuerungen, die der schnelleren Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Landwirtschaft dienen.

130 junge Menschen unter dreißig Jahren sind LPG-Vorsitzende, mehr als 1300 sind Brigadiere und 117 nehmen die wichtige Funktion eines Hauptbuchhalters ein. Mehrere tausend Jugendliche sind LPG-Vorstandsmitglieder, ebenso haben sie in allen Volksvertretungen – von den Gemeindeparlamenten bis zu den höchsten Gremien – Sitz und Stimme. In der Volkskammer hat die Freie Deutsche Jugend eine eigene Fraktion mit 40 Abgeordneten. Oft üben Jugendliche das Amt eines Bürgermeisters auf dem Lande aus. Generell ist es üblich, daß in den LPG Jugendliche über konkrete Förderungsverträge auf künftige leitende Aufgaben vorbereitet werden. Das alles zeigt, welche große Verantwortung die sozialistische Gesellschaft der Jugend überträgt.

VII. Wie hat die LPG das Dorf verändert?

Man kann auf die Frage kaum besser antworten, als mit der sachlichen Schilderung des Lebens in einer bestimmten LPG.

Nehmen wir zum Beispiel Golzow. Diese LPG liegt im Oderbruch und ist geradezu typisch für den Weg der DDR-Landwirtschaft von der Bodenreform bis heute.

In diesem Dorf mit seinem schweren Oderbruchboden (Ackerzahl 50) gab es früher zwei Rittergüter. Das größere davon gehörte dem Grafen von Schulenburg. Auf diesen Gütern waren sehr viele Landarbeiter beschäftigt. Außerdem gab es 44 einzelbäuerliche Betriebe mit je 15 bis 25 Hektar Land.

Der Krieg hatte in Golzow besonders gewütet, das Dorf war zu 90 Prozent zerstört. Graf von Schulenburg setzte sich nach dem Westen ab. Der Boden wurde an Landarbeiter und Neusiedler verteilt.

Heute ist der einst abgelegene Ort mit seinem modernen sozialistischen Landwirtschaftsbetrieb über vier gepflegte Landstraßen zu erreichen. Kommt man von Süden, so sieht man als erstes die große Gärtnerei, deren Gewächshäuser – alle beheizbar – sich auf einer 0,90 ha großen Fläche ausdehnen, darüber hinaus unzählige Frühbeete. Im Norden steht ein gewaltiger Kuhstallkomplex, in dem 560 Kühe nach modernsten Erkenntnissen gehalten werden. Traktoren mit Anhängern und Schiebeschild fahren die breiten Gänge entlang, Maschinen werden auch beim Füttern, Einstreuen und Melken eingesetzt. Nicht weit davon entfernt die flachen und langgestreckten neuen Schweineställe. Die LPG hatte Anfang 1971 2342 Borstentiere, deren Zahl bis 1975 auf 6500 anwachsen wird.

An der Straße aus der Oderrichtung steht die neue Pumpstation, deren stündliche Leistung 1150 m³ Wasser beträgt. Sie hält die Beregnungsanlagen in Aktion, die 500 ha Land bewässern.

Am Dorfeingang spiegelt sich die Sonne im hellen Aluminium der neuen Siloanlage, deren 24 Batterien ein Fassungsvermögen von 36 000 dt haben. Übrigens ein Gemeinschaftsobjekt mit der Nachbar-LPG Alt Tucheband, einem Kooperationspartner der Golzower.

In dem bereits 1950 gebauten Kulturhaus mit seinem großen Saal finden wöchentlich Filmvorführungen und regelmäßig Veranstaltungen der Konzert- und Gastspielsdirektion statt. Die Sektionen Tischtennis und Federball, letztere belegte schon 1. Plätze bei Kreis- und Bezirksausscheiden, die Dorfsportgemeinschaft, die Bäuerinnen-Gymnastikgruppe, der Näh- und Batikzirkel und die 24köpfige LPG-Bläsergruppe treffen sich ebenfalls allwöchentlich in den Räumen des Kulturhauses. Auf dem nahe gelegenen Sportplatz trainieren die drei Fußballmannschaften und die Leichtathleten und veranstalten ihre Wettkämpfe.

Übrigens gibt es in der DDR 479 Kulturhäuser auf dem Lande und 4208 Dorfkubs. 3500 Dorfensembles, Laienspielgruppen und Orchester (darunter allein mehr als 100 Laienorchester) sorgen nicht nur für eine reichhaltige Abwechslung und Entspannung, sie sind Zeugnis dafür, daß die Landbevölkerung auch auf kulturellem Gebiet den Anschluß an die Stadt herstellt.

An das Kulturhaus von Golzow schließen sich zwei neue Wohnkomplexe mit insgesamt 48 Wohnungen an. Ein weiterer Block mit 36 Wohnungen ist jüngst bezogen worden. Im Dorf gibt es mehrere Geschäfte: Bäk-

<i>Saisonkindergärten (1970)</i>		
<i>Anzahl</i>	2018	
<i>Betreute Kinder</i>	34500	
<i>Kinder je Erzieherin</i>	10,7	

ker, Fleischer, zwei Lebensmittelläden, je ein Textil- und Industriewarengeschäft, ein Geschäft für Elektro- und Eisenwaren. Auch ein Kindergarten mit 60 und eine Kinderkrippe mit 25 Plätzen sind in der Gemeinde Golzow. Die neue zehnklassige polytechnische Oberschule braucht mit ihren 15 Klassenräumen, einer modernen Turnhalle und dem Lehrschwimmbecken den Vergleich mit einer Stadtschule nicht zu scheuen. 380 Schüler aus Golzow und die oberen Klassen aus zwei Nachbardörfern werden hier und in einem weiteren Schulgebäude von 24 Lehrern unterrichtet. Früher gab es in Golzow bei etwa gleicher Einwohnerzahl eine Armeleuteschule mit zwei Dorflehrern.

Die 1964 Hektar große LPG verfügt über 47 Traktoren und sieben Stallarbeitsmaschinen. Unter den Traktoren sind neun Kettenschlepper für den schweren Boden und zwei sowjetische Allradschlepper vom Typ K 700, die mit ihren 220 PS auf schwersten Oderbruchböden mit einem Achtscharpflug bei 35 cm Pflugtiefe eine Stundenleistung von 0,8 bis 1 Hektar erzielen. Ferner hat die LPG sieben Mähdrescher, davon fünf E 512, wovon eine Maschine eine Stundenleistung von 1 bis 1,5 Hektar bringt, vier Kräne, zwei LKW und zahlreiche andere Pflege- und Erntemaschinen.

Die Hektarerträge konnten die Golzower Genossenschaftsbauern ständig steigern. Der Winterweizen brachte in den letzten Jahren auf 500 Hektar durchschnittlich 45 dt/ha. Auf einem 100-Hektar-Schlag konnten 1971 sogar 60 dt/ha geerntet werden. Die Erträge der Wintergerste liegen bei 48 dt/ha und die Zuckerrübenenerträge bei 400 dt/ha. In der Milchviehhaltung wurde von der Großherde ebenfalls eine systematische Leistungssteigerung erreicht: 1967 waren es 3647 kg Milch je Kuh, 1968 schon 3800 kg und 1969 3946 kg, 1970 4064 kg, und 1971 konnten 4301 kg ermolken werden.

Ein Blick in die Bücher besagt: Die LPG erzielte im Jahre 1971 einen Gesamterlös von 9 438 960,77 Mark, das sind – trotz des ungünstigen Erntejahres 1971 – 1 613 885 Mark mehr als 1970. Nach Abzug aller Ausgaben wurden unter anderem dem Grundmittelfonds

1 812 910,60 Mark und dem Kultur-, Prämien- und Hilfsfonds 250 000 Mark zugeführt. Eine Summe von insgesamt 2 458 700 Mark wurde an die Mitglieder für geleistete Arbeitseinheiten (Wert je AE 1971 15 Mark) und für das eingebrachte Land verteilt. 200 000 Mark flossen in den Rücklagefonds, als Reserve für die Sicherung des AE-Wertes in einem ungünstigeren Jahr. Dieser Fonds ist im Laufe der Zeit auf 731 000 Mark angewachsen.

Und wie steht es mit den Verbindlichkeiten angesichts der vielen Bauten im Dorf, der angeschafften neuen Maschinen? Auch darüber geben die Bücher Auskunft: Die LPG Golzow nahm langfristige Investitionskredite in Höhe von 3 064 230 Mark auf, wovon bereits 700 000 Mark zurückgezahlt worden sind. Dazu einen Rationalisierungskredit für noch nicht fertiggestellte Bauten von 286 529 Mark, der inzwischen restlos beglichen ist. Dem steht – außer dem Boden – ein genossenschaftliches Vermögen von 21 657 781 Mark gegenüber. Heute kann es sich die LPG bereits leisten, langfristige Objekte restlos aus eigenen Mitteln zu finanzieren, sie hat begonnen, die Kredite vorfristig zurückzuzahlen.

Der LPG Golzow gehören 337 Mitglieder an, von denen 265 arbeitsfähig sind. Ihr Durchschnittsalter beträgt 37 Jahre. Mitglieder, die im Rentenalter sind und nicht mehr arbeiten, bleiben weiterhin in der Genossenschaft. Neben sozialen Leistungen erhalten sie zusätzlich zu ihrer staatlichen Rente von der LPG monatlich 35 Mark (in der vorher erwähnten LPG Schönermark sind es je nach den früheren Leistungen bis zu 70 Mark). Außerdem erhalten die Rentner jährlich kostenlos den Durchschnittsertrag von einem Morgen Getreide oder statt dessen 720 Mark in bar.

Wird ein Mitglied krank, dann bekommt es 50 Prozent seines sonstigen Verdienstes als Krankengeld von der Sozialversicherung. Einen weiteren Krankengeldzuschuß von 40 Prozent gewährt die LPG bis zu sechs Wochen.

Im Dorf gibt es eine Gemeindeschwesternstation und seit einiger Zeit auch eine staatliche Arztpraxis.


Die Ärztin hat mit der systematischen Reihenuntersuchung aller Genossenschaftsmitglieder begonnen.

Die Arbeitszeit in dieser LPG beträgt im Sommerhalbjahr täglich $8\frac{3}{4}$ Stunden und im Winterhalbjahr $7\frac{1}{2}$ Stunden. Und – so unglaublich es für einen Landwirtschaftsbetrieb auch klingen mag – hier gibt es infolge einer guten Arbeitsorganisation seit Jahren grundsätzlich die Fünf-Tage-Arbeitswoche. Ausnahmen davon – beispielsweise in der Erntezeit – sind selten.

Der 43jährige Stellvertreter des LPG-Vorsitzenden, Heinz Schenk, gehörte übrigens zu jenen letzten Bauern des Dorfes, die erst 1960 Mitglied der LPG wurden. Damals hat er – wie er offen gesteht – diesen Schritt nicht leicht getan. Sein Betrieb war relativ gut mechanisiert, wirtschaftlich stand er mit an der Spitze des Dorfes, und er hatte Zweifel, ob ihm die LPG mehr bieten könne. Heute lacht er über seine Bedenken von damals. Mit keinem einzelbäuerlichen Betrieb würde er mehr tauschen. Als Genossenschaftsbauer hatte er auch die Zeit und Möglichkeit, ein dreijähriges kombiniertes Abend/Direktstudium zu absolvieren und Staatlich geprüfter Landwirt zu werden. Die Mitglieder wählten ihn damals zum Feldbaubrigadier. Heute ist er für die gesamte Feldwirtschaft der LPG verantwortlich und Abgeordneter des Kreistages.

Dem LPG-Vorstand in Golzow gehören viele junge Bauern an, die allesamt in den letzten Jahren eine be-

<i>Gemeinschaftsarbeit der Landjugend</i>		
	<i>Anzahl</i>	<i>Mitglieder</i>
<i>Jugend- objekte</i>	6570	74377
<i>Jugend- brigaden</i>	1866	22414
<i>Klubs junger Techniker</i>	879	8172



achtliche Qualifikation erworben haben. Drei sind Diplomlandwirte, neun Staatlich geprüfte Landwirte; einer von ihnen ist der Vorsitzende, der 46jährige Arthur Klitzke, der eine 25-ha-Wirtschaft in die LPG eingebracht hatte. Außerdem gibt es in der LPG 17 Meister und 135 Mitglieder, die den Fachbrief erwarben. Sie alle haben bewiesen, was wenige Jahre genossenschaftlicher Arbeit aus einem zerstörten Dorf hervorbringen vermögen.

Und was haben die Städter vom Sozialismus auf dem Lande?

Man könnte ganz einfach sagen: sehr viel. Denn die Bildung der Genossenschaften, der sozialistische Weg, den die Bauern beschritten haben, hat sich für die **gesamte** Bevölkerung gelohnt. Warum? Mußte nicht die Stadtbevölkerung erhebliche finanzielle und materielle Leistungen für den Aufbau und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erbringen?

In der Tat. Die Arbeiterklasse hat der Bauernschaft großzügig und selbstlos geholfen. Gemeinsam haben sie die demokratische Bodenreform durchgeführt. Die Arbeiter in der Industrie haben die Voraussetzungen geschaffen, daß die Bauern immer besser mit Landmaschinen, mineralischem Dünger und anderem versorgt werden konnten. Aus dem Gewinn der volkseigenen Betriebe kamen die Gelder, die der Staat als Kredite und Subventionen für die Landwirtschaft zur Verfügung stellte. Arbeiter fuhren in den 50er Jahren in die Dörfer, um die Bauern von der Notwendigkeit und Nützlichkeit sozialistischer Genossenschaften zu überzeugen. Die Traktoristen der MTS bestellten den Neubauern und später der LPG bei äußerst niedrigen Preisen die Äcker.

Das sind nur einige Beispiele, die für dieses feste Bündnis stehen sollen. Ausgezahlt hat es sich für beide. Der Sozialismus ändert das Leben der Bauern von

Grund auf. Das enge Zusammengehen dieser beiden wichtigen Bevölkerungsgruppen brachte aber auch der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung großen Nutzen. Dank der wachsenden Produktion tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse verbesserte sich die Versorgung der Bevölkerung ständig.

Dabei ist besonders wichtig, daß Preissteigerungen in der DDR unbekannt sind. Für die Grundnahrungsmittel braucht der Werktätige heute nicht mehr zu zahlen als in den 50er Jahren. Auch Bürger mit niedrigerem Einkommen brauchen wegen der günstigen Preise an ihrer Ernährung nicht zu sparen.

Das ist möglich, weil die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften immer rentabler produzieren und der sozialistische Handel keine Wuchergeschäfte zuläßt, weil sich in der DDR niemand auf Kosten der Bauern und der Verbraucher bereichern kann.

Die ständig steigenden Leistungen unserer sozialistischen Landwirtschaft schaffen die Voraussetzung dafür, daß die schnell wachsende Nachfrage der Bevölkerung nach hochwertigen Nahrungsmitteln in zunehmendem Maße aus der einheimischen Produktion gedeckt werden kann. Der Anteil der eigenen Landwirtschaft an der Versorgung der Bevölkerung entwickelte sich seit dem Abschluß der sozialistischen Umgestaltung bei steigendem Verbrauch wie folgt (Angaben in Prozenten):

	1962	1968
Fleisch	82,4	100,0
Trinkmilch	100,0	100,0
Butter	75,4	95,8
Eier	97,7	100,0
Frischgemüse	82,1	83,9
Frischobst	42,7	48,0

Durch diese Entwicklung war es möglich, die Importe an Nahrungsmitteln erheblich einzuschränken und beträchtliche Devisenbeträge einzusparen. Dadurch konnten nicht nur mehr Dünger und Futtermittel eingeführt werden, was sich wiederum auf die Erhöhung der eigenen Agrarproduktion auswirkte, sondern vor allem auch

mehr leistungsfähige Investitionsgüter, was zur allseitigen Stärkung unserer Volkswirtschaft und zur weiteren Hebung des Lebensstandards beitrug.

So wirkte sich die Entwicklung unserer Landwirtschaft schon bisher zum Vorteil der gesamten Bevölkerung aus. In den Kaufhallen des volkseigenen Handels werden jetzt mehr vorgefertigte, praktisch abgepackte hochqualitative Nahrungsmittel, wie Goldbroiler, Fertiggerichte, geputztes Gemüse, Milch in Plastetüten und anderes mehr angeboten. Diese moderne Versorgung und Erleichterung der Arbeit der Frauen in der Küche sind den gemeinsamen Anstrengungen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der volkseigenen Nahrungsmittelbetriebe und des sozialistischen Handels zu verdanken, die nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils miteinander kooperieren.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft war ein wesentlicher Schritt beim erfolgreichen Aufbau unserer neuen Gesellschaftsordnung. Hochentwickelte Industrie und mittelalterliche Zustände auf dem Lande führen immer zu gesellschaftlichen Widersprüchen. Der sozialistische deutsche Arbeiter-und-Bauern-Staat überwand den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Stadt und Land, und zwar im Interesse der gesamten Bevölkerung.

VIII. Wie geht es weiter?

Als vor fünf Jahren die erste Auflage unseres Heftes „LPG – Bauer auf neue Art“ erschien, stellten wir fest, daß die Entwicklung auf dem Lande zur Kooperation drängt. Wir konnten Beispiele bringen, wie Genossenschaften zusammenarbeiten und ihre Produktion spezialisieren, wie sich darüber hinaus neue Beziehungen zwischen sozialistischer Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie entwickelten. Dieser Prozeß ist heute erheblich fortgeschritten.

Auf dem VIII. Parteitag der SED, der im Juni 1971 in Berlin tagte, stellte Erich Honecker fest: „Einen bedeutenden Platz bei der Erfüllung der Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes nimmt die Landwirtschaft ein. Eine hocheffektive Landwirtschaft ist unerläßlich, um die Bevölkerung stabil zu versorgen und ihr Lebensniveau zu erhöhen. Deshalb war und bleibt die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft eine Sache der gesamten Volkswirtschaft . . .

Wir werden dabei unsere Kräfte auch in der Landwirtschaft auf die weitere sozialistische Intensivierung der Produktion konzentrieren. Es ist volkswirtschaftlich vorteilhafter, unsere sozialistische Landwirtschaft mit mehr und besseren Produktionsmitteln zu fördern, statt Nahrungsgüter, die wir selbst erzeugen können, einzuführen. Zur effektivsten Produktion führt unter unseren Bedingungen nur die Kooperation, was die Praxis immer wieder bestätigt.“

Die Ziele, die der Fünfjahrplan bis 1975 setzt, sind anspruchsvoll. Die Produktion pflanzlicher Erzeugnisse soll auf 44 dt Getreideeinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche gesteigert werden. Das staatliche Aufkommen bei Schlachtvieh wird auf 1850 bis 1900 und bei Milch auf 7250 bis 7350 Kilotonnen, also jeweils um rund 13 Prozent gegenüber 1970 gesteigert werden. Diese größeren Aufgaben sind von den einzelnen LPG, bliebe jede auf sich allein gestellt, nicht

zu lösen. Voraussetzung dafür sind entwickelte Kooperationsbeziehungen, sowohl zwischen den LPG, den volkseigenen Gütern und den gärtnerischen Produktionsgenossenschaften einerseits als auch zwischen den sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben, den Verarbeitungs- und Handelsbetrieben andererseits.

Kooperation – das Schlüsselwort

Die Genossenschaftsbauern erkennen immer besser, daß die Summierung von ehemals 100 zersplitterten Höfen zu einer LPG von 1000 oder gar 2000 Hektar nicht nur für die Produktion außerordentliche Fortschritte brachte. Auch ihre Arbeitsbedingungen, ihre Lebensverhältnisse und ihre Bildungsmöglichkeiten erreichten einen Stand, der früher für das Dorf undenkbar gewesen wäre.

Aber selbst einem solchen Großbetrieb sind Grenzen gesetzt. Eine LPG kann sich, entsprechend ihrer Größe, mit Maschinen ausrüsten, die heute noch modern sind. Sie kann auch neue Ställe für mehrere hundert Kühe oder Schweine bauen. Aber ist damit die Entwicklung abgeschlossen? Ohne Zweifel nicht: Der wissenschaftlich-technische Fortschritt drängt auch in der Landwirtschaft zur industriemäßig betriebenen Produktion. So entstanden bereits moderne Anlagen, in denen 2000 oder gar 3000 Kühe oder 10 000 Schweine oder mehrere hunderttausend Stück Geflügel gehalten werden. Das aber übersteigt die Kraft einer LPG, selbst wenn sie sich darauf spezialisiert hat, bei weitem. Schon allein deshalb, weil ihre Feldwirtschaft selbst bei größten Anstrengungen nicht in der Lage wäre, solche Viehbestände zu versorgen.

Enge Kooperationsbeziehungen, sowohl zwischen mehreren LPG als auch mit der Verarbeitungsindustrie ermöglichen es den Genossenschaftsbauern, alle Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung beim Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden zu nutzen.

Kooperation löst jedoch nicht nur die Frage einer hochspezialisierten, qualitätsgerechten und kostensparenden Produktion. Sie hilft der Landbevölkerung auf allen wesentlichen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens voran. Die sozialistische Demokratie, das Bündnis der Klasse der Genossenschaftsbauern mit der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Schichten werden auf dem Wege des Zusammenwirkens zum Nutzen aller gefestigt. Durch Konzentration der Kräfte und Mittel können auch die Arbeitsbedingungen erleichtert, kulturelle und sportliche Bedürfnisse besser befriedigt und die Bildungsmöglichkeiten besser ausgenutzt werden. Gerade die Weiterbildung und Qualifizierung der Genossenschaftsmitglieder hat durch die Kooperationsakademien große Fortschritte gemacht. Kooperation ist also nicht Selbstzweck, sondern dem Ziel untergeordnet, das die SED auf ihrem VIII. Parteitag noch einmal besonders hervorhob: Alles zu tun für das Wohl der Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Wie wird kooperiert?

Schrittweise haben die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern die Kooperationsbeziehungen von einfachen Formen zeitweiliger Zusammenarbeit bis hin zur ständigen gemeinsamen Feld- und Grünlandwirtschaft mehrerer landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften entwickelt. So zum Beispiel:

- der Komplexeinsatz der Technik in der Feldwirtschaft, an dem sich mehrere LPG zur schnelleren Bewältigung bestimmter Kampagnen, wie Bestell- und Erntearbeiten beteiligen;

- die gemeinsame Produktion auf Teilgebieten der Feldwirtschaft, mit dem Ziel einer einheitlichen und effektiven Großproduktion. So beispielsweise in der Kartoffelproduktion, wo über eine Kooperationskette, die vom Anbau bis zur Ernte und zum Absatz reicht, sehr rationell und rentabel gewirtschaftet werden kann;

– die in großem Umfang betriebene gemeinsame Feldwirtschaft auf 3000, 5000 oder mehr Hektar. Diese Form hat sich inzwischen am weitesten herausgebildet. Die LPG delegieren einen Teil ihrer Mitglieder und Leitungskräfte in solch eine gemeinsame „Abteilung kooperative Pflanzenproduktion“, die als eine sich selbst finanzierende Produktionseinheit eigenverantwortlich leitet, plant und abrechnet, jedoch von den Beschlüssen ihrer Heimat-LPG abhängig ist. Es handelt sich also um eine gemeinsame Einrichtung der kooperierenden Genossenschaften, die auf Beschlüssen der Mitgliederversammlungen der beteiligten LPG beruht.

Analog hierzu entwickeln sich auch für die verschiedenen Zweige oder gar nur bestimmte Stufen der Tierproduktion oder der Milchwirtschaft große und spezialisierte Produktionseinheiten, die durch direkte, auf gegenseitigen Vorteil gerichtete vertragliche Vereinbarungen mit der kooperativen Pflanzenproduktion verbunden sind. So beteiligen sich zum Beispiel mehrere LPG an einer großen Schweinemastanlage oder einem Milchviehstall mit mehreren Tausend Kühen.

Zwischen den einzelnen LPG und ihren selbständig abrechnenden kooperativen Einrichtungen bestehen klare Ware-Geld-Beziehungen.

Im folgenden einige Beispiele: Die Genossenschaftsbauern von Stedten, Berlstedt, Hottelstedt, Vippachedelhausen und Neumark haben durch die Kooperation bereits viel erreicht. Im Feldbau, der auf 4200 Hektar gemeinsam betrieben wird, spezialisierten sie die Produktion und schränkten ihre Fruchtarten wesentlich ein. Die Milchviehhaltung wurde in Berlstedt konzentriert, wo Stallanlagen für 3800 Milchkühe entstanden sind, die mit einer Milchleitung direkt mit der Molkerei verbunden wurden. Fast die Hälfte der Milch, die von den rund 200 000 Erfurtern getrunken wird, kommt aus Berlstedt.

In Hottelstedt wurde vorrangig die Eierproduktion entwickelt. Von 110 000 Legehennen kommen jährlich 24 Millionen Eier auf den Markt.

Durch diese und andere Kooperationsbeziehungen, die durch exakte Verträge abgesichert sind, konnten die Genossenschaften sowohl ihre Leistungen in der tierischen Produktion als auch die Erträge wesentlich steigern. So erhöhten sich die Feldwirtschaftserträge von 32,6 auf 51,1 GE/ha (Getreideeinheit pro Hektar), der Aufwand an Arbeitsstunden sank von 15,2 Akh/GE (Arbeitskräfte je Stunde pro Getreideeinheit) auf 8,0 Akh/GE. Die Akkumulation stieg auf über 600 Mark/ha (gegenüber 165 Mark/ha 1964) an.

Die zwischengenossenschaftliche Einrichtung für die Schweinemast in Hoyerswerda, an der 33 LPG beteiligt sind, liefert heute bereits mehr als 50 Prozent der gesamten Schweinefleischproduktion des Kreises.

Eine weitere Form der Kooperation sind die zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen wie Trocknungsanlagen, Mischfutterwerke, Meliorationsgenossenschaften, die sich im Arbeitsprozeß herausbilden. Dazu müssen auch die agrochemischen Zentren (ACZ) gerechnet werden, die mit ihrer speziellen Ausrüstung den Transport und das Ausbringen der Düngemittel sowie die Schädlingsbekämpfung übernehmen.

Auf dem Wege der Kooperation werden also ganze Arbeitsprozesse zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen übertragen und somit aus der unmittelbaren Produktion der einzelnen LPG ausgegliedert. Das senkt die Investitionskosten und bringt wegen des hohen Mechanisierungsgrades eine erhebliche Einsparung von Arbeitszeit.

Die bereits erwähnte LPG Golzow baute in Kooperation mit fünf weiteren LPG in den Jahren 1968/69 für rund drei Millionen Mark ein Trockenwerk zur Grünmehlherstellung mit einer Stundenkapazität von sieben bis acht Tonnen Grünmasse. Deshalb wurde in dieser Kooperation, sie umfaßt zur Zeit 6200 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche, zunächst die gesamte Futterwirtschaft gemeinsam betrieben. Als der bereits erwähnte neue Mähdrescher vom Typ E 512 (siehe auch Foto) zum Einsatz kam, wurde auch die Getreideernte kooperativ erledigt. Ein Mähdruschkomplex von fünf

Maschinen dieses Typs erfordert immerhin eine Getreidefläche von rund 2000 Hektar und Schlaggrößen von mindestens 70 Hektar an aufwärts. Auch aus solchen Erwägungen heraus entwickelten die Genossenschaftsbauern die gesamte Feldwirtschaft als eine Abteilung „kooperative Pflanzenproduktion“, die wiederum mit den spezialisierten genossenschaftlichen Einrichtungen der Viehwirtschaft vertragliche Bindungen hat und Futter zu gegenseitig vereinbarten Preisen liefert.

Diese Entwicklung berührt nicht die Selbständigkeit der einzelnen LPG und sie hat – anders als unter kapitalistischen Bedingungen – nicht die Übervorteilung der Kleinen durch die Großen zur Folge. In dieser Entwicklung geht es nicht um übereilte Schritte. Jede Maßnahme, die zu den jeweiligen Formen des Zusammenwirkens führt, will von den beteiligten Kooperationspartnern so vorbereitet sein, daß sie dem erwähnten Ziel dient. Erich Honecker, Erster Sekretär des ZK der SED, unterstrich auf dem VIII. Parteitag: „Selbstverständlich sind die Herausbildung größerer spezialisierter Produktionseinheiten und die Einführung industrieller Methoden nicht von heute auf morgen zu lösen, sondern ein langfristiger Prozeß, bei dem jeder Schritt gut vorbereitet, in den Genossenschaften beraten und ökonomisch begründet sein muß.“

Was ist ein Kooperationsverband?

Hier kooperieren landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und volkseigene Güter auf Grund vertraglicher Vereinbarungen mit sozialistischen Betrieben der Lebensmittelindustrie und des Handels, um den steigenden Anforderungen der Verbraucher an Qualität, Sortiment und Angebot auf dem Nahrungsgütersektor gerecht zu werden.

Die einzelnen Stufen bei bestimmten Haupterzeugnissen bilden, angefangen von der Produktion in den
88 LPG über die Verarbeitung in den Betrieben der Nah-

rungsgüterindustrie bis zum Handel und damit zum Verbraucher, eine einheitlich organisierte, rationell arbeitende Kette. Damit der gesamte Produktionsprozeß höchst kontinuierlich gestaltet werden kann, trägt der Endproduzent für die Planung, die wissenschaftliche Beratung und die ökonomische Bilanzierung besondere Verantwortung. Jedoch bleibt auch in einem Kooperationsverband die Unabhängigkeit und juristische Selbständigkeit der einzelnen an der Kooperationskette beteiligten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften völlig unangetastet. Im Erzeugnisgruppenbeirat des Kooperationsverbandes sind die LPG genauso wie die anderen beteiligten Betriebe gleichberechtigt vertreten, und die Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden. Für die Freiwilligkeit und die strikte Wahrung sozialistischer Demokratie bei der Bildung von Kooperationsverbänden gelten die gleichen Prinzipien wie bei der Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Die Zusammenarbeit der Produzenten bis zum Handel bei bestimmten Erzeugnislinien ist für alle Beteiligten des Kooperationsverbandes äußerst lohnend. Die im Zeichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts notwendigen und sehr kostspieligen Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, für Investitionen, Beratungsstellen und nicht zuletzt für eine moderne und zeitgemäße Qualifizierung werden bei gemeinsamer gleichberechtigter Nutzung von allen Beteiligten anteilmäßig getragen. Die Vorteile eines Kooperationsverbandes liegen somit auf der Hand.

Die Erfahrungen der letzten Jahre führten zu einer immer engeren gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Verarbeitungsindustrie, so zum Beispiel zu Kooperationsverbänden für die Produktion von Fleischschweinen, Milch, Getreide, Zucker, Speisekartoffeln, Obst und Gemüse.

Übrigens nennt man diesen Prozeß in der DDR vertikale Kooperation.

Sie ist – trotz äußerlicher Ähnlichkeiten – absolut unvergleichbar mit den Beziehungen der totalen Ab-

hängigkeit und Verschuldung, die die Bauern unter kapitalistischen Bedingungen mit den großen Nahrungsmittelkonzernen eingehen müssen. Die Genossenschaftsbauern der DDR wirken mit volkseigenen Betrieben zusammen, in denen ihr engster Bündnispartner, die Arbeiterklasse, deren Interessen mit denen aller Werktätigen übereinstimmen, entscheidet. Die vertikale Kooperation vollzieht sich also zum Wohle aller Beteiligten.

Das sei am Beispiel des Zusammenwirkens des Schlachthofes Teterow und seiner Vertragspartner illustriert. Teterow ist eine kleine mecklenburgische Kreisstadt. Der volkseigene Schlachthof und Fleischverarbeitungsbetrieb ist natürlich an einer guten Qualität der Masttiere interessiert. Seine Interessen decken sich mit denen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die über eine Qualitätsverbesserung ihrer Erzeugnisse die Einnahmen erhöhen wollen. Sie haben daher gemeinsam überlegt, wie man zu dem erforderlichen fettarmen Schweinetyt sowohl in der Quantität als auch in der Qualität kommen konnte. Man entschied sich für ein Linienzuchtprogramm. Planmäßig stellten sich die LPG mit ihren Herdbuchstammzuchten auf solche Tiere ein, die den Wünschen des Schlachthofes und der Verbraucher entsprechen. So war es möglich, innerhalb kürzester Zeit große züchterische Fortschritte zu erzielen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das bekannte Institut für Tierzuchtforschung Dummerstorf bei Rostock. Als Mitglied des Kooperationsverbandes hatte es nicht nur seine Forschungsaufgabe zu erfüllen, sondern wirkte auch danach beratend bei der Verwirklichung der Forschungsergebnisse mit.

Aber nicht nur das Linienzuchtprogramm, dem einerseits eine größere Kotelettfläche und ein höheres Schin-kengewicht, andererseits eine Verringerung des Fettanteils zu danken war, ist hier von Bedeutung. Die mit dem Teterower Schlachtbetrieb kooperierenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften konnten dabei auch eine vereinfachte Lenkung und eine leicht überschaubare, spezialisierte Arbeitsweise ihrer Genos-

senschaften erreichen. Einzelne Betriebszweige wurden besonders gefördert, andere eingeschränkt oder aufgegeben, so wie es die Produktionsbedingungen als zweckmäßig erscheinen ließen. In der Schweineproduktion bedeutete das beispielsweise für einige LPG, die Mast zu reduzieren und später ganz aufzugeben, dafür aber die Läuferproduktion stark zu erweitern, um andere, auf die Mast spezialisierte LPG mit einheitlichen großen Läuferpartien beliefern zu können.

Anfangs waren es nur wenige LPG, die die Vorzüge einer derartigen Zusammenarbeit erkannten. Inzwischen beteiligen sich auch alle anderen auf die Mast spezialisierten Genossenschaften, die im Einzugsgebiet des Schlachthofes liegen, an dieser Kooperationskette.

Die Beziehungen untereinander werden durch den Abschluß von exakten Verträgen geregelt. Man verpflichtet sich beispielsweise, die nach Stückzahl, Zuchtwertklasse und Liefertermin genau bezeichneten und im Linienzuchtprogramm eingeplanten Tiere bereitzustellen, beziehungsweise abzunehmen und nach dem gesetzlich gültigen Preis zu bezahlen. Ähnliche Vereinbarungen werden auf allen Gebieten der Schweinezucht und -mast getroffen.

Die Vorteile dieser Zusammenarbeit sind offensichtlich. Die Dezitonne Fleisch wird zu geringeren Kosten und mit weniger Aufwand erzeugt. Durch die Züchtung stieg die Fleischausbeute im Durchschnitt um sechs bis sieben Kilogramm je Tier. Das alles führt zu höheren Erlösen, an denen alle Kooperationspartner teilhaben.

Prinzip: Freiwilligkeit und sozialistische Demokratie

Wer hat über die kooperative Zusammenarbeit zu befinden? Ist dabei die demokratische Entscheidung der LPG-Mitglieder garantiert?

Natürlich vollzieht sich der Übergang zu kooperativen Formen des Zusammenwirkens der Genossenschaften allmählich und schrittweise in dem Maße, wie die Ge-

nossenschaftsbauern selbst darin den Vorteil erkennen und Möglichkeiten höherer Produktion bei geringeren Kosten sehen. Das Prinzip der Freiwilligkeit wird auch hier – wie überhaupt in der sozialistischen Gesellschaft – strengstens eingehalten. Die Mitgliederversammlung jeder LPG beschließt, ob und in welcher Weise die Genossenschaft mit wem kooperieren wird. Dabei bleibt – wie bereits betont – die juristische Selbständigkeit und eigene Verantwortung der einzelnen LPG in vollem Umfang bestehen. Sie vergrößert sich sogar noch um die Mitverantwortung für die gemeinsame Kooperation.

Die Zusammenarbeit der miteinander kooperierenden Partner wird vom Kooperationsrat geleitet und organisiert. In ihn entsenden alle LPG einen oder mehrere Delegierte, doch jede LPG – ob groß oder klein – hat lediglich eine Stimme. Beschlüsse dürfen nur bei voller Einmütigkeit – also erst dann, wenn alle Partner ihr Jawort gaben – gefaßt werden. So wird ausgeschlossen, daß einer benachteiligt wird oder sich auf Kosten eines anderen Vorteile verschaffen könnte.

Im Kooperationsrat werden grundlegende Beschlüsse und Vereinbarungen vorbereitet und vorteilhafte Varianten der Produktion ausgearbeitet. Es wird ermittelt, mit welchen materiellen und finanziellen Beiträgen sich die Partner beteiligen. Die Entscheidungen des Kooperationsrates müssen von der Vollversammlung der Genossenschaften ausdrücklich bestätigt werden. Diese demokratische Verfahrensweise sichert die Mitsprache aller Bauern nicht nur in ihren LPG, sondern auch bei der kooperativen Zusammenarbeit. Der Vorsitzende des Kooperationsrates wird demokratisch gewählt und nimmt seine Funktion ehrenamtlich für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren wahr.

Wie in den einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Mitgliederversammlung, so ist in der Kooperation die Bevollmächtigtenversammlung das höchste beschließende Organ. Sie setzt sich aus den Delegierten der einzelnen beteiligten LPG zusammen, berät die Grundlinien der Arbeitsweise und

künftigen Entwicklung der Kooperation und faßt Beschlüsse, die der Leitung (Kooperationsrat) als Grundlage dienen. Darüber hinaus gibt sie Empfehlungen an die Mitgliederversammlungen der einzelnen beteiligten LPG.

In den Kooperationsverbänden, in denen sozialistische Betriebe verschiedener Eigentumsformen (staatliches und genossenschaftliches Eigentum) zusammenarbeiten, existieren bei den Finalproduzenten Erzeugerbeiräte beziehungsweise Erzeugnisgruppenbeiräte, in denen alle beteiligten LPG und Betriebe mit gleichen Rechten vertreten sind.

So wird es weitergehen

Wir glauben, durch alle hier angeführten Tatsachen bewiesen zu haben, daß die Landwirtschaft der DDR in schnellem Aufstieg begriffen ist.

Trotz des sehr schweren Anfangs auf allen Gebieten – in der DDR standen 1945 keine 120 Hochöfen, wie in den damaligen Westzonen, sondern nur vier völlig veraltete, hier gab es keine Steinkohle, keine Grundstoffindustrie – verfügt die DDR heute nicht nur über eine starke sozialistische Industrie, sondern auch über eine entwickelte sozialistische Landwirtschaft. Diese Entwicklung war möglich, weil die Arbeiterklasse unserer Republik die werktätigen Bauern stets als ihre Verbündeten angesehen und behandelt hat, weil sie ihnen trotz aller Schwierigkeiten, die die allzu dünne Decke einer ihrer Rohstoffquellen beraubten Industrie hervorrief, von Anbeginn jede Hilfe gewährte, zuerst mit Maschinenausleihstationen, später beim Aufbau der Genossenschaften und jetzt über die Kooperation zu einer hochspezialisierten intensiven Landwirtschaft, die den Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden vollzieht.

Weil in der DDR kein Platz für finanzgewaltige Konzerne und für Großgrundbesitzer ist, gibt es hier auch niemanden, der die Bauern zwingt, Land, Hof und Be-

Kulturelle Einrichtungen auf dem Lande

*479 Kulturhäuser
4208 Dorfclubs
3500 Laientheater
und -spielgruppen
100 Laienorchester
4500 Laientanzkapellen
5000 Chöre u. Singegruppen*



ruf aufzugeben, sich in quälende Abhängigkeit zu begeben oder sein Dasein als „Nebenerwerbsbauer“ und Halbproletarier zu führen. Jeder Genossenschaftsbauer weiß, daß seine Existenz gesichert ist, daß sich seine Lebens- und Arbeitsbedingungen ständig verbessern.

Im Prozeß des Übergangs zur industriemäßigen Produktion auf dem Lande stößt der Bauer in der DDR auf keinerlei Interessengegensätze, denn sowohl die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften als auch die volkseigenen Betriebe der Verarbeitungsindustrie und des Handels sind sozialistische Betriebe, die ihre Beziehungen nicht nach egoistischen Profitinteressen, sondern nach Prinzipien echter Gleichberechtigung und Partnerschaft gestalten. Alle Zweige der Volkswirtschaft genießen eine gleichwertige Fürsorge des sozialistischen Staates.

In der DDR werden die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft und die Leistungen der Technik zum unmittelbaren Vorteil für die Genossenschaftsbauern angewandt. Mehr noch: einige von ihnen sind durch beharrliches Studium selbst zu Wissenschaftlern aufgerückt – mehrere Genossenschaftsbauern sind sogar Kandidaten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften – und erarbeiten die wissenschaftlichen Grundlagen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft.

Ob Bäuerin, Bauer oder Jugendlicher – jeder hat heute nie gekannte Möglichkeiten, sich hohe Bildung anzueignen und sein Wissen zu erweitern. Seit 1960 gibt es in der DDR keine einzige einklassige Dorfschule mehr. Alle Landkinder besuchen die zehnklassige polytechnische Oberschule oder die zwölfklassige erweiterte Oberschule.

Unter den sozialistischen Verhältnissen auf dem Lande sind aus den Einzelbauern von einst umsichtige, erfahrene Genossenschaftsbauern geworden, deren Blick und deren Einfluß weit über das eigene Hoftor hinausreicht. Die Bäuerin besitzt erstmals die volle Gleichberechtigung. Sie hat nicht nur die gleichen Rechte in der Genossenschaft und in der Familie, sondern auch in höchsten gesellschaftlichen Gremien. Für die gleichen Leistungen erhält sie die gleiche Vergütung. Erstmals besitzt auch die Landjugend eine gesicherte Perspektive und kann ihre Ideale auch auf dem Lande verwirklichen.

Kultur, Bildung, Sport, soziale und medizinische Betreuung sind heute Selbstverständlichkeiten für das sozialistische Dorf. Die Annäherung zwischen Stadt und Land kommt voran.

Das neue sozialistische Dorf in der DDR ist befreit von Ausbeutung und Konkurrenz, von Not und Unsicherheit.

Noch sind viele Aufgaben zu lösen, noch muß sich manches Dorf vor allem auch nach außen verschönern. Aber schon können wir sagen, daß der Sozialismus in der DDR seine Überlegenheit auch auf dem Lande eindeutig bewiesen hat. Diese Überlegenheit muß sogar der kritische Betrachter heute zur Kenntnis nehmen. Sollen wir verhehlen, daß wir ein bißchen stolz auf das Erreichte sind?

In dieser Reihe erschienen bisher:

- „Die Familie in der DDR“
- „Bildung für heute und morgen“
- „Demokratie in der DDR“
- „Student und Studium in der DDR“
- „Recht und Gesetz in der DDR“
- „Berufsausbildung für das Jahr 2000“
- „Sozialistischer Alltag in der DDR“
- „Das schöne Geschlecht und die Gleichberechtigung in der DDR“
- „NVA – Sozialistische Armee des Friedens“
- „Sozialistisches Gesundheitswesen“

